



## 6. Sitzung

Mittwoch, 23. Januar 2002

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder, Zweiter Vizepräsident Peter Paul Müller, Dritter Vizepräsident Farid Müller, Vierte Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly

### Inhalt

#### Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung  
der **Tagesordnung**

187 A

Karl-Heinz Ehlers CDU

199 A

Robin Schenk

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

200 A

Fraktion der FDP:

#### Aktuelle Stunde

187 A

**Keine Sanierung der BKK Hamburg mit  
illegalen Methoden**

Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

#### **PISA – Weg aus der Bildungsmisere**

187 B

Katrin Freund

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

187 B

Britta Ernst SPD

187 D

Wolfgang Drews CDU

188 C, 193 B

Christa Goetsch GAL

189 B, 194 A

Martin Woestmeyer FDP

190 B

Rudolf Lange, Senator

191 A

Stephan Müller

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

191 D

Wilfried Buss SPD

192 C

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

194 D

Frank-Michael Bauer

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

195 B

Karen Koop CDU

196 A

Aydan Özoguz SPD

196 D

Fraktion der SPD:

**Aktive Arbeitsmarktpolitik für Hamburg  
jetzt!**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der CDU:

**Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe –  
so funktioniert soziale  
Stadtteilentwicklung**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch die Präsidentin  
der Bürgerschaft:

**Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds für  
die Kreditkommission**

– Drs 17/198 –

200 B

Ergebnis

200 B, 220 C

Fraktion der GAL:

**Chaos und Turbulenzen in der Polizei  
unter Schill**

197 A

Manfred Mahr GAL

197 A

Michael Neumann SPD

198 A

**Einrichtung einer Schiedsstelle zwischen  
Pflegekassen und Trägern ambulanter  
Pflegeeinrichtungen**

– Drs 17/160 –

200 C

Petra Brinkmann SPD

200 D

Frank-Thorsten Schira CDU	201 C	<b>Vorläufigen Haushaltsführung („Bepackung“)</b>	
Rolf Gerhard Rutter		– Drs 17/181 –	203 A
Partei Rechtsstaatlicher Offensive	201 D		
Dr. Dorothee Freudenberg GAL	202 A	Dr. Wolfgang Peiner, Senator	203 B, 218 D
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	202 C	Walter Zuckerer SPD	207 A
Beschluss	202 D	Henning Tants CDU	210 C, 215 B
		Manfred Silberbach	
		Partei Rechtsstaatlicher Offensive	212 A
Senatsantrag:		Anja Hajduk GAL	213 A
<b>Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2002 und Finanzplan 2001 bis 2005 Erneute Einbringung und 1. Ergänzung</b>		Rose-Felicitas Pauly FDP	216 C
– Drs 17/180 –	203 A	Beschluss	220 B
mit		Antrag der Fraktion der GAL:	
Senatsantrag:		<b>Wehrmachtsausstellung in Hamburg</b>	
<b>Haushaltsplan 2001 Unterrichtung über das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2002 und Änderung des Haushaltsplans 2001</b>		– Drs 17/204 –	220 C
– Drs 17/127 –	203 A	mit	
und		Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP	
Senatsantrag:		über dieselbe Thematik	
<b>Vorläufige Haushaltsführung 2002 Erweiterung der Ermächtigung zur</b>		– Drs 17/253 –	220 C
		Dr. Willfried Maier GAL	220 D, 223 C
		Dr. Holger Christier SPD	221 D
		Burkhardt Müller-Sönksen FDP	222 C
		Beschlüsse	223 C

**A            Beginn: 15.02 Uhr**

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich darf Sie ganz herzlich zur ersten Sitzung im neuen Jahr begrüßen. Ich beginne heute mit Geburtstagsglückwünschen. Sie gehen an unseren Kollegen Herrn Schaubе von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Schaubе, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihr neues Lebensjahr.

Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass Tagesordnungspunkt 3 vertagt werden soll. Dabei handelt es sich um die Wahl zur Kommission für Bodenordnung.

Wir kommen dann zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

PISA – Weg aus der Bildungsmisere

von der GAL-Fraktion

Chaos und Turbulenzen in der Polizei unter Schill

von der FDP-Fraktion

Keine Sanierung der BKK Hamburg mit illegalen Methoden

**B            von der SPD-Fraktion**

Aktive Arbeitsmarktpolitik für Hamburg jetzt!

und von der CDU-Fraktion

Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe – so funktioniert soziale Stadtteilentwicklung

Ich rufe jetzt das erste Thema auf: PISA – Weg aus der Bildungsmisere. Das Wort hat Frau Freund.

**Katrin Freund** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ganz Deutschland redet vom PISA-Schock. Jeder ahnte es, jetzt haben wir es schwarz auf weiß. Doch eigentlich müsste es in Deutschland ein kleines gallisches Dorf geben. Es wurde zwar in Hamburg in den vergangenen roten Legislaturperioden in der Schulpolitik viel zu wenig unternommen, aber zumindest hätten wir anhand der Ergebnisse der LAU-Studien gewarnt sein müssen. Jedoch wollen wir diese Debatte nicht rückwärts gewandt führen.

Es wäre zu schade, diese Aktuelle Stunde dazu zu nutzen, der SPD ihre Fehler und Versäumnisse der letzten Jahrzehnte vorzuhalten. Vielmehr brauchen wir eine neue Form der Einigkeit in der Bildungspolitik. Bildung ist ein Grundrecht und gleichzeitig eine Pflicht. Wer die Bildung vernachlässigt, schädigt Menschen, vernachlässigt wirtschaftlichen Wohlstand und schafft Kriminalität. Wenn wir vor diesem Hintergrund sehen, dass PISA jeden fünften Jugendlichen in den unzureichenden zwei niedrigsten Lesekategorien einordnet, dann wird das Ausmaß der Katastrophe klar. Die bewährte Lesekompetenz ist Grundvoraussetzung für den Erwerb mathematischer und natur-

wissenschaftlicher Kenntnisse. Diejenigen, die schlecht oder gar nicht lesen können, haben also auch keine Chance, eine andere Begabung zu entwickeln. Wir laufen somit Gefahr, 20 Prozent einer Generation ins gesellschaftliche Aus der Chancenlosigkeit zu verlieren. Deshalb wird die neue Regierung die Bildungspolitik weiterhin als Basis aller gesellschaftlichen und politischen Bestrebungen betrachten.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben eine Menge zu verantworten. Ich fordere Sie deshalb auf, mit uns zusammenzuarbeiten. Unterstützen Sie uns bei der dringend notwendigen Bildungsreform, zum Beispiel bei der notwendigen Verkürzung der Schulzeit zum Abitur auf zwölf Jahre noch in diesem Jahr, beim Ausbau des Ganztagschulwesens, bei der Schaffung eines anerkannten zentralen Standards der Abschlüsse an Hamburger Schulen – ganz wichtig –, bei der Sicherstellung ausreichender Deutschkenntnisse aller Kinder bereits vor der Einschulung, denn PISA und LAU beweisen, wer bei der Einschulung nicht richtig Deutsch spricht, kann es nach neun oder mehr Schuljahren noch immer nicht richtig.

Der jetzt überraschenderweise von der oppositionellen GAL eingereichte, sehr kostenintensive Antrag ist ein Beleg dafür, dass Sie erkannt haben, dass sich etwas ändern muss. Sonst wird der PISA-belegte soziale Sprengstoff der immensen Bildungsstreuung explodieren und eine friedliche demokratische Gesellschaft unmöglich machen. Wir stellen uns der Verantwortung für die Zukunft. Übernehmen Sie die Verantwortung für die Vergangenheit und helfen Sie uns beim Neubeginn. – Ich habe fertig.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Ernst.

**Britta Ernst** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! PISA ist eine internationale Studie, in der die Länder international verglichen werden. Insofern glaube ich, dass der Bezug zum Bundesland Hamburg im Moment nur bedingt etwas taugt. Wir werden im Herbst, wenn die Nachfolgestudie von PISA vorliegt, ausreichend Gelegenheit haben, über einen Vergleich der Bundesländer zu sprechen.

In der Tat ist es um das deutsche Bildungssystem schlecht bestellt. Sowohl die benachteiligten Jugendlichen als auch die leistungsfähigen bekommen im deutschen Schulsystem nicht das geboten, was sie eigentlich brauchen, um im internationalen Vergleich mithalten zu können. Es stellt auch für die Bundesrepublik Deutschland einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber in Frage, dass wir in einem Sozialstaat und in einem Bildungsstaat leben. Ich glaube, dass nur wenige diese Ergebnisse in dieser Schärfe erwartet haben.

Erfreulicherweise führt die PISA-Auseinandersetzung dazu, dass sich jenseits von Parteigrenzen Einigkeit über eine wichtige Bildungsreform abzeichnet. So hat die Kultusministerkonferenz bereits in einem ersten Schritt erste Forderungen auch in den Raum gestellt. Schnellschüsse dürfen aber auch nicht abgeleitet werden. Darauf weisen die Autorinnen und Autoren der PISA-Studie hin. Nicht alles, was bildungspolitisch richtig und notwendig ist, lässt sich aus PISA ableiten. So gibt es in der Tat wenig Hinweise auf Schulzeitverkürzungen, auf Schulorganisationsformen, auf die Frage der Gliederigkeit des Schulsystems

**C****D**

(Britta Ernst SPD)

- A und auch die Frage des Einschulungsalters lässt sich in der Deutlichkeit nicht aus PISA ableiten. Insofern, glaube ich, brauchen wir auch weitere Untersuchungen.

Über eines sollte aber Konsens bestehen: Um sich von bildungspolitischen Glaubenskriegen zu verabschieden, brauchen wir weitere empirische Untersuchungen dieser Art, um objektive Grundlagen zu haben. Ich glaube, trotz aller parteipolitischen Differenzen muss man darauf hinweisen, dass es Rosemarie Raab und damit das Bundesland Hamburg war, die als erstes mit den Lernausgangsuntersuchungen seit 1996 Schule einer objektiven wissenschaftlichen Grundlage unterzogen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das war damals nicht selbstverständlich und stieß auf viel Widerstand, was zum Beispiel in Äußerungen gipfelte, man müsse Watergate im Klassenzimmer verhindern. Ich glaube, dieser Ausdruck macht noch einmal deutlich, wie schwierig dieser Reformweg von Rosemarie Raab war.

Uns irritieren einige Äußerungen in Ihrem Koalitionsvertrag, um noch einmal gegen das zu sprechen, was Sie gesagt haben.

Sie haben dort Hinweise, dass Sie es richtig finden, Schülerinnen und Schüler stärker vom Gymnasium aus der Orientierungsstufe zu verweisen. Sie haben auch kein Problem damit, zu verstärken, dass Schulen in sehr heterogenen Stadtteilen ausschließlich Kinder aus sozial schwachen Familien aufnehmen. Das geht in die falsche Richtung. Wir werden Ihre Bildungspolitik, für die Sie die Verantwortung tragen, an einer Zahl messen, und das ist die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten in Hamburg.

- B (Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist Quantität!)

Wir haben die bundesweit höchste Quote von 35 Prozent und PISA sagt uns, das ist nicht zu viel, das ist viel zu wenig. Das ist zu wenig für die Jugendlichen, deren Wahlmöglichkeiten ein Leben lang offen gehalten werden müssen, und das ist auch zu wenig, um im internationalen Wettbewerb qualifizierte Arbeitskräfte bereitzuhalten. Wenn bei Ihnen und bei Äußerungen der FDP und der CDU durchdringt, dass es Ihnen darum geht, Schülerinnen und Schüler von Gymnasien und Gesamtschulen zu vertreiben, dann glaube ich, dass das der falsche Weg ist. Das ist elitär und das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

PISA bestätigt vor allem eines und das halte ich für das Kernproblem des bundesdeutschen Bildungssektors: Wir brauchen eine Qualitätsoffensive. Es muss sichergestellt werden, dass der Unterricht an allen Schulen gut ist, unabhängig von der Schulform. Es muss sichergestellt werden, dass Unterrichtskonzepte systematisch verbessert werden. Es muss sichergestellt werden, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht isoliert hinter der verschlossenen Klassentür machen können was sie wollen und das stellt auch ganz neue Anforderungen an die Schulleitungen. Schule darf nicht die Benachteiligung der Schwächeren fortsetzen und auf der anderen Seite die Leistungsfähigen nicht fördern. Ich glaube, dass es Pädagoginnen und Pädagogen manchmal schwer fällt, aber es müssen Hinweise auf Modernisierung der Organisation Schule aufgegriffen werden.

Dieser Senat hat mit PISA, aber auch mit LAU wertvolle Grundlagen. Auch mit der Reform der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer wurde begonnen. Ein Abspulen alter

Feindbilder halte ich nicht für den richtigen Weg. Wir werden genau beobachten, welche Schritte Sie in der Bildungspolitik eingehen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Drews.

**Wolfgang Drews CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte gleich zu Beginn auf zwei Argumente von Ihnen, Frau Ernst, eingehen, bevor ich auf den Punkt „PISA – Weg aus der Bildungsmisere“ komme, wie es die Aktuelle Stunde heute vom Titel her sagt.

Sie haben eben mit zwei Beispielen deutlich gemacht, dass Sie vieles, was Sie – zumindest in den letzten vier Jahren – verantwortlich in der Schulpolitik, in der Schulbehörde, in dieser Stadt gestaltet haben, nicht begriffen haben und nichts aus dem gelernt haben, was in der PISA-Studie steht. Sie haben zu Recht erwähnt, dass Schulsenatorin Rosemarie Raab zwar die LAU-Untersuchung eingeführt hat, aber Sie haben vergessen zu erwähnen, dass entsprechende Konsequenzen in dieser Stadt nicht gezogen worden sind.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das ist der erste Punkt und er wird belegt durch die aktuell vorliegende LAU-9-Studie, wenn wir von neun entsprechend vier Jahre abziehen oder die Jahre, als es mit LAU 5 losging, und feststellen, was LAU 9 heute kritisiert, dann werden Sie feststellen, dass in der Tat in wesentlichen Bereichen zum Beispiel Chancengleichheit in unserer Stadt für Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen eben nicht besteht. Das zumindest ist ein Punkt, den die PISA bundesweit feststellt. Erschreckenderweise LAU 9 leider auch für Hamburg. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, Sie haben eine Qualitätsoffensive gefordert. Jetzt frage ich Sie allerdings, Frau Ernst, wie glaubhaft meinen Sie das? Wie ernst ist Ihnen das, dass Sie insbesondere dieses hier sagen, wo Sie doch nicht vier Jahre, sondern mehr als vier Jahrzehnte die Verantwortung für Schul- und Bildungspolitik in dieser Stadt hatten?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nein, meine Damen und Herren, die Äußerungen von Frau Ernst machen ganz deutlich, dass gerade das, was Sie eben von uns verlangt haben, nämlich das Abschneiden ideologischer Zöpfe, in Ihrem Kopf leider noch nicht fortgedrungen ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

So äußert sich PISA zum Beispiel dazu – Stichwort Elitenbildung, was Sie gerade sagten –, dass das Fördern lernschwächerer Kinder und Jugendlicher an den Schulen ein wichtiger Punkt ist. Der ist auch unbestritten von der Kultusministerkonferenz veröffentlicht worden. Sie finden dazu entsprechend qualifizierte Passagen im Koalitionsvertrag der neuen Bürgerkoalition. Aber, Frau Ernst, fördern und fordern sind, um Erfolg in der Schule zu haben und später in der sich ändernden Arbeitswelt motiviert zu sein, doch zwei Seiten der gleichen Medaille. Es geht doch darum, die Schwächeren zu fördern, aber die Starken zu fordern, wo es notwendig ist. Denn PISA sagt auch, was wir bisher schon wussten, dass in Deutschland – und das

(Wolfgang Drews CDU)

- A ist erschreckend, wenn Sie sich angucken, auf welchen Plätzen wir von den 32 Industrienationen, die teilgenommen haben, stehen – die Quote derer, deren Lernpotenzial ausgeschöpft sein müsste, katastrophal ausgefallen ist. Überall dort, wo es jetzt schon Schnittstellen zur LAU-9-Studie gibt, müssten Sie eigentlich vor sich selber im Erdboden versinken, wenn Sie hier heute eine Qualitätsoffensive fordern.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte insbesondere auf den Punkt „Weg aus der Bildungsmisere“ kommen. Ich glaube, dass dieser Senat bisher, mit Rudolf Lange im Bildungsressort an der Spitze, wesentliche Entscheidungen getroffen hat, die wichtig sind, unabhängig von PISA.

(Beifall bei Elke Thomas CDU – Ingo Egloff SPD: Was?)

Dazu gehört als Erstes der Ausbau des Ganztagschulangebotes. Im Koalitionsvertrag steht es. Es hat nicht lange gebraucht, nicht Monate, nicht Quartale, nicht Jahre, so wie die Karawane der alten BSJB bisher die Jahrzehnte weiter zog, nein, ein knappes Vierteljahr nachdem dieser Senat im Amt ist, zwei Monate später sind bereits drei Standorte beschlossen und verkündet. Ich denke, das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Kommen wir zu einem zweiten Punkt. Das ist nur ein wesentlicher Aspekt. Aber ergänzende Aspekte, wie zum Beispiel der Ausbau des Angebotes PROREGIO II in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, die nachmittägliche Betreuung, sind weitere Punkte, wo der Senat Pflöcke eingeschlagen und gezeigt hat, dass es uns mit der nachmittäglichen Betreuung wichtig ist. Auch hier hat der Senat bekannt gegeben, dass es sechs weitere Standorte in Hamburg geben wird. Das zeigt ganz deutlich, dass wir in diesem Aspekt auf dem richtige Weg sind.

Ich möchte aber zum Abschluss Ihnen, Frau Ernst, noch einen Punkt mit auf den Weg geben, weil Sie sagten, an einer Zahl werden Sie uns messen. Wir haben einen höheren Anspruch und lassen uns selber an höheren Zahlen messen. Wir haben zum Beispiel den Anspruch, die von Ihnen in den letzten Jahren mittlerweile auf 14,5 Prozent dramatisch angestiegene Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber ohne jeglichen Schulabschluss an Real- und Hauptschulen durch eine stetige Differenzierung und einen fördernden Unterricht gerade auch der lernschwächeren Schülerinnen und Schüler deutlich zu senken.

(Glocke)

Ich komme darauf noch zurück. – Vielen Dank.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Goetsch.

**Christa Goetsch GAL:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer auf die Ergebnisse der PISA-Studie einfache Antworten schon exakt weiß, wie ich das hier höre, der hat, glaube ich, wenig Ahnung von Bildungsprozessen, die sich eben nicht in Legislaturperioden rechnen lassen. Ich bezweifle, dass – bis auf einen in diesem Saal – einer schon einmal diese 500 Seiten der PISA-Studie wirklich durchgearbeitet hat.

(Luisa Fiedler SPD: Hier!)

Der eine sitzt in der zweiten Reihe auf der Senatsbank.

C

Ich bezweifle, dass das wirklich einer gemacht hat. Jeder saugt jetzt mit seinen Spezialitäten seinen Honig heraus und alle meinen, sie hätten Rückenwind, aber mit PISA bläst uns eigentlich der Wind ins Gesicht. Ich denke, wir können erste Einschätzungen geben. Wir können die Studie natürlich auch als Herausforderung an Bildungspolitik, an Schulpolitik und alle Beteiligten sehen. Aber es geht um komplexere Antworten und differenziertere. Vor Schnellschüssen wurde auch schon gewarnt. Populistische Forderungen sind nicht gefragt. Ich glaube, die von allen Parteien geforderten Ganztagschulen werden ohne Konzept allein überhaupt noch keinen besseren Unterricht gewährleisten.

Im Klassenzimmer wird entschieden, meine Damen und Herren, und PISA zeigt ganz deutlich, dass anscheinend im Unterricht etwas falsch läuft.

(Rolf Kruse CDU: Keine Schnellschüsse!)

In dem Zusammenhang habe ich auch von Schulsenator Lange noch nichts gehört und auch im Koalitionsvertrag nichts gelesen, denn so richtig das Abitur nach zwölf Jahren ist, ist das noch keine Antwort auf PISA. Herr Lange, meinen Sie, dass eine Stunde Mathematik und eine Stunde Deutsch mehr in der fünften Klasse schon die Antwort auf PISA bietet? Frau Freund hat richtigerweise gesagt, dass es um Lesekompetenz geht. Meinen Sie, dass die Schülerinnen und Schüler in Finnland besser abgeschnitten haben, weil sie mehr Unterricht haben? Ich glaube, da müssen wir einmal genauer hinsehen. PISA ist eine breit angelegte Studie oder eine Strategie zur Qualitätssicherung und hat im Jahr 2000 begonnen. Die weiteren folgen 2003 und 2006. Der erste Schritt war, die Lesekompetenz in den Mittelpunkt dieser internationalen Untersuchung zu stellen, und darauf möchte ich eingehen. Professor Baumert, der Leiter der PISA-Untersuchung in Deutschland, sprach letztes im Institut für Lehrerfortbildung noch einmal deutlich von der Abhängigkeit der erworbenen Lesekompetenz für alle Bereiche der schulischen Bildung und für das spätere Berufsleben. Herr Drews, es ist richtig, wer nicht mit Sprache umgehen kann, wird kein erfolgreiches Leben führen können.

D

(Krista Sager GAL: Die haben ja einen Stoiber!)

Darum geht es. Jugendliche, die entsprechende Fähigkeiten nicht haben, gelten als sogenannte Risikokandidaten: 23 Prozent in Deutschland und sogar 36 Prozent, ein Drittel aller Jugendlichen in Deutschland, haben keine „normalen“ Schulkarrieren. Da müssen wir uns doch fragen, wie wir die Schülerinnen und Schüler erreichen. Lesekompetenz heißt, dass die richtig lesen können, und zwar nicht nur technisch, sondern dass sie es auch verstehen. Plastisch gesagt: Wer nicht lesen kann, kann keine Matheaufgabe lesen, verstehen, rechnen und kann auch nicht im Biologiebuch das Fortpflanzungsverhalten der Ringelnatter nachlesen. Lesekompetenz ist Basiskompetenz und Schlüssel für erfolgreiche Bildungsprozesse. Was wollen Sie, Senator Lange, dafür tun. Bisher habe ich für dieses konkrete Beispiel noch nichts gehört.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Was haben Sie denn getan?)

Ich kann Ihnen aber genau sagen, was inzwischen gemacht worden ist und weitergemacht werden muss. Ich habe hier nicht die perfekten Antworten parat, Schnellschüsse,



(Christa Goetsch GAL)

A (Karl-Heinz Ehlers CDU: Aha, aber Sie tun so!)

wie bei Ihnen, Herr Ehlers.

Zum Beispiel das Projekt „Lesen und Schreiben“ wird in allen Grundschulen durchgeführt, um die Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Die Grundschulen arbeiten mit den Hamburger Bücherhallen zusammen, haben zum Beispiel das Projekt „Lesekisten“ entwickelt. Dass diese Maßnahmen effektiv sind, zeigt sich darin, dass es gelungen ist, die Zahl der Kinder mit gravierenden Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten zu halbieren. Das ist bewiesen. Wir haben nur das Problem, dass die Fünfzehnjährigen, die durch PISA getestet worden sind, noch gar nicht in den Genuss des Reformwerks gekommen sind. Bildungsprozesse dauern eben länger. Die Reform der Lehrerbildung ist schon angesprochen worden und wir wollen weitergehen. Frau Freund hat den Antrag zum „Bildungsjahr 5 plus“, der morgen auf der Tagesordnung steht, angesprochen. Für die GAL steht jedenfalls fest, dass die Vorschläge, die im Koalitionsvertrag stehen, wenig mit PISA zu tun haben. Sie müssen erst nachweisen, dass sich damit die Lesekompetenz der Hamburger Schülerinnen und Schüler tatsächlich verbessern lässt. Oder meinen Sie, mit Notenzeugnissen wird der Unterricht besser?

Ich denke: „Der Befund ist nicht Schicksal!“ So hat es unser Staatsrat, Herr Lange, ausgedrückt. Wir müssen die Ursachen diskutieren. Wir brauchen überlegte und nachhaltige Reformen und keine Symbolpolitik, die ich hier aus Ihren Reihen höre. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Woestmeyer.

**Martin Woestmeyer FDP:** Liebe Frau Goetsch! Ein Satz, den Sie gesagt haben, war fast richtig. Wenn Sie sagen, bei PISA bläst uns der Wind ins Gesicht, dann meinen Sie sicherlich nicht uns, sondern Sie meinen, Ihnen in Ihrer Verantwortung für die letzten vier Jahre bläst der Wind ins Gesicht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Anja Hajduk GAL: Sie müssen auch was tun!)

Für uns ist es ein Rückenwind.

Ich erinnere nicht nur daran, dass Sie in den letzten vier Jahren mit der GAL zusammen oder in den Jahren zuvor auch mit anderen Koalitionspartnern Verantwortung trugen, sondern auch, dass Sie bundespolitisch Verantwortung tragen. Wir haben zwar jetzt erst einmal nur die Studie mit dem Ländervergleich vorliegen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Genau!)

Ich melde bei dieser Gelegenheit schon jetzt an, dass wir uns im Herbst über die Länderstudie unterhalten, weil ich mir sicher bin, dass wir an der Stelle auch viel Beratungsbedarf haben und sicherlich noch einmal auf die alte Regierungstätigkeit zurückkommen werden.

Was ist denn bundespolitisch an der Stelle passiert? Es kann mir nicht einmal jeder auf der Straße sagen, wie die Bundesbildungsministerin heißt. Wir haben keinen nationalen Bildungsgipfel gehabt,

(Anja Hajduk GAL: Wir haben ja auch Föderalismus!)

den man sofort hätte einberufen müssen, um auf PISA zu reagieren. Man hätte sich auch einmal überlegen können, dazu sind Sie auch herzlich aufgerufen, ob man nicht am Einstimmigkeitsprinzip der KMK etwas ändern könnte, damit in dieses Land – und das ist jetzt nicht das Land Hamburg, sondern die ganze Bundesrepublik Deutschland – bildungspolitisch dieselbe Bewegung hineinkommt, wie wir sie hier durch den Regierungswechsel hineinbekommen haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Ich kann gut verstehen, dass Sie ein bisschen angepiekt reagieren, wenn Sie sich schon so intensiv mit PISA auseinandergesetzt haben. Dann wird mal schnell das konkrete politische Handeln des neuen Senats als Schnellschuss bezeichnet. Sie wären aber die Ersten, die hier gestanden und gesagt hätten, der neue Senat tut nichts, wenn wir nicht einfach gemacht hätten. Wir machen einfach. Die 100 Tage sind noch nicht vorbei. Senator Lange mit seiner Behörde steht an der Spitze derjenigen, die jetzt tun und machen, und Abitur nach zwölf Jahren ist ein Beweis dafür.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Anja Hajduk GAL: Das sehen die Hamburger aber anders!)

Darin sind gleich zwei Punkte, die einen direkten Bezug zu PISA haben, so wie Sie das fordern. In der PISA-Studie steht, dass die Unterrichtsdichte an bundesdeutschen Schulen deutlich unter dem OECD-Schnitt liegt. Das heißt, wir haben durchaus die Möglichkeit, dort durch Aufstockung des Wochenstundenkontingents etwas zuzugeben. Herr Lange hat bewiesen, dass er auf PISA direkt reagiert, indem er die Schwerpunktfächer für das erste Jahr auch gleich benannt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vergleichbarkeit, Ganztagschulen, Abitur nach zwölf Jahren mit den genannten Schwerpunkten bedeuten, hier wird etwas getan, hier wird zügig im Sinne der Wähler, die diesen Wechsel gewollt haben, etwas umgesetzt. Wir lassen uns am Ende in unserem Erfolg nicht alleine daran messen, wie viel Abiturienten wir in dieser Stadt haben. Das ist nicht die Zahl. Es geht hier nicht um Quantität, sondern das sagt PISA auch ganz klar: Es geht um Qualität. Es geht nicht mehr darum, möglichst alle durch alle Schuljahre durchzuboxen und dafür zu sorgen, dass wir nur eine Anzahl hoher Abiturienten haben. Wenn die fleißigen Schüler am Ende merken, dass ihr Abitur in anderen Bundesländern, an anderen Universitäten nichts mehr wert ist, dann hat die reine Anzahl nichts damit zu tun, welche Qualität dahinter steckt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Für uns heißt die Konsequenz aus der PISA-Studie deshalb: Fördern und fordern.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Senator Lange.

(Michael Neumann SPD: Wohlerholt! – Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**A Senator Rudolf Lange:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ernst, Sie haben ganz richtig gesagt, nicht Schnellschüsse seien gefragt, sondern grundlegende Reformen.

(Uwe Grund SPD: Da sind wir ja beieinander, Herr Senator!)

Es ist aber auch nicht gefragt, nun noch weiter hektisch zuzuwarten, wie das in den letzten Jahren und Jahrzehnten passiert ist.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Krista Sager GAL: Wie sieht das aus?)

– Darüber können Sie jetzt einmal nachdenken, was das wohl bedeutet.

(Krista Sager GAL: War das ein Beispiel für Sprachkompetenz?)

– Ja, das ist richtig. Gerade weil die Prozesse so lang sind, was alle hier zu Recht erwähnt haben, gibt es gar keinen Grund, nicht gleich anzufangen, denn viele wollen sich, weil die Prozesse so lang sind, erst einmal mit dem Anfang Zeit lassen und sich auf den Ruhekissen der Vergangenheit ausruhen und das können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Und um so bahnbrechende Erkenntnisse zu erhalten, wie Sie sie hier vorgetragen haben, nämlich dass die Lesekompetenz von großer Bedeutung ist, dazu braucht man nicht auf PISA zu warten. Das wussten wir auch schon vorher.

**B** (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Kultusminister haben sich gemeinsam Anfang Dezember auf sieben Handlungsfelder aus der PISA-Studie verständigt, auf das, was man allgemein für unser Bildungssystem ableiten kann. Ich nenne sie in Stichworten.

Es ist die Verbesserung der Sprachkompetenz, und zwar bereits im vorschulischen Bereich, eine bessere Verzahnung von Vorschule und Grundschule

(Krista Sager GAL: Das haben wir doch beantragt! Sie nicht!)

– nun seien Sie doch mal ruhig. Sie werden das schon noch erleben, was wir alles machen –, eine wirksame Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher, eine Verbesserung der Grundschulbildung.

(Anja Hajduk GAL: Alles Dinge, die in Hamburg gemacht wurden!)

Alles Dinge, die Sie in den letzten 40 Jahren hätten machen können. Ich bin seit 84 Tagen Kultursenator und so lange auch Schulsenator. Nun regen Sie sich doch nicht auf, dass wir nicht in 84 Tagen das beseitigen, was Sie angeordnet haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Uwe Grund SPD: Wir regen uns gar nicht auf!)

Eines ist doch klar: Dass in der Koalitionsvereinbarung bereits erste Antworten – und darauf lege ich wirklich Wert – auf die in PISA aufgezeigten Herausforderungen an die Bildungspolitik formuliert sind, kommt nämlich nicht von ungefähr, sondern weil viele Dinge auf der Hand lagen und

dem aufmerksamen Beobachter durchaus bekannt waren. Dass darüber hinaus Hamburg im Vergleich zu anderen Ländern – und das ist das Verdienst der Vorgängerregierung – in einer verhältnismäßig besseren Lage ist, was die gezielten Erkenntnisse in der Stadt anbetrifft, die wir im Sommer oder im Herbst dann durch PISA-E auch noch einmal präsentiert bekommen, ist ein Vorteil, da wir wissen, wo wir aufsetzen können. Genannt worden ist das Projekt „Plus“ und die Verstärkung des Ganztagsangebotes. Das ist uns aber zu wenig. Deswegen haben wir beschlossen, einige Maßnahmen sofort zu ergreifen. Dazu gehören die 180 Lehrerstellen, die wir ab 1. Februar besetzen. Dazu gehört das Sofortprogramm zur Sprachförderung in den vorschulischen Einrichtungen, und zwar auf einer konzeptionellen Grundlage. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Förderung zweisprachig aufwachsender Kinder und dafür sind im Haushaltsplan-Entwurf – wir werden ja in den nächsten Tagen und Wochen darüber reden – bereits Mittel eingestellt.

Wir werden die außerschulischen Lern- und Förderangebote ausweiten und, wie erwähnt, mit dem neuen Schuljahr drei neue Ganztagschulen einrichten. Wir werden das Abitur in zwölf Jahren, beginnend mit der Klasse 5 für Gymnasien und kooperativen Gesamtschulen, auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren, dies sind nur erste Schritte auf dem Weg aus der Bildungsmisere. Weitere Maßnahmen, an denen wir derzeit in der Schulbehörde mit Hochdruck arbeiten, betreffen insbesondere die Standardsicherung, die Sicherung des Lehrernachwuchses, die Ausbildung der Lehrer und die Qualifizierung insgesamt. Ich fordere Sie alle auf, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen, damit Hamburg möglichst bald nicht nur hinsichtlich der Ausgaben für die Bildung Spitze ist, sondern auch in den Leistungen des deutschen Bildungssystems.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat jetzt Herr Stephan Müller.

**Stephan Müller** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich werde auf meine Einleitung verzichten, da ich Ihnen, Frau Goetsch, erst einmal antworten möchte, dass wir die PISA-Studie gelesen haben. Um das zu unterstreichen, möchte ich ein paar Eckdaten nennen, die vielleicht mit Ihren Ausarbeitungen übereinstimmen.

Das Niveau der Lesekompetenz deutscher Schülerinnen und Schüler ist im internationalen Vergleich eher niedrig. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit schwachen beziehungsweise extrem schwachen Leseleistungen liegt bei 23 Prozent. 10 Prozent der Getesteten mangelt es an jeglichem Textverständnis.

Das Ergebnis der anderen PISA-Disziplin, mathematischer und naturwissenschaftlicher Art, fällt ähnlich katastrophal aus. 25 Prozent der Prüflinge kommen im Umgang mit mathematischen Problemen nicht einmal über das Grundschulniveau hinaus. Ein großer Teil der Getesteten kann noch nicht einmal mehr als fünf europäische Hauptstädte aufzählen und wir können uns froh schätzen, wenn sie die eigene Hauptstadt kennen.

Im Leistungsbereich Lesen ist das Ergebnis Platz 21 und für die naturwissenschaftliche und mathematische Leis-

C

D

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A tung Platz 20 im internationalen Vergleich. Damit positionieren sich die deutschen Schülerinnen und Schüler in der PISA-Rangliste im unteren Mittelfeld und stellen dem High-Tech-Staat Bundesrepublik Deutschland ein Armutszeugnis aus.

Die Aufgaben des Tests, das wissen Sie hoffentlich auch, beschränken sich nicht nur auf die bloße Abfrage von Wissen, sondern es sollte auch Denkaktivität und Cleverness der Schüler testen. Einige Aufgaben waren so konzipiert, dass die Lösung aus dem Fragetext hervorging. Aber auch in diesem Aufgabenbereich wurden unsere Schüler und Schülerinnen von den Vergleichsstaaten hoffnungslos abgehängt. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass besonders schlechte Leistungen von Kindern, insbesondere männliche, von alleinerziehenden Elternteilen, sozial benachteiligten Familien und Migrantenfamilien erbracht wurden.

Vor allem die Leseschwäche ist Resultat einer seit Jahren verfehlten Integrationspolitik. Wenn 42 Prozent der männlichen fünfzehnjährigen Jugendlichen – wie aus der Studie und der nachträglichen Befragung hervorgeht – Lesen als Zumutung empfindet, als Ersatzlektüre den Fernseher einschaltet und dem Sprachgebrauch nachmittäglicher Talkshows nacheifert, die Kommunikation auf E-Mail und SMS beschränkt, müssen wir die familiäre und gesellschaftliche Wertevermittlung überdenken.

Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, dass bloße Statistiken der Problemlösung nicht näher kommen. Sie spiegeln aber unseren eklatant schlechten Stellenwert im internationalen Vergleich wider. Es ist unsere Pflicht, diesen bildungspolitischen Hilfeschrei nicht nur wahrzunehmen, sondern fraktionsübergreifend an Lösungen zu arbeiten. An uns liegt es, dieser Bildungsmisere, die daraus resultierend bundesweit 7 Milliarden Euro für Fortbildungskosten verursacht, entschieden entgegenzuwirken. Unserer Ansicht nach befinden wir uns mit den in der Koalition beschlossenen Maßnahmen auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Der jahrelange sozialdemokratische Versuch, über staatliche Bildung sozialen Chancenausgleich zu gewährleisten, ist gescheitert.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir müssen leistungsschwache sowie leistungsstarke Schüler durch differenzierte Maßnahmen gezielt fördern. Kinder, die der deutschen Sprache nicht oder kaum mächtig sind, müssen noch vor der Einschulung ein Mindestmaß der deutschen Sprache vermittelt bekommen. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir den Haupt- und Realschulen schenken, um die Leistungsfähigkeit durch eine praxisorientierte Lernform zu verbessern. Durch Ganztagschulen ist insbesondere in sozial schwachen Gebieten dem Unterrichtsausfall Einhalt zu gewähren. Um die Integration von Migrantenkindern zu fördern, liegt es durchaus nahe, dass wir uns einmal die norwegischen und schwedischen Unterstützungsprogramme ansehen; möglicherweise geben sie uns ein Vorbild über wirkungsvolle Integrationspolitik.

Die ergänzende PISA-Studie, die einen bundesweiten Vergleich zulässt, wird noch in diesem Jahr erscheinen. Wenn das Ergebnis so erschreckend ausfällt, wie wir es erahnen können, fällt es noch in Ihren Verantwortungsbereich,

meine Damen und Herren von der SPD, und wir werden Sie daran erinnern. C

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Buss.

**Wilfried Buss SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildung gehört, gerade nach PISA, in der Tagesordnung ganz nach oben.

(Rolf Kruse CDU: Deshalb haben wir es auch auf der Tagesordnung!)

– Deshalb haben wir es auch auf der Tagesordnung, richtig, Herr Kruse.

Der Bundespräsident – den ich gerade zitiert habe – hat aber weiter gesagt: ... besonders bei denen, die entscheiden und handeln. Das, Herr Senator Lange, bedeutet zum Beispiel auch, dass man den jeweiligen Fachausschuss, der sich gerade mit diesen Konzeptionen beschäftigen sollte und die entsprechenden Haushaltsunterlagen dafür festlegt, nicht schwänzt. Das möchte ich dazu einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Er hat sich entschuldigt!)

Zurück zur Sache. Was ich ansonsten bei PISA festgestellt habe, waren einige Punkte, die hier schon genannt worden sind. Andere möchte ich aber noch einmal hervorheben: Lernschwache müssen stärker im Mittelpunkt stehen, das haben wir schon gehört. Wir haben aber gerade auch das Beispiel von Herrn Müller gehört, dass wir mehr nach Schweden gucken sollten. Dort findet beispielsweise die Aufhebung der Selektion, einer der Hauptkritikpunkte an PISA, überhaupt nicht statt. Dort gibt es eine neunjährige integrative Ausbildung; hört, hört. D

Alle Angelegenheiten gelten bundesweit, so dass wir hier in Hamburg gar keine Schulformdebatte führen müssen; ich stelle das nur ganz sachlich fest. Dort gibt es Ganztagsunterricht, aber mit ausgereifter Konzeption. Ferner gibt es – das haben Sie zu Recht gesagt – eine vorschulische, konzeptionell auf die Sprachförderung ausgerichtete Erziehung.

Wenn ich mir die ersten 85 Tage der Regierung unter unserem verehrten Admiral angucke, stelle ich fest, dass wir statt dessen das Abitur in zwölf Jahren haben, mal eben so; dazu haben wir im Fachausschuss ausführlich nachgefragt. Heraus gekommen ist dabei jetzt konkret eine Stunde mehr Mathematik und Deutsch. Dann frage ich doch einmal ganz konkret, was daran die konsequente Umsetzung der PISA-Forderung ist? Gar nichts!

(Karen Koop CDU: Mehr Übungskapazität!)

Was wollen Sie denn konzeptionell, inhaltlich von Jahrgang sechs nach Jahrgang fünf vorziehen? Dafür müssten Sie doch die entsprechenden Lehrpläne schon vorliegen haben. Allein eine Stunde mehr Unterricht bringt uns doch nicht weiter, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Schüler ein Jahr weniger zur Schule gehen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Sie selbst, Herr Senator, haben zu PISA gleich am nächsten Tag verlauten lassen, dass wir eine breite bildungspolitische Debatte und keine punktuellen



(Wilfried Buss SPD)

- A Maßnahmen brauchen, siehe das Abitur nach zwölf Jahren. Sie haben gerade eben wieder darauf verwiesen, dass Bildung eine hohe Priorität in Ihrem Rechtssenat haben muss. Das Abitur habe ich gerade erwähnt, aber wo ist denn das Konzept für die Vorschulerziehung? Nichts! Stattdessen bringt die GAL ein Konzept ein

(Zuruf von Karen Koop CDU)

und Sie selbst müssen das Konzept der Opposition zur Diskussion auf die Tagesordnung nehmen.

Nächster Punkt: Mehr Lehrer. Die waren im Haushalt schon längst vorgesehen. Das, was Sie bisher eingeworben haben, steht im Großen und Ganzen schon drin. Sparen ist nach wie vor angesagt. Diese konzeptionellen Ideen vermisse ich. Wir brauchen stattdessen ein übergreifendes Konzept für Eltern, Schüler und Lehrer. Für Eltern muss konzeptionell wieder stärker die Überlegung der Vor- und Nachbereitung von Schule zu Hause im Vordergrund stehen.

Bei den Schülern soll Schule Spaß machen, richtig.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Leistung!)

– Aber natürlich gehört auch Leistung dazu;

(Michael Neumann SPD: Wie in der Politik!)

so wie in der Politik. Es ist nicht alles nur Spaß bei irgendwelchen Partys.

(Beifall bei der SPD)

Zu Recht wurde hier gesagt – beispielsweise von Frau Ernst –, dass die Lehrerinnen und Lehrer neue Wege gehen müssen.

- B (Katrín Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie haben doch die Spaßgesellschaft eingeführt!)

Wir haben es in den vergangenen vier Jahren geschafft, eine entsprechende Erneuerung der Lehreraus- und -fortbildung auf den Weg zu bringen. Das heißt – das ist doch aus PISA zu lernen –, dass es auch bei Lehrerinnen und Lehrern neuer Wege der Didaktik und der Methodik bedarf. Damit komme ich wieder auf die Bildungspläne zurück, die für das Thema „Abitur nach zwölf Jahren“ zu ändern sind.

Nach Aussage der PISA-Forscher brauchen wir mehr Kooperation zwischen Lehrerinnen und Lehrern. Gleichzeitig müssen wir doch aber aufpassen, dass wir nicht noch obendrauf satteln. Das alles muss mit Ruhe und Augenmaß besprochen werden, denn man kann den Lehrkörpern nicht noch mehr aufbürden. Wir haben jedenfalls einen Schluss daraus gezogen, meine Damen und Herren:

(Glocke)

Wir sind bereit zu einem entsprechenden Dialog mit Ihnen, aber wir sind gegen Schnellschüsse, wie sie uns heute wieder vorgestellt worden sind. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat jetzt Herr Drews.

**Wolfgang Drews** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Buss, da Sie in der letzten Legislaturperiode dem Hause noch nicht angehörten, kann ich verstehen, dass Sie ein Konzept zum Thema Vorschulklassen vermissen.

(Michael Neumann SPD: Elder Statesman!)

C Wenn Sie solche Punkte ansprechen, muss man aber unterstellen, dass Sie unseren Koalitionsvertrag mindestens annähernd gelesen haben. Daraus möchte ich nur zwei Sätze zitieren, die an das von Ihnen eingeforderte Konzept erinnern. Darin steht, dass die Schule neben der Vermittlung von Wissen auch eine soziale Funktion hat, um die Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen zu erhöhen, und weiter, dass die Deutschkenntnisse aller Kinder ab der ersten Klasse durch geeignete Fördermaßnahmen sichergestellt werden.

Meine Damen und Herren, unter dem Aspekt einer Chancengerechtigkeit kann man, glaube ich, etwas Umfassenderes nicht mehr beschreiben, dass alle Kinder in den Genuss kommen sollen. Ich glaube, dass dies ein sehr überzeugendes Beispiel der Koalition dafür ist, wie wichtig uns Chancengleichheit gerade in den Stadtteilen ist, in denen es insbesondere um Kinder aus sozial benachteiligten Familien geht. Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Es klingt sehr gut, wenn Sie nach 84 Tagen von der neuen Regierung Konzepte fordern. Aber erinnern Sie sich doch bitte auch daran, dass es noch nicht sehr lange her ist, dass die SPD/GAL-Mehrheit hier im Hause – Frau Goetsch, Sie waren auch dabei – einen Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt hat, als es darum ging, Sprachkompetenz, Sprachüberprüfung und Sprachförderung für Kinder aus Häusern nichtdeutscher Muttersprache einzuführen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie haben hinsichtlich der Deutschkenntnisse oder der Fördermöglichkeiten in ganz kurzer Zeit eine Kehrtwende um 180 Grad vollzogen, die atemberaubend ist.

D (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Kommen wir noch einmal zu dem Punkt, der Ihnen, Hamburgs Sozialdemokraten, mit Sicherheit sehr schmerzhaft ist, nämlich der Förderung der Haupt- und Realschulen und der damit zusammenhängenden Chancengleichheit. Ist es denn wirklich eine stolze Zahl, dass von Jahr zu Jahr erst 11, 12, 13 und dann 14,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen die Schulen ohne Abschluss verlassen? Ist das sozial? Das ist alles andere als sozial und hat nichts damit zu tun, dass wir in dieser reichen Stadt, in der Sie Jahrzehnte die Verantwortung getragen haben, heute Chancengleichheit haben. Es geht bei der Frage der Chancengleichheit nicht um Schnellschüsse, sondern darum, im Anschluss an die Schule auch Ausbildungsplätze zu finden, beispielsweise den praktisch begabten Auszubildenden, den schwächeren Jugendlichen eine Chance zu geben. Diesen Beweis sind Sie schuldig geblieben und dafür ist Frau Raab insbesondere kein gutes Beispiel.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich komme zu dem wichtigen Punkt, dass entsprechende Maßnahmen natürlich Geld kosten. Sicher ist es richtig, dass man aus Sicht der jetzigen Opposition hier und da noch mehr fördern könnte und müsste. Wir alle kennen aber die Wahrheit eines nicht ausgeglichenen Betriebshaushalts, den Rotgrün als Scherbenhaufen hinterlassen hat, plus die nach unten korrigierte Steuerschätzung, die – das will ich Ihnen zugute halten – zumindest nicht primär mit sozialdemokratischer Politik zu tun hat. Es ist aber noch nicht lange her, dass Sie vor einem Jahr 120 Lehrer-

(Wolfgang Drews CDU)

- A stellen in dieser Stadt gestrichen haben, die dem Spardiktat von Ortwin Runde und Co. zum Opfer gefallen sind. Das darf in dieser Debatte nicht unerwähnt bleiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Mehr Bildung, bessere Chancen, Ganztagsbetreuungsangebote ohne pädagogische Kräfte und ohne Lehrerstellen, geht nicht. Diese Gleichung geht nicht auf. Daher hat der Senat mit den 180 neuen Lehrerstellen, die Senator Lange erwähnt hat, ein ganz klares Zeichen gesetzt, wofür wir sind. Es geht uns darum, Chancengleichheit im Zeitablauf wieder herzustellen, damit Jugendliche auf dem Wege dahin einen Schulabschluss erreichen, und insbesondere auch um die ungleichgewichtigen Situationen zu beseitigen – wie die PISA-Studie feststellt –, damit auch Jugendliche aus sozial schwächeren Familien eine Chance haben, das Abitur zu machen. PISA und LAU 9 stellen übereinstimmend fest, dass es bei Schülerinnen und Schülern in Hamburger Schulen mit höheren Bildungsgängen leider keine Chancengleichheit gibt. Dieses wird ebenfalls ein Korrekturpunkt unserer Koalition sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Goetsch.

**Christa Goetsch** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Ergänzungen zu diesen Ausführungen machen; Herr Lange ist jetzt wieder im Saal, so dass ich direkt antworten kann.

- B Die KMK schreibt dummerweise vor, dass man die Stunden erhöhen muss, insofern ist es keine neue Erfindung. Es ist doch klar, dass die Stunden erhöht werden müssen, wenn man das Abitur nach zwölf Jahren machen will.

Bei der PISA-Studie geht es aber nicht darum zu debattieren, wie viele Stunden es mehr oder weniger sein müssen, sondern darum, was tatsächlich inhaltlich passiert. Herr Lange, ich gebe Ihnen sofort Recht und würde mich sehr freuen, wenn Sie die wunderbaren Dinge, die schon alle angeschoben sind – Sie haben PROREGIO angesprochen –, weiter unterstützen. Die sechs weiteren Standorte waren jedoch im letzten Haushalt schon eingestellt und nur wir alle gemeinsam können es erreichen, wobei ich die Kontinuität begrüße. Ich begrüße es aber nicht, dass Sie gleichzeitig wieder an den Mittagstischen sparen. Das ist ein Widerspruch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte gern noch einmal auf die Inhalte zurückkommen und fragen, ob Sie die Kontinuität wie bei den Ganztagschulen und bei PROREGIO auch bei den 1998 in Kraft gesetzten neuen Stundentafeln verfolgen und weiter betreiben werden – ich kann ja nur über das reden, was ich mitgetragen habe, was davor passiert ist, ist nicht unsere Sache, bei denen beispielsweise die Schüler-Grundstunden in den Hauptschulen erhöht wurden. Darüber wird auch debattiert und ich gehe daher davon aus, dass Sie das weiterbetreiben werden.

Dazu gehört auch die zentrale Frage der Standardsicherung. Eine Standardsicherung bekomme ich, Herr Drews, nicht mit alten Zöpfen weg, wie Noten in der Grundschule, sondern beispielsweise mit eingeleiteten Maßnahmen wie der Einführung von Vergleichsarbeiten und Abschlussver-

fahren am Ende der Sekundarstufe I. Das sind Maßnahmen, die tatsächlich in die Qualität des Unterrichts einwirken. Dazu gehören die Bildungspläne, die einen verbindlichen Rahmen vorsehen, Projekte, die hier noch nie erwähnt wurden, aber durch LAU und TIMSS losgetreten worden sind. Es geht darum, die Rahmenpläne von Mathematik und eine korrespondierende Fachtagung zu initiieren, um eine Neuausrichtung des Mathematikunterrichts zu beginnen. Das alles ist in Angriff genommen worden und ich hoffe sehr, Herr Lange, dass Ihre Behörde und Sie das weiter fortsetzen.

Damit komme ich zu meinem Spezialthema, den Migrantenkindern, Herr Drews, und den bilingualen Grundschulen, die beispielsweise ein Weg sind und die – wie ich gehört habe – auch aus Ihrer Sicht weiter verfolgt werden sollen. Das kann ich nur begrüßen. Da geht es nicht um die 180 Grad Kehrtwende, sondern um den Weg zum Ziel und jetzt wieder zurück zu PISA.

Wenn Sie die Studie gelesen haben, wissen Sie, dass in allen anderen europäischen Ländern die Migrantenkinderförderung, die Integrationsförderung im frühen, vorschulischen Alter und in der Grundschule – immer unter Berücksichtigung der Herkunftssprache – durchgeführt wird. Das heißt, es geht um Deutschlernen, aber immer unter Berücksichtigung der Herkunftssprache. Insofern ist mir die 180 Grad Drehung nicht nachzuweisen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Goetsch! Erst einmal wundere ich mich, dass Sie sich jetzt für die Migrantenkinder einsetzen.

(Krista Sager GAL: Das ist unverschämte!)

Ich kann mich entsinnen, dass unter Ihrem Senat gerade die Spracherziehung nichtdeutscher Kinder abgebaut und vernachlässigt wurde. Da hätten Sie mal anfangen sollen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Krista Sager GAL: Null Ahnung!)

Ansonsten haben Sie die typische Rede eines klassischen altgedienten Politikers gehalten. Sie haben mit Stichworten um sich geworfen. Ich zitiere: Schülergrundstunden, Standardisierung, Bildungspläne und so weiter. Ich gehe etwas simpler daran. Ich bin zum einen Vater eines schulpflichtigen Kindes und zum anderen bin ich Ausbilder. Ich habe gerade mal nachgezählt und glaube, ich betreue jetzt den neunten Lehrling in meiner Praxis. Ich frage mich, ob meine Kinder gut ausgebildet werden. Können sie später lesen, schreiben und rechnen und können das auch meine Lehrlinge? Ich muss Ihnen sagen, dass mich die PISA-Studie überhaupt nicht überrascht. Wenn darin steht, dass 24 Prozent der Fünfzehnjährigen in der Mathematik noch nicht einmal Grundkenntnisse haben, dann vermute ich – nach meinen eigenen, nicht repräsentativen Erfahrungen –, dass die Daten in Wirklichkeit sogar noch schlechter sind.

Wenn ich von Gewerkschaftsseite höre – auch die SPD ist immer munter dabei –, dass die bösen Arbeitgeber zu wenig Lehrlinge einstellen, dann muss ich sagen, dass sie den Arbeitgebern keine Chance geben, gute Lehrlinge zu bekommen; das ist der Punkt. Hamburger Handwerksmeis-

C

D

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A ter würden doch gern eine Menge mehr Lehrlinge einstellen, aber was sollen sie mit Jugendlichen aus dem Hamburger Schulsystem, die nicht einmal vernünftig rechnen und schreiben können. Man kann sie in vielen Berufen nicht weiter ausbilden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie wissen genau so gut wie ich, dass es maßgeblich auf die kleinen und mittleren Unternehmen ankommt. Große Unternehmen können es sich vielleicht noch leisten, eigene große Bildungsabteilungen zu haben. Das können aber die kleinen und mittleren Betriebe nicht. Sie sind darauf angewiesen, gut vorgebildete und mit den Grundfertigkeiten ausgestattete Lehrlinge zu bekommen. Daran fehlt es und das ist in Hamburg sicher besonders schlimm, ich kann es selbst beurteilen.

Im ersten Beitrag von Frau Goetsch – was es im Einzelnen war, habe ich leider vergessen – wurde das Paarungsverhalten von Tieren angesprochen – welche waren es noch gleich? Aber das ist ja gerade das Problem, dass Sie so etwas ausführlich bis zum Letzten in Hamburger Schulen unterrichten; aber die, die sich da paaren, können nicht einmal zählen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Uwe Grund SPD: Ist Ihnen das nicht peinlich?)

Bildungssenator Lange wird mit seinem Senat dafür sorgen, dass in Hamburger Schulen Grundfertigkeiten von allen Schülern beherrscht werden. Auf diese Weise werden der gesamte Senat und die Regierungsfractionen Hamburgs Kinder, die genau so plietsch sind wie alle anderen, wieder an die bundesweite Spitze führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Entschuldigung, Frau Koop, ich habe Sie zwar zuerst gesehen, aber es gab auch eine Wortmeldung in der Reihe der anmeldenden Fraktion. Herr Bauer, Sie haben sich zu Wort gemeldet, dann haben Sie jetzt das Wort, danach Frau Koop.

(Michael Neumann SPD: Jetzt kommt die Geheimwaffe: Der innenpolitische Sprecher zur Schulpolitik!)

**Frank-Michael Bauer** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Reaktionen auf die PISA-Studie könnten zu der Schlussfolgerung verleiten, die verantwortlichen Bildungspolitiker hätten vorher gar nicht gewusst, wie miserabel unser Schulsystem im Vergleich zu anderen Ländern ist.

Dabei hätten Sie mal einen Handwerksmeister, einen kaufmännischen Ausbildungsbetrieb oder einen anderen x-beliebigen Menschen auf der Straße fragen müssen. Was ist zu tun? Als Erstes sollten wir Eltern schulpflichtiger Kinder den zuständigen wie verantwortlichen Politikern eine fristlose Kündigung schreiben. Das haben sie in Hamburg schon vorweg am 23. September 2001 getan.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Gerade weil der SPD-Wahlslogan „Gute Politik hat Zukunft“ stimmt, ist der rotgrüne Senat abgewählt worden, gehört rotgrüne Politik der Vergangenheit an.

(Barbara Duden SPD: Was hat das mit PISA zu tun?) C

Denn PISA ist nicht die erste Studie, die unseren Schulen ein Armutszeugnis ausstellt. Passiert ist nichts oder sehr wenig.

Ich kann daher nur hoffen, dass wenigstens jetzt, nachdem andere Länder ihre Witze über uns machen und die PISA-Studie 2003 und 2006 wiederholt wird, umfassende Reformen verabschiedet werden. Der neue Senat, insbesondere der Schulsenator, werden dafür die richtigen Weichen stellen. Neugierige können sich im Internet die Ergebnisse der Studie genauer ansehen. Auf Seite 29 finden Sie den vielleicht wichtigsten Satz:

„Offensichtlich gelingt es in Deutschland nicht so wie in anderen Ländern, die schwachen Schülerinnen und Schüler zu fördern.“

Dieses Fazit zielt im Wesentlichen auf die gesamte Hauptschule. Ein ganzer Schulzweig wurde über Jahre abgeschrieben und mangelverwaltet. Auch die Grundschule ist viel zu lange vernachlässigt worden.

Können wir es uns als große Industrienation leisten, ein Viertel aller Schüler mehr recht als schlecht durch die neunjährige Schulpflicht zu drücken, um sie dann der Perspektivlosigkeit zu überlassen? Die Arbeitsämter jammern, dass die Hälfte der über vier Millionen Arbeitslosen keine Ausbildung oder zu geringe Qualifikationen hat. Auf der anderen Seite entlassen wir Schülergeneration um Schülergeneration, die für die Berufswelt nur mangelhaft ausgebildet ist. Ist das Absicht oder Dummheit?

D D Deutschland ist leider gerade im Bildungswesen eine strikte Klassengesellschaft. Wenn Eltern aus unterem sozialen Milieu ihren Kindern erzählen, streng dich an und du wirst deine beruflichen Ziele erreichen, dann gilt dieser Satz gerade in Deutschland nicht. In keinem anderen Land entscheidet die soziale Herkunft derart stark über die künftige Schullaufbahn wie bei uns. Unten bleibt unten und oben bleibt oben. Nach der vierten Klasse wird sortiert, fertig. Nicht nur Kinder resignieren, auch deren Eltern. Dabei bin ich mir sicher, dass mit Fördermaßnahmen und einer teilweisen Aufhebung des Sortierens sowohl bei Eltern wie auch bei Schülern mit mehr Engagement gerechnet werden darf.

Meine Damen und Herren, sicherlich erreicht man nicht alle, aber die PISA-Studie stellt fest, dass 20 Prozent der Fünfzehnjährigen schwach im Verstehen von Texten sind und 24 Prozent nicht über das Rechnen auf Grundschulniveau hinauskommen. Das ist eine gewaltige Zahl von Schülern, die sich am Ende ihrer Schulpflicht eigentlich noch einmal einschulen lassen müsste, um ihr Wissen auf internationales Durchschnittsniveau zu bringen. Alle Beteiligten müssen an der Verbesserung der Schule mitwirken. Es darf beispielsweise nicht sein, dass die Hälfte aller Lehrer von der Frühpensionierung träumen oder daran arbeiten. Diese Fluchtbewegung muss gestoppt werden, zum Beispiel mit mehr Eigenverantwortung und Freiraum in der Unterrichtsgestaltung. Auf der anderen Seite darf es nicht sein, dass vor allem Grund- und Hauptschullehrer neben dem normalen Unterricht noch einem Teil der Klasse die deutsche Sprache beibringen müssen.

Die PISA-Studie macht deutlich, dass mehr als ein frischer Wind durch die Klassenzimmer wehen muss; nicht durch sofortige perfekte Lösungen, sondern durch neue Ideen und Experimentierfreudigkeit. Aber einen Trost haben wir



(Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A immerhin: Viel schlechter können wir bei der nächsten Erhebung in drei Jahren nicht abschneiden. Meine Damen und Herren, auch wenn es altmodisch klingen mag und nicht dem Zeitgeist der Spaß- und Fungesellschaft entspricht: Ohne Fleiß kein Preis. Das gilt für Schüler wie für Lehrer. – Danke schön.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat jetzt Frau Koop.

**Karen Koop** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir die Diskussion in der Öffentlichkeit angehört und habe sie mir auch heute sehr genau nicht nur ins Herz, sondern auch ins Hirn träufeln lassen. Dabei ist mir deutlich geworden, welcher Abstand zwischen Erziehungswissenschaftlern und den Praktikern besteht. Ich will es gar nicht schlechtreden, Wissenschaft muss fortschrittlich sein und Neuerungen einbringen und sie muss weiterentwickelt werden. Aber fragen Sie mal die Praktiker, in welchem Maße es auch auf Beständigkeit, Berechenbarkeit, Kontinuität, Wiederholung und auf Übung ankommt.

Wenn ich sehe, wie die Erziehungsgurus jetzt überall ihre Schubladen aufziehen und die nächste Reform, das nächste Konzept herausholen und einen Forderungskatalog an die Politik stellen, dann reicht das nicht. Frau Goetsch, Sie haben eben so schön gesagt, es komme darauf an, dass wir an die Ursachen herangehen. Eine der Ursachen ist, dass wir unsere Lernkultur ändern müssen. Diese Lernkultur lässt sich im Wesentlichen durch drei Punkte ändern. Das Erste ist eine sehr viel stärkere Wertschätzung der schulischen Bildung, wie wir sie heute haben. Es darf nicht nur ein „ich kann“ und „ich darf“ und auch kein ständiges „ich muss lernen und ich will nicht“, sondern es muss auch ein „ich will“ dahinter stehen. Die Lehrenden sollten in der Zukunft eher als Partner des Vertrauens, als Helfer angesehen werden und weniger als Gegner oder als Bremser oder gar als Feinde.

Das Zweite ist, die Erziehung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen. Es kann nicht angehen, dass man meint, man könnte sein Kind mit sechs Jahren am Schultor abliefern und es nach neun, zehn, zwölf oder dreizehn Jahren total gebildet, sozial auf die richtige Richtung gebracht, wieder abholen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Frau Koop, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen; wenn ich klinge, ist das auch zu Ihren Gunsten. Ich bitte doch, dass die Gespräche im Plenarsaal eingestellt werden; auch die, die am Rande stattfinden. Die, die hier Zutrittsrecht haben, können sich hier gern aufhalten und ihre Aufnahmen machen. Die, die Gespräche führen wollen, bitte ich doch, den Plenarsaal zu verlassen. Sie haben das Wort, Frau Koop.

**Karen Koop** (fortfahrend): Eltern haben Erziehungsverantwortung. Diese Verantwortung müssen die Eltern auch wahrnehmen. Ich weiß als Mutter selber, dass das nicht immer einfach ist, dass es anstrengend ist und man es vielleicht auch gerne delegiert. Aber die Schule ist nicht der einzige Erziehungsmoment, sondern auch die Gesell-

schaft, die Gruppierungen. Dazu gehören im übrigen auch die Medien, die eine Verantwortung haben.

Drittens muss auch dem Lernenden klar werden, dass Lernen genau wie Erziehung anstrengend ist. Das heißt, ich muss mich mühen, einen Nürnberger Trichter gibt es nicht. Und es gibt auch nicht die ultimativ letzte Lösung, dass ich mit großem Buhei in den Klassenraum gehe und irgendwelche Dinge umsetze und es dann mit einem Mal im Gehirn habe. Ich muss mich anstrengen, ich muss arbeiten. Dabei muss natürlich jeder da abgeholt werden, wo er steht, Frau Goetsch, das ist richtig. Aber wenn ich ihn da abhole, dann muss er bitte auch mitlaufen und mitgehen wollen und ich muss ihn nicht immer hinter mir herzerren, ich muss ihn nicht stoßen oder trickreich auf den richtigen Weg bringen wollen. Wenn diese ersten drei Gegebenheiten umgesetzt und auch tatsächlich verinnerlicht sind, dann kann ich mir aus meinem unmittelbaren Umfeld keinen Lehrer und keine Lehrerin vorstellen, die nicht begeistert und begeisternd Sach- und Fachunterricht bringen können.

Dabei muss es natürlich auch möglich sein, dass man auf dem Weg stehen bleiben kann, dass gesagt wird, bis hierhin und nicht weiter. Es ist eine sozialromantische Vorstellung, sich einzubilden, man könnte alle bis zum ultimativen Abitur bringen; das ist weltfremd. Was wir brauchen, sind gute Haupt- und Realschulen, und wenn die Gelder, die in den letzten Jahren verstärkt in die Gesamtschulen geflossen sind, in die Haupt- und Realschulen geflossen wären, dann hätten wir diese Misere nicht.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Özoguz.

**Aydan Özoguz** SPD:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Lange, Sie baten uns, den Weg gemeinsam zu gehen, und eine kritische Begleitung ist auch ein Stück weit ein gemeinsames Gehen.

Ich möchte auf einen Punkt hier besonders eingehen, den der Deutschkenntnisse. Niemand kann ernsthaft etwas dagegen haben, dass Menschen, die hier leben und, wie wir inzwischen ja wissen, ihr ganzes Leben hier leben, tatsächlich auch gut Deutsch können müssen, damit sie hier leben und arbeiten können und ein wirklicher Teil der Gesellschaft sind. Aber was passiert dann, wenn Sie – das sagen Sie ja in Ihrem Vertrag – die Kinder mit fünf Jahren prüfen wollen und diese die erforderlichen Deutschkenntnisse nicht haben? Da gibt es eine große Lücke und überhaupt kein Konzept, wie das tatsächlich aufgehoben werden soll. Man kann Kinder nicht immer wieder prüfen und sie dann irgendwann einfach auf der Straße stehen lassen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich selbst komme aus einem nicht deutschen Elternhaus und kann nur bestätigen, wie frustrierend es ist, wenn man ein Gemeinschaftskunde- oder Geschichtsbuch aufschlägt und jeden Satz dreimal lesen muss, bis man ihn wirklich versteht. Das mag zwar auch so manchem deutschen Kind so gehen, aber den anderen vielleicht etwas mehr.

Dazu noch ein Satz, wenn gesagt wird, die Eltern müssten helfen: Sicherlich ist es schön, wenn Eltern helfen, und



(Aydan Özoguz SPD)

- A viele von uns haben wahrscheinlich auch davon profitiert. Aber was ist, wenn die Eltern dies nicht können, wenn sie erstens die deutsche Sprache selber nicht können oder zweitens einfach nicht in der Lage sind, das, was in diesen Büchern steht, zu verstehen. Dann muss man ihnen in irgendeiner Form unter die Arme greifen und das ausgleichen, was wir hier fast alle gerade angeprangert haben, dass nämlich bei der PISA-Studie nun herauskommt, dass es sehr stark vom Elternhaus abhängt, wie die einzelnen Schüler im gesamtdeutschen Durchschnitt abschneiden; das muss man hier noch einmal unterstreichen. Ich würde Sie sehr bitten, auf diesen Punkt besonderen Wert zu legen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann rufe ich das zweite Thema auf

### **Chaos und Turbulenzen in der Polizei unter Schill**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Mahr hat es.

**Manfred Mahr** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manch einer, so lehrt das Leben, der als Stern am politischen Himmel aufgegangen ist, entpuppt sich bald als ein Komet, der, in der Umlaufbahn angekommen, unweigerlich verglüht.

Die letzte Woche hat der Hamburger Öffentlichkeit einmal mehr gezeigt, was sich die Stadt mit ihrem Innensenator eingehandelt hat. Bei einem Gehalt von über 10 000 Euro stürzt dieser Mann die Hamburger Polizei von einer Krise in die nächste. Er brüskiert zunächst den ehemaligen Polizeipräsidenten Justus Woydt, indem er ihn auf die „Abschussliste“ setzt, behauptet, die Hamburger Polizei sei gut, nur die vormaligen Innensensoren seien schlecht gewesen, ist aber nicht in der Lage, aus dem Hamburger Bestand einen Polizeipräsidenten zu präsentieren, lässt bei der Beförderung von höheren Polizeiführern wie Herrn Seeland seine Muskeln spielen, indem er ihnen mit Liebesentzug droht, wenn sie nicht nach seiner Pfeife tanzen oder bekannt dafür sind, was sie von diesem Senator halten.

Er holt sich einen neuen Polizeipräsidenten, Herrn Nagel, der, wenn er geahnt hätte, was ihm am Tag der Präsentation der Kriminalstatistik blühte, den Posten wahrscheinlich dankend abgelehnt hätte.

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Das ist Ihre Kriminalstatistik!)

Jetzt muss er gute Miene zum bösen Spiel machen, denn schließlich hat es ja Herr Schill geschafft, dass der Chef des Landeskriminalamts noch vor Ablauf der 100-Tage-Frist dem Senator sein Amt hingeschmissen hat. Und wie kommentiert Herr Schill das Ganze? Wir sind erfreut, diese außerordentlich wichtige Position neu besetzen zu können. Übersetzt heißt das wohl: Wir sind froh, dass wir Herrn Müller los sind.

Meine Damen und Herren! Wenn der Innensenator so viel mit der Führungsriege der Polizei spricht wie mit dem Innenausschuss und wenn sich diese Gespräche auf dem gleichen Niveau bewegen sollten, dann kann einem wirklich angst und bange um die Hamburger Polizei werden.

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Sie haben Ihr Herz für die Polizei entdeckt?)

Außer grünen Pfeilen, blauen Uniformen und bayerischen Polizisten fällt diesem Innensenator wirklich nichts Gescheites ein,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

von einem durchdachten kriminalpolitischen Konzept ganz zu schweigen. Die Hamburger Polizei fragt sich zunehmend, was dieser Senator eigentlich will.

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Was wollen Sie eigentlich?)

Zuerst hieß es, Herr Schill wolle die Kriminalität innerhalb von 100 Tagen auf die Hälfte reduzieren, dann sollte es die Jugendgewalt sein, jetzt sind es die Verbrechen. Die GAL ist ja großzügig. Wir legen noch einmal 100 Tage drauf und werden dann mit dem Stichtag die Verbrechensrate abfragen und die Regierung kann ihre Zählmaschinen schon anwerfen.

(Beifall bei der GAL)

Statt die Chance zu nutzen, seine Konzepte mit der Polizeiführung zu diskutieren, den Mut zu haben, seine Wunschträume auf den Prüfstand erfahrener Fachleute zu stellen, umgibt sich Herr Schill, wie wir wissen, lieber mit Sicherheitsberatern wie Herrn Adolphi, der als übergeleiteter Polizeioberkommissar in Ruhe

(*Joachim Lenders CDU:* Das ist doch nicht schlecht!)

natürlich die gesamte Hamburger Polizeiführung in die Tasche steckt. Von wem fühlt sich Herr Schill eigentlich verfolgt? Es war doch sein größter Traum, endlich mit dieser Polizei zusammenzuarbeiten.

Und es ist schon ein ziemlich starkes Stück, was wir jüngst im Innenausschuss erleben konnten. Während Staatsrat Wellinghausen den Haushalt erläuterte, stand plötzlich ein sichtlich gelangweilter Senator auf

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Das stimmt doch nicht!)

und verließ mit einer nichtssagenden Bemerkung um 19 Uhr den Ausschuss und der Ausschussvorsitzende Karl-Heinz Ehlers ließ das kommentarlos geschehen. Das hätte sich kein Senator der rotgrünen Regierung bei Haushaltsberatungen leisten dürfen. Aber wenn Herr Schill wenigstens einen wichtigen Grund gehabt hätte. Die Vermutung einiger überraschter Innenausschussmitglieder, dass der Feierabend-Champagner schon bereitstehe,

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Unverschämt!)

wurde dann, wie wir gestern in der „Welt“ nachlesen konnten, noch übertroffen.

(*Dr. Andreas Mattner CDU:* Alles Plattitüden!)

So waren es wieder einmal Michael Ammer und seine Crew, die dem Innensenator den Feierabend in der Nobel-Disco Wollenberg versüßen mussten. Und wenn wir gehofft hätten, der Innensenator würde das Wochenende nutzen, um nachzuarbeiten, was er während der Woche versäumt hat, hätten wir uns wieder geschnitten. Da hat sich unsere Party-Größe auf Sylt amüsiert, wo, wenn wir der „Morgenpost“ glauben sollen, nicht nur Champagner, sondern auch noch Koks die Partydroge gewesen sein soll.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Unglaublich!)

In diesem Umfeld hält sich unser Innensenator auf. Welcher Polizeibeamte soll vor diesem Senator noch Respekt

(Manfred Mahr GAL)

- A haben? Wann traut sich endlich der Erste Bürgermeister, seinen Stellvertreter und Innensenator in die Schranken zu weisen, bevor noch mehr politischer Flurschaden angeordnet wird? – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

**Michael Neumann SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die „Morgenpost“ titelt in dieser Woche von „Richter Gnadenlos“ zu „Senator Planlos“ und „Spiegel-Online“ spricht vom Kamikaze-Kurs der Chaos-Combo. Auch die „Welt“ überschrieb ihre Bestandsaufnahme dieser Woche mit: „Versprochen! Gebrochen?“.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Und glauben Sie das alles?)

Niemals zuvor in der Hamburger Nachkriegsgeschichte hat es innerhalb so kurzer Zeit so viele gebrochene Wahlversprechen gegeben wie seit dem Wahlabend im September.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gestartet mit markigen Sprüchen wie der Halbierung der Kriminalität in 100 Tagen, Zerschlagung, Trockenlegung der Drogenszene in derselben Frist, 2000 zusätzlichen Polizisten, hat sich all das als Luftnummer erwiesen. Gelandet ist Herr Schill dann bei mehr als üppigen respektablen 20 bayerischen Polizisten, die immerhin für vier Wochen im Hyatt-Hotel urlauben werden. Dafür von der Opposition Respekt, Herr Schill, da haben Sie wirklich etwas geleistet.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gibt Menschen in dieser Stadt, die unumwunden von Wahlbetrug sprechen; ich tue dies noch nicht.

(Elke Thomas CDU: Gott sei Dank!)

Noch haben Sie fast zwei Wochen Zeit.

(Dr. Michael Freytag CDU: Da haben wir ja Glück gehabt!)

Nutzen Sie diese Galgenfrist und tun Sie endlich Ihren Job, für den Sie gut bezahlt werden, stellen Sie Ihre Konzepte vor. In der Haushaltsdrucksache, die wir heute debattieren, steht etwas vom Konzept „Innere Sicherheit“. Sie wollen Geld für ein Konzept haben, das jedoch weder der Bürgerschaft noch dem Innenausschuss vorliegt.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Seit 40 Jahren nicht!)

Noch nicht einmal in der Boulevard-Presse, dem bevorzugten Mitteilungsblatt von Herrn Schill, ist etwas von dem neuen Konzept zu lesen.

Ich will nun gar nicht über die Affäre Nockemann oder Adolphi sprechen oder über die Gerüchte, die in der „Welt“ unter der Überschrift „Spät kommen, aber dafür früher gehen“ veröffentlicht worden sind, sondern darüber, dass nur ein Mann in dieser Stadt Verantwortung für unsere Hamburger Polizei trägt, der seiner Aufgabe offensichtlich weder fachlich noch im menschlichen Sinne gewachsen ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Wrocklage, oder wer?)

Wer den Umsetzungsantrag eines bundesweit anerkannten Kriminalbeamten, wie der vormalige Chef des LKA es unzweifelhaft ist, in der Öffentlichkeit so kommentiert, wie Herr Mahr es schon zitiert hat, dass er hochofrenut sei, dass dieser Mann nun die Stelle verlasse und man sie neu besetzen könne, handelt nicht nur gegen die Interessen unserer Stadt, sondern auch menschlich unanständig.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

So geht man nicht mit Menschen um und schon gar nicht mit einem Mann wie Herrn Müller, der sich um die Sicherheit unserer Stadt so verdient gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir Sozialdemokraten danken Herrn Müller ausdrücklich für seinen Dienst. Welche Gründe Herr Schill jedoch hat, so freudig erregt darüber zu sein, dass das LKA nun auch die Stelle im Bereich der organisierten Kriminalität neu besetzen darf, bleibt im Dunkeln. Gerüchte gibt es bereits viele in der Stadt, vielleicht kann der Senat dazu hier etwas Aufklärendes sagen.

(Anja Hajduk GAL: Bestimmt nicht!)

Niemand spricht in dieser Stadt so schlecht über die Hamburger Polizei, wie Herr Schill es fortwährend tut. Immer weist er darauf hin, er wolle der Polizei den Rücken stärken, und was macht er gleichzeitig? Er schädigt ihr Ansehen dadurch, dass er permanent verbreitet, die Uniform sehe lächerlich aus, die Kollegen machten sich lächerlich, sie würden nicht ernst genommen in ihrer lächerlichen grünen Uniform. Und nachdem er die Polizisten in der Öffentlichkeit so heruntergemacht hat, zieht er bettelnd mit einer Sammelbüchse durch die Stadt und will die Kohle für neue Uniformen zusammensammeln, weil selbst der Finanzsenator ihm erklärt hat, dass es Quatsch sei, blaue Uniformen einzuführen, und wir in der Inneren Sicherheit ganz andere Probleme hätten.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch das ist eine aus meiner Sicht sehr respektable Leistung, Herr Schill.

Eine weitere mehr als respektable Leistung ist die Idee, die Drogenszene nicht zu zerschlagen oder trockenulegen, wie vollmundig versprochen wurde, sondern in Zukunft einen kostenfreien Bus-Shuttle-Service für die Drogendealer in den Freihafen einzuführen. Dazu muss ich ganz offen sagen: Was sollen die Menschen in dieser Stadt denken, die jeden Tag 2,20 Euro für eine HVV-Karte zahlen, wenn gleichzeitig dieser Law-and-order-Mann verspricht, die Drogendealer dürften zukünftig umsonst mit dem Bus in den rechtsfreien Raum Freihafen fahren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich sage ganz deutlich: Für uns Sozialdemokraten gibt es weder Freifahrtsscheine für Drogendealer noch rechtsfreie Räume im Freihafen oder anderswo in dieser Stadt.

Zum Schluss möchte ich an die Kollegen der CDU und auch der FDP appellieren: Erkennen Sie bitte langsam, mit was für einem Polit-Desperado Sie sich eingelassen haben. Der Volksmund spricht auch in Hamburg davon, dass der Herr, wenn er ihm ein Amt gibt, ihm auch Verstand gibt. Manchmal zweifelt man in Hamburg in letzter Zeit daran, ob der Volksmund Recht hat.

Ich appelliere an Sie: Besinnen Sie sich, Hamburg und vor allem unsere Polizei haben einen besseren Innensenator verdient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Ehlers.

**Karl-Heinz Ehlers** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt fängt es langsam wieder an, Spaß zu machen, die Opposition ist aufgewacht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aber, Herr Neumann, Sie sollten noch ein bisschen über die 100 Tage hinaus abwarten.

(Wolfgang Franz SPD: Wie lange noch?)

Dass ausgerechnet die Sozialdemokraten im Zusammenhang mit Beförderungen bei der Polizei jetzt entdecken, dass es dabei menschliche Anständigkeiten geben soll, ist erbärmlich und unglaublich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie haben ja nun deutlich gemacht, Herr Neumann, dass Sie

(Zuruf von Krista Sager GAL)

– vielleicht müssen Sie das noch lernen – von der Drogenszene gar nichts verstehen, wenn Sie vom Shuttle-Dienst für Drogendealer reden; was für ein Unsinn.

(Michael Neumann SPD: Das hat Ihr Senator gesagt!)

– Nicht für Drogendealer, das ist doch dummes Zeug. Und dass ausgerechnet Sie sagen, die Sozialdemokraten werden keine rechtsfreien Räume in dieser Stadt dulden, ist unglaublich und erbärmlich.

B

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aber ich gebe zu, dass man darüber nachdenken muss – das werden wir auch in der Koalition noch tun –, ob man die Zerschlagung der Drogenszene, die im Vordergrund stehen muss, über den Umweg von rechtsfreien Räumen oder mit vermindertem Druck führen muss.

(Oh! bei der SPD und der GAL)

Natürlich muss man darüber nachdenken und das werden wir gemeinsam tun. Dass Sie, Herr Mahr, meinen, das Privatleben des Senators auf diese Weise hier in der Bürgerschaft publik machen zu müssen, ist ebenfalls unwürdig und menschlich erbärmlich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich bin bei Ihnen, Herr Mahr, wenn über eine solche Gestaltung des Privatlebens die Pflicht vernachlässigt wird, und zwar bei jedem Senator.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieses habe ich bisher nicht erkannt. Aber ich glaube, dass Herr Senator Schill einen guten Grund hatte, um 19 Uhr die Sitzung des Innenausschusses zu verlassen, und ich glaube, dass diese Debatte heute dazu beitragen wird, dass er nächstes Mal seine Termine etwas anders koordinieren und bis zum Ende der Sitzung da sein wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

C Es soll Chaos und Turbulenzen in der Innenbehörde geben. Dass ausgerechnet die GAL, Frau Sager, diese Turbulenzen ausmacht, macht deutlich, was für ein verschobenes Koordinatensystem Sie inzwischen haben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Frau Sager, Chaos war, was Sie ohne einen Regierungswechsel in 44 Jahren Kontinuität innerhalb der Innenbehörde als SPD und mit GAL-Beteiligung in den letzten Jahren angerichtet haben. Das war Chaos und nicht das, was sich jetzt vollzieht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Krista Sager GAL: Herr Ehlers, Sie tun mir Leid, dass Sie diese Rede halten müssen!)

Was haben Sie eigentlich erwartet? Wie sollen wir den Haupt Gesichtspunkt, den diese neue Koalition in den Vordergrund sowohl des Wahlkampfes als auch ihrer Regierungsarbeit gestellt hat, in der Innenbehörde durchsetzen, die von über 44 Jahre sozialdemokratischem Filz geprägt ist und in ihrer Organisationsstruktur unverändert gelassen wurde?

(Michael Neumann SPD: Sie beleidigen die Mitarbeiter der Innenbehörde!)

Das kommt doch gar nicht in Frage. Die Behörde wird umstrukturiert. Dies ist teils gewollt ausgelöst, teils ist sie notwendig durch die Annahme von Umsetzungswünschen. Die Ergebnisse sind jedenfalls vorzüglich. Gewollt ist die Ablösung von Herrn Woydt, für den doch bei Ihnen inzwischen auch keiner mehr etwas anderes als ein Kopfschütteln übrig hat. Herr Nagel ist eine ganz überzeugende Nachfolgeregelung; das wissen Sie auch.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D Nicht unbedingt gewollt – jedenfalls hat das keiner an ihn herangetragen – war die Umsetzung von Herrn Müller. Der hat seinerseits gesagt, ich möchte auf eine andere Position. Und damit wir uns nicht falsch verstehen: Von Beamten, außer von politischen Beamten, kann man erwarten, dass sie sich gegenüber einer neuen Regierung loyal verhalten. Aber es kann auch klug sein, unterhalb dieser Ebene, wenn möglich, den Wünschen von Beamten zu entsprechen. Und dieses ist im Falle Müller geschehen, der gemeint hat, er müsse das Prinzip von Herrn Wrocklage, nach fünf Jahren auf eine andere Position zu wechseln, seinerseits in Anspruch nehmen.

(Anja Hajduk GAL: Denken Sie darüber nicht nach, warum? – Krista Sager GAL: Das sollte Ihnen aber zu denken geben!)

Und genau das hat dieser Senat getan. Das war möglich und auch diese Nachfolgeregelung ist überzeugend geregelt worden.

Was Herrn Seeland betrifft, so fehlen bei Herrn Seeland die Voraussetzungen für eine Beförderung dadurch, dass er eine nicht genügende Verwendungsbreite hat; so einfach ist das.

(Zuruf von Manfred Mahr GAL)

Dieser Senat hat ihm diese Verwendungsbreite jetzt eingeräumt, indem er ihm eine neue Position angeboten hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)



- A **Vizepräsident Berndt Röder:** Der Abgeordnete Schenk bekommt das Wort noch für zwei Minuten.

(Michael Neumann SPD: Redet der Senator wieder nicht? Das ist ja ein Ding!)

**Robin Schenk** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Anbetracht der Tatsache, dass ich leider nur zwei Minuten zur Verfügung habe, muss ich mein Programm etwas zusammenstreichen; ich hätte gern noch etwas zu Herrn Seeland und Herrn Müller gesagt.

Als Kriminalbeamter, der über intensive Kontakte in jeden Dienstzweig verfügt, vermag ich zu beurteilen, was in der Polizei los ist und was nicht. Nach der Wahl im vergangenen September ging ein Jubelschrei, ein regelrechter Ruck durch die Polizei. Das Wahlergebnis war von einer großen Mehrheit der Hamburger Polizeibeamten erhofft und geradezu in Stoßgebeten herbeigesehnt worden. Die Stimmung in der Polizei ist gegenwärtig so gut wie nie zuvor.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Die Motivation ist so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr und ich will Ihnen auch sagen, warum das so ist:

Erstens: Die Polizeikommission hatte den Zweck, die Polizeibeamten zu verunsichern und zu demoralisieren; damit ist es jetzt vorbei. Wir haben die Polizeikommission abgeschafft. Wir haben dafür gesorgt, dass der Polizei endlich wieder das Vertrauen zukommt, das ihr zusteht. Die Hamburger Polizeibeamten merken, dass die Regierung und die Mehrheit des Parlaments endlich wieder uneingeschränkt und vorbehaltlos zu ihr stehen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

B

Zweitens: In nächster Zeit werden so viele Lehr- und Studiengruppen eingestellt wie seit langem nicht mehr. Das bedeutet, dass in drei Jahren – und natürlich auch in den darauffolgenden Jahren – beträchtlich mehr Polizeibeamte im Polizeidienst beschäftigt sein werden, als das jetzt der Fall ist. Das ist bitter notwendig und es ist ein wichtiges Signal sowohl an die Polizei als auch an die Bevölkerung.

Im übrigen sind erste Erfolge der Polizei zu verzeichnen. Im so wichtigen Bereich der Jugend- und Raubkriminalität liegt der Delikt rückgang sage und schreibe im zweistelligen Prozentbereich. Flankiert wird dieser Erfolg künftig durch die Wiedereinsetzung des LKA 433, der Dienststelle nämlich, die primär für die Bekämpfung der Kriminalität junger Gewalttäter zuständig ist. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Manfred Mahr GAL*: Danke, dass Sie unser Konzept gelobt haben!)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angekommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf, Drucksache 17/198: Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds für die Kreditkommission.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission – Drucksache 17/198 –]**

Von der SPD-Fraktion ist der Abgeordnete Werner Dobritz vorgeschlagen worden. Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er

enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ich darf bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine Damen und Herren! Ich darf fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind. – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird ermittelt und Ihnen im Laufe des weiteren Verlaufs der Sitzung bekannt gegeben werden.\*

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, Drucksache 17/160: Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Schiedsstelle zwischen Pflegekassen und Trägern ambulanter Pflegeeinrichtungen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:  
Einrichtung einer Schiedsstelle zwischen  
Pflegekassen und Trägern ambulanter  
Pflegeeinrichtungen – Drucksache 17/160 –]**

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren! Es wäre hilfreich, Sie würden zu Ihren Plätzen zurückgehen und die Einzelgespräche einstellen. Dann kommen wir im weiteren Verlauf schneller voran.

Die GAL-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Sozialausschuss. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Brinkmann hat es.

D

**Petra Brinkmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Monaten vergeht keine Woche ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich darf nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Senatsbank um etwas mehr Ruhe bitten.

**Petra Brinkmann** (fortfahrend): Seit Monaten vergeht keine Woche, in der sich die BKK nicht in den Medien in den Schlagzeilen befindet. Die Ursachen hierfür sind ganz unterschiedlich, da die BKK zurzeit verschiedene Konflikte hat. Ein Problem sind die Vergütungsverhandlungen zwischen der BKK und den Pflegeverbänden zur häuslichen Krankenpflege nach dem SGB V. Erst in der vergangenen Woche gab es wieder eine Demonstration an der Hamburger Straße vor dem Gebäude der Hamburger BKK. Aber so eine Demonstration erregt heute kaum noch Aufsehen, weil sich alle Beteiligten aus diesem Bereich bereits daran gewöhnt haben, da sehr häufig in letzter Zeit so etwas stattgefunden hat. Es zeigt die Hilflosigkeit der Träger, die keine andere Möglichkeit sehen, aus ihrer Sicht zu ihrem Recht zu kommen. Und manch ein Patient fragt sich, was da eigentlich los ist, denn verstehen tut das keiner mehr, was dort auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird.

Nach Paragraph 132 a SGB V sollen die Krankenkassen und die Leistungserbringer der ambulanten Pflege ihre Vergütungen aushandeln. Im Bereich der häuslichen Kran-

\* Ergebnisse siehe Seite 220 C.



(Petra Brinkmann SPD)

A kenpflege hat sich allerdings gezeigt, dass insbesondere für die ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Der Geräuschpegel in diesem Hause übersteigt die Lautstärke der Rednerin bei weitem und das ist so in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen.

**Petra Brinkmann** (fortfahrend): Im Bereich der häuslichen Krankenpflege hat sich allerdings gezeigt, dass insbesondere für die Vergütungsvereinbarung zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern keine ausreichenden Konfliktlösungsmechanismen bestehen. Scheitern die Verhandlungen der Vertragspartner endgültig, bleibt nur der Weg zum Sozialgericht. Dies dauert lange, vor allen Dingen zu lange für kleinere Träger, die nicht in der Lage sind, über einen längeren Zeitraum fünf- oder sechsstelligen Beträge in diesem Bereich zu verauslagern. Es gibt kein Instrument, mit dem eine zeitnahe Lösung herbeigeführt werden kann. Der Erlass von Richtlinien im Jahre 2000 hat diese Entwicklung nicht stoppen können, die Situation hat sich sogar verschlimmert. In allen Bundesländern sehen sich Pflegeverbände einer Vielzahl von Ablehnungen und Kürzungen gegenüber.

Dieser Ist-Zustand ist auf Dauer unhaltbar und aus diesem Grunde hat die SPD-Fraktion heute den Antrag auf Einrichtung einer Schiedsstelle eingebracht.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Einrichtung einer Schiedsstelle, verankert im SGB V analog dem SGB XI, könnten Konflikte um die Vergütung langfristig gelöst werden. Dies ist ein Instrument, das bei Ärzten, Krankenhäusern und Apotheken längst üblich ist. Die Krankenkassen kennen das Schiedsstellenverfahren seit langer Zeit und haben grundsätzlich gute Erfahrungen damit gemacht. In der häuslichen Krankenpflege allerdings wurde mit dem Partnerschaftsmodell bewusst ein anderer Weg beschritten. Dieser zwingt die Partner, sich auf Lösungen zu verständigen und den Konsens selbst zu suchen. Die Krankenkassen haben allerdings dabei die Möglichkeit, die bestehenden Verträge aufzukündigen und so die Träger einem erheblichen Druck auszusetzen.

Die Drohung, den Vertrag zu kündigen oder erst gar nicht zu unterzeichnen, ist für die Kassen ein entscheidender Verhandlungsvorteil. In vielen Bundesländern gibt es Bemühungen, eine Schlichtungs- oder Clearingstelle einzurichten. Diese entspricht im Charakter der gewünschten Schiedsstelle, ist aber wegen der fehlenden gesetzlichen Verankerung im SGB V zumeist zeitlich begrenzt und kann im Ganzen nicht den Ansprüchen genügen, die eine gesetzliche Verankerung bedingen würde. Alle Bemühungen auf Bundesebene sind aus unterschiedlichen Gründen gescheitert.

Das BMG begründet die noch fehlende Schiedsstelle für die häusliche Krankenpflege mit verfassungsrechtlichen Problemen. Das Ministerium erwartet dazu in absehbarer Zeit eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die einzelnen Bundesländer sollten aus Sicht der SPD-Fraktion jetzt Druck auf das Gesundheitsministerium ausüben, um endlich das Problem zwischen den Trägern und den Krankenkassen zu lösen; Hamburg sollte sich daran beteiligen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Schira. C

**Frank-Thorsten Schira** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Brinkmann, ich hätte mich gefreut, wenn wir dazu von Ihnen in der letzten Legislaturperiode etwas gehört hätten, aber im Grundsatz sind wir sicherlich nicht so weit auseinander.

Durch die Diskussion um die BKK gibt es von den ambulanten Pflegeverbänden seit einiger Zeit die Forderung nach einer Schiedsstelle zur Lösung von Problemen und Streitigkeiten zwischen Kassen und Leistungsanbietern in der häuslichen Krankenpflege. Eine solche Einrichtung wird unter anderem gewünscht – das haben Sie gesagt –, weil bei Streitigkeiten bei den Sozialgerichten zu lange Wartezeiten bestehen. Das möchte man möglichst vermeiden. Uns sind natürlich die seit Monaten festgefahrenen Vertragsverhandlungen zwischen der BKK und den ambulanten Leistungsanbietern vor Augen, sodass der Ruf nach einer Schiedsstelle durchaus verständlich ist.

Zum Beispiel wäre eine Schiedsstelle wie bei der vertragsärztlichen Versorgung oder im stationären Bereich sinnvoll. Ich warne allerdings davor, die Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich einer ausreichenden Problemlösung durch die Einrichtung einer Schiedsstelle zu hoch zu schrauben. Auch Entscheidungen einer Schiedsstelle können beklagt werden; dann dauert es auch wieder lange.

Deshalb möchte ich Ihnen, Frau Brinkmann, einen Vorschlag machen. Lassen Sie uns im zuständigen Ausschuss das Für und Wider detailliert abwägen, denn nach meiner Auffassung können wir den Betroffenen mehr helfen, wenn wir den Senat bitten, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass durch entsprechende Gesetze Regelungen geschaffen werden, damit vertragslose Zustände, in denen wir uns zurzeit in Hamburg befinden, vermieden werden können. Das heißt, dass Verträge zwischen Kassen und Leistungsanbietern bis zum Abschluss von neuen Leistungsvereinbarungen weiter gelten. D

Das ist bei uns in Hamburg das eigentliche Problem. Ich denke, dass wir uns darin einig sind, dass wir vonseiten der Politik helfen möchten und das auch tun werden. Wir werden dieses Thema dann detailliert und gewissenhaft im Ausschuss diskutieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir dort zu einer konsensualen Lösung kommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Der Abgeordnete Rutter bekommt das Wort.

**Rolf Gerhard Rutter** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Schiedsstelle ist eine sehr gute Einrichtung. Wir haben damit im medizinischen Bereich gute Erfahrungen bei den Krankenkassen gemacht. Aber eine Schiedsstelle ist eigentlich eine Institution, die Streitigkeiten im Einzelfall regeln soll. Hier geht es aber mehr um eine grundsätzliche Behandlung des Themas.

Wenn wir uns die Ursachen ansehen, wie es überhaupt zu dieser Entwicklung gekommen ist, dann müssen wir feststellen, dass über viele Jahre Management by Laissez-faire betrieben wurde. Nun müssen wir irgendwie versuchen,

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A die ganze Geschichte wieder aus dem Brunnen herauszuholen. Dazu sind eine ganze Menge Ideen gefragt.

Es ist nicht gut, wenn wir jetzt einfach sagen, es muss eine Schiedsstelle her und wir müssen sehen, dass wir nur dieses eine Thema erledigen. Wir werden an der Situation der BKK viel mehr regeln müssen.

Wenn man für alle Fälle, in denen solche Fehlentwicklungen vorliegen, eine Schiedsstelle einrichten würde, dann müssten wir überall dort, wo Missmanagement betrieben wird, eine solche haben; damit wären wir überfordert. Aber in diesem speziellen Fall empfiehlt es sich wirklich, das Thema im Ausschuss zu behandeln.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

**Dr. Dorothee Freudenberg** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schira, Sie erinnern sich hoffentlich noch:

(Petra Brinkmann SPD: Ne, offensichtlich nicht!)

Schon im letzten April hat die Bürgerschaft mit der Drucksache 16/5834 – das können Sie nachlesen – einstimmig beschlossen, den Senat aufzufordern, sich für eine Schiedsstelle einzusetzen. Wir waren uns damals einig, aber leider haben die Bemühungen nicht gefruchtet.

- B Frau Brinkmann hat schon gesagt, dass es Widerstände gibt. Wir halten es für erforderlich, noch einmal nachzuhaken.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

Es ist auch sinnvoll, weil wir befürchten, eine solche dringende benötigte Schiedsstelle nicht gleich übermorgen zu haben, dass zunächst ein Mediator versuchen sollte, diesen entsetzlich langwierigen Streit, insbesondere zwischen Pflegegesellschaften und der BKK, zu schlichten.

Herr Rutter, es geht bei einer Schiedsstelle aber um mehr als um diesen aktuellen Streit zwischen dieser einen Kasse und der hamburgischen Pflegegesellschaft. Es ist notwendig, dass wir im Bereich der häuslichen Pflege endlich bessere Regularien bekommen. Gesundheitspolitisch ist es kein Zufall, dass gerade der Bereich der häuslichen Krankenpflege bisher keine Schiedsstelle hat. Die häusliche Krankenpflege ist ein systematisch vernachlässigter Bereich im Gesundheitssystem. Das wollen wir nicht länger akzeptieren.

Wir meinen, dass gerade die häusliche Pflege ein besonders wichtiger Bereich ist und sie bei der dringend benötigten Modernisierung des Gesundheitssystems endlich aufgewertet werden muss. Wenn das Gesundheitssystem – was erforderlich wäre – einer der PISA-Studie ähnlichen Untersuchung unterzogen würde, würde sicherlich die Pflege gestärkt werden und die ärztliche Versorgung vor allem im ambulanten Bereich besonders kritisch unter die Lupe genommen.

Wir sollten in dieser Richtung weiter arbeiten, uns unsere Versorgung gründlich ansehen und versuchen, hier Verbesserungen zu erreichen.

(Beifall bei der GAL und bei Petra Brinkmann SPD)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Dr. Schinnenburg. C

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Brinkmann! Ihren Ausführungen kann ich nur zustimmen, möchte es mir aber nicht verkneifen, eines anzumerken: Es ist ein wenig süffisant, wenn Sie die Hamburger Bürgerschaft bitten, auf die Bundesregierung Druck auszuüben, die immerhin von der SPD gestellt wird. Ich glaube, hier bestehen leichtere Möglichkeiten. Wir wollen Ihnen gern bei diesem Problem helfen.

Grundsätzlich ist der Ansatz dieses Antrages richtig. Eine Schiedsstelle, also außergerichtliche und außerstaatliche Regelungen sind ein urliberales Prinzip. Das hat sich im Gesundheitswesen grundsätzlich bewährt, wobei – das wissen Sie – die Auswahl der Vorsitzenden der Schiedsstelle, die einen Stichentscheid haben, nicht immer glücklich war.

Auch die Einrichtung eines Mediators ist nicht nur in diesem Bereich – aber auch hier – eine sehr gute Idee. Deshalb können wir der Tendenz des Antrages zustimmen.

Mir macht allerdings die Frage Kummer, ob dieser Antrag für die Probleme der BKK Hamburg irgendeinen Nutzeffekt bringt. Ich wage die Behauptung: Gerade bei dieser Krankenkasse nützt es überhaupt nichts. Sie macht nämlich nicht das, was in einem Schieds- oder Mediationsverfahren vorausgesetzt wird, dass sich nämlich die Partner einigen wollen. Ich habe die BKK Hamburg im Verdacht, dass sie sich im Grunde genommen nicht einigen will, weil sie schlicht und einfach mit allen Möglichkeiten Geld sparen will. Das gilt eben nicht nur für die Pflegeberufe.

Ich habe fünf Punkte zusammengestellt. Die BKK fordert nach Auskunft des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten völlig unberechtigt Patientendaten an und begründet die Nichtzahlung an die Krankenhäuser damit, dass sie diese nicht bekommt. Sie gibt rechtswidrig unzulässige Provisionsversprechen an Zahnärzte, damit bestimmte Zahnlabors bevorzugt werden. Das ist ein unzulässiger Wettbewerbs Eingriff. Ebenso unzulässig ist der Wettbewerbs eingriff bei TENS-Geräten. D

Sie hat versucht, den Pflegeberufen einen Vertrag aufzudrängen, bei dem festgelegt ist, dass ein großer Teil der Pflegeleistungen nicht mehr von qualifiziertem Personal, sondern von angelerntem Hilfspersonal durchgeführt wird, was eine Standardabsenkung bedeutet. Die Liste ist noch wesentlich länger.

Wir wollen doch einmal den gesunden Menschenverstand anwenden. Wenn Herr A mit Herrn B Streit hat, wissen wir nicht ernsthaft, wer Recht hat. Wenn Herr A aber mit Herrn B, Herrn C, Herrn D, Herrn E, Herrn F oder mit noch mehr Menschen Streit hat, diese untereinander aber keinen Streit haben, dann sagt einem doch der gesunde Menschenverstand, dass dies nicht an den Herren B bis F liegt, sondern an Herrn A, in diesem Fall an der BKK der Stadt Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/160 an den Sozialausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A Ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 8: Drucksache 17/180 sowie nachrichtlich die Drucksachen 17/127 und 17/181: Anträge des Senats: Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2002 und Finanzplan 2001 bis 2005: Erneute Einbringung und 1. Ergänzung.

Haushaltsplan 2001: Unterrichtung über das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2001 und Änderung des Haushaltsplans 2001.

Vorläufige Haushaltsführung 2002: Erweiterung der Ermächtigung zur Vorläufigen Haushaltsführung („Bepackung“).

**[Senatsantrag:  
Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt  
Hamburg für das Haushaltsjahr 2002 und  
Finanzplan 2001 bis 2005  
Erneute Einbringung und 1. Ergänzung  
– Drucksache 17/180 –]**

**[Senatsantrag:  
Haushaltsplan 2001  
Unterrichtung über das Ergebnis der November-  
Steuerschätzung 2001 und Änderung des  
Haushaltsplans 2001 – Drucksache 17/127 –]**

**[Senatsantrag:  
Vorläufige Haushaltsführung 2002  
Erweiterung der Ermächtigung zur Vorläufigen  
Haushaltsführung („Bepackung“)  
– Drucksache 17/181 –]**

Alle drei Drucksachen wurden bereits im Vorwege an den Haushaltsausschuss überwiesen. Die Drucksache 17/180 wurde außerdem zu den jeweiligen Einzelplänen an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

- B Zur erneuten Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes mit der 1. Ergänzung spricht zunächst der Senat. Das Wort bekommt Senator Dr. Peiner.

**Senator Dr. Wolfgang Peiner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

„Wir wollen ein Hamburg als wachsende Metropole national und international ganz oben sehen.“

Das hat der Erste Bürgermeister Ole von Beust in seiner Regierungserklärung am 15. November 2001 als strategisches Ziel vorgegeben.

Der Haushaltsplan 2002, den der alte Senat im September 2001 in die Bürgerschaft eingebracht hat, ist der Diskontinuität anheim gefallen. Der heute vom Senat eingebrachte Haushaltsplan 2002 basiert aus Zeitgründen noch auf den technischen Grundlagen des damaligen Entwurfes, er spiegelt aber bereits die strategischen Vorgaben der Regierungserklärung des Bürgermeisters wider.

Mit ihm sichert der Senat die Finanzierung der politischen Schwerpunkte als Voraussetzung für das Wachstum der Stadt: Innere Sicherheit, Bildung und Verkehrsfluss. Zugleich setzt er durch zusätzliche Investitionen und ein aktives Flächenmanagement in diesem Haushalt erste Impulse für das Wachstum in unserer Stadt.

Die neuen Schwerpunkte im Haushalt werden finanziert durch Umschichtungen, also gegenüber dem alten Entwurf findet keine Erhöhung des Gesamtvolumens im Betriebshaushalt statt.

C Das Gesamtvolumen des Haushalts beträgt circa 9,7 Milliarden Euro; die Steigerungsraten bei den bereinigten Gesamtausgaben belaufen sich gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 1,8 Prozent und liegen damit noch unterhalb der Empfehlungen des Finanzplanungsrates.

Der Horizont, vor dem der Haushalt realisiert wird, hat sich aber seit September 2001 verdunkelt. Kennzeichnend für das finanzpolitische Umfeld sind dramatisch gesunkene Steuereinnahmen. Schon der Haushalt 2001 musste mit 463 Millionen Euro weniger auskommen als geplant. Der Haushalt 2002 muss nach der Steuerschätzung vom November 2001 nochmals 226 Millionen Euro weniger an Steuereinnahmen verkraften, als noch im Entwurf des alten Senats im September gehofft.

Unser vorgelegter Kassensturz belegt, dass der alte Senat in seiner Schlussbilanz vor der Wahl von der Haushaltslage in der Öffentlichkeit ein in weiten Teilen verzerrtes und auch zu positives Bild gezeichnet hat. Weder steht Hamburg so solide da, wie es dargestellt wurde, noch ist das Ende der Konsolidierung erreicht. Die Ursachen liegen einerseits in der Haushaltspolitik der Vergangenheit, aber auch an den Veränderungen im finanzpolitischen Umfeld aufgrund der Neuordnung der Besteuerung von Kapitalgesellschaften und der aktuellen konjunkturellen Entwicklung.

Die Veränderung im finanzpolitischen Umfeld sowie die Analyse der Haushaltslage haben es erforderlich gemacht, den Finanzbericht 2002 neu zu erstellen. Dieser neue Finanzbericht erläutert die finanzielle Situation ausführlich und liegt Ihnen allen vor. Ich möchte deshalb auf Einzelheiten verzichten.

D Das finanzpolitische Umfeld kann Hamburg allein nicht verändern. Hier sind der Bund und alle Bundesländer gefordert. Alle Parteien fordern als Voraussetzung für mehr Investitionen weniger Unternehmenssteuern und mehr verfügbare Einkommen für die Menschen durch Steuer-senkungen. Weniger Steuern bedeuten aber auch weniger Staat, denn wir können nur das ausgeben, was wir von den Bürgern und Betrieben erhalten; es ist ihr Geld. Der Ruf nach weniger Steuern muss deshalb mit der Reduzierung von Ansprüchen an den Staat gekoppelt werden. Dies müssen wir den Bürgern erklären und dieser Aufgabe werden wir uns auch stellen.

Nun zu den Zielen unserer Finanzpolitik. Auch hierzu möchte ich aus der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters zitieren:

„Bei dieser Weiterentwicklung stehen wir vor großen Aufgaben, die neben der Definierung der Ziele auch finanzierbar sein müssen. Sozusagen vor die Klammer gehören dabei nicht nur die uns verbindenden Grundüberzeugungen in der Koalition, sondern selbstverständlich auch die Ziele unserer Finanzpolitik.“

Was sind unsere konkreten Ziele für die kommenden Jahre? Wir wollen bis 2004 den Betriebshaushalt ausgleichen und ab 2003 die Netto-Neuverschuldung schrittweise senken. Wir stärken bereits ab 2002 die Zukunftsinvestitionen mit einem 50-Millionen-Euro-Programm, das Aufträge für die Handwerksbetriebe in Hamburg bringen wird. Wir wollen die öffentlichen Unternehmen in den Dienst der strukturellen Entwicklung unserer Stadt stellen, um Hamburg als Sitz von Unternehmenszentralen zu erhalten.

Wir werden in diesem Jahr ein Konzept für ein aktives Flächenmanagement vorlegen, um neue Wohnungen und



(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A Betriebe zu errichten und damit Steuerkraft, Kaufkraft und Beschäftigung in Hamburg zu sichern und nach Hamburg zu bringen. Wir wollen Finanzpolitik transparent machen und die Menschen beteiligen.

Mit dem Haushalt 2002 steigen wir in die Verwirklichung der Ziele ein. Dazu zitiere ich noch einmal aus der Regierungserklärung:

„Wer glaubt, der Wechsel bei der Schwerpunktsetzung bedeute, es gebe keinen Zwang mehr zur Haushaltskonsolidierung, der täuscht sich. Im Gegenteil: Einnahmeausfälle auf der einen Seite und sich realisierende Ausgaberrisiken auf der anderen Seite, verbunden mit notwendigen Mehrausgaben in den politisch gewollten Aufgabenfeldern, verursachen in anderen Politikfeldern die Notwendigkeit von zum Teil drastischen Einschnitten.“

Und diese haben wir an der richtigen Stelle auch vorgenommen.

Die Verwirklichung dieser Ziele verlangt also Entscheidungen für Prioritäten und Posterioritäten. Mit dem Haushalt 2002 dokumentiert der Senat seine Entscheidungsfähigkeit und Verantwortung beim Umgang mit dem Geld des Bürgers. Die neuen politischen Schwerpunkte werden ohne Erhöhung des Haushaltsvolumens im Betriebshaushalt finanziert.

(Anja Hajduk GAL: Das stimmt doch gar nicht!)

Auf dem Weg zur wachsenden Stadt nimmt der Senat die Bürger und Betriebe mit. Die Finanzpolitik stellt Aufgaben, die die Mitgestaltung aller Entscheidungsträger verlangt. Die derzeitige finanzielle Lage verlangt das konstruktive Mitwirken aller Parteien, Verbände, Kammern und Bürger an der Konsolidierung des Haushalts. Transparenz ist die Voraussetzung dafür. Diese Transparenz haben wir mit dem neuen Finanzbericht umfassend und auch nachvollziehbar geschaffen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Uns ist der Rat der Bürger und der Betriebe wichtig, wenn es um die notwendigen Sparmaßnahmen geht. Deshalb rufe ich alle Bürger und Betriebe auf, Vorschläge für die effiziente Verwendung von Haushaltsmitteln zu machen. Das Geld der Bürger soll nicht für Maßnahmen ausgegeben werden, deren Finanzierung auf andere Weise sichergestellt werden kann und die nicht zu den staatlichen Kernaufgaben gehören. Die Bürger können uns ihre Vorschläge und Ideen sowohl über Fax als auch über E-Mail zusenden.

Wir wollen den Bürgern aber auch die Beteiligung am Vermögen der Stadt anbieten. Deshalb prüfen wir die Errichtung eines Hamburg-Fonds, in den wir vorrangig die von der öffentlichen Verwaltung genutzten Grundstücke und Gebäude einbringen werden. Die Bürger können Anteile daran erwerben; in einem späteren Schritt werden wir die unmittelbare Beteiligung der Hamburger auch an öffentlichen Unternehmen prüfen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Neufassung des Haushalts 2002 reden, müssen wir uns noch einmal über die Schlussbilanz des alten Senats unterhalten; diese muss in wichtigen Bereichen korrigiert werden. Exemplarisch nenne ich den Bereich der Schulden und der so genannten Schattenhaushalte.

Ab dem Haushaltsjahr 1994 wurde zunehmend städtisches Vermögen veräußert, um Defizite im Betriebshaushalt zu finanzieren.

Insgesamt 3,5 Milliarden Euro sind so in den Betriebshaushalt geflossen, Standortinteressen wurden Kassengründen geopfert.

(Rolf Kruse CDU: Das ist wahr!)

Diese einmaligen Einnahmen waren ein wesentlicher Bestandteil des Konsolidierungsprogramms der Jahre 1994 bis 2001. Nur dadurch konnte verhindert werden, dass der Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg für die Finanzierung von Betriebsausgaben Kredite auf dem Kreditmarkt aufnehmen musste, denn diese sind nun einmal für die Finanzierung der Investitionsausgaben vorgesehen und dadurch auch in der Höhe begrenzt.

Die Darstellung des Schuldenstandes, der auf Hamburg lastet, bliebe allerdings unvollständig, wenn man nicht auch die Schulden der öffentlichen Unternehmen einbeziehen würde, die sonst die von der Freien und Hansestadt Hamburg aufzunehmenden Kredite ersetzt haben oder im Zusammenhang mit Zahlungen an den öffentlichen Haushalt eingegangen wurden. Dies haben wir sehr ausführlich im Finanzbericht 2002 dargestellt.

Ich erwähne die Wohnungsbaukreditanstalt, die Projektfinanzierungsgesellschaft für die Airbus-Produktion, die Hamburgische Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung, aber auch die Schulden, die stadteigene Betriebe auf sich genommen haben, um über Zwischenverkäufe oder Veräußerungen an stadteigene Gesellschaften beziehungsweise Rückführung von haushaltsfinanziertem Eigenkapital den Erwerb von städtischem Vermögen zu finanzieren. Insgesamt sind auf diese Art und Weise weitere mehrere Milliarden D-Mark an indirekten Krediten aufgenommen worden, die letztlich aus dem Haushalt finanziert werden müssen.

Nach Auffassung des Senats kann von einem Defizitausgleich nicht gesprochen werden, wenn sich in einer Gesamtbetrachtung das Vermögen der Freien und Hansestadt nicht verbessert hat. Im Klartext: Es wurden zusätzliche Schulden aufgenommen, obwohl das Vermögen der Stadt durch den Verkauf an sich selbst nicht gemehrt wurde. Dieses nennt man Schattenhaushalt.

Insgesamt lässt sich deshalb feststellen: Das Konsolidierungsprogramm von 1994 bis 2001 war notwendig, aber nicht ausreichend. Kurz vor der Wahl das Ende der Konsolidierung zu verkünden, war unüberlegt, voreilig und falsch. Die an diese Behauptung glaubten, müssen jetzt umdenken und ihr Handeln neu ausrichten.

Das gilt für alle, für die Fraktionen – insbesondere für Sie –, die Verwaltungsangehörigen und die öffentlichen Unternehmen. Konsolidierung bleibt eine Daueraufgabe für die nächsten Jahrzehnte.

Dabei – das sagte ich schon vorhin – stehen wir nicht allein, sondern wir sind in einen finanzpolitischen Rahmen eingebettet. Hier lohnt sich ein Blick auf die Belastungen durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Die dramatischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen lassen sich durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in weiten Teilen erklären. Die falsche Solidarität der SPD-regierten Länder mit der Bundesregierung hat vielfach verhindert, dass im Bundesrat Länderinteressen angemessen berücksichtigt wurden. Mit der Lösung bleiben Hamburg wie auch andere Länder und Städte allein. Ich möchte vier Bereiche ansprechen.

C

D



(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A Erstens: Großunternehmen zahlen in Deutschland fast keine Steuern mehr. Der „Spiegel“ von Montag titelt das Milliardenesaster und die Panik in den Finanzämtern. Die rotgrüne Steuerreform sorgt dafür, dass viele Großkonzerne fast keine Steuern mehr bezahlen. Sie erhalten aufgrund umfangreicher Sonderausschüttungen, die sie wegen der anstehenden Systemänderungen vorgenommen haben, teilweise Milliarden zurückerstattet.

Finanzminister Eichel und seine Länderkollegen müssen unter dem Strich mehr auszahlen, als sie einnehmen. Dies kann ich als Finanzsenator nur bestätigen. Ab 2002 heißt es zusätzlich: Die Deutschland AG wird steuerfrei aufgelöst, der Mittelstand muss dagegen bei Unternehmensverkäufen Steuern bezahlen.

Zweitens: Umschichtungen zu Lasten der Kommunen. Hamburg ist Stadtstaat, also Land und Kommune zugleich. Die Auswirkungen von Belastungsverschiebungen, wie zum Beispiel durch das Sparpaket der Bundesregierung, werden nicht beim Bund, aber bei den Kommunen unmittelbar spürbar. So stiegen Sozialhilfeausgaben von 1998 bis heute um 35 Millionen Euro. Beim Wohngeld musste der Senat aufgrund eines Bundesgesetzes für 2001 über den Haushaltsansatz hinaus eine Nachforderung in Höhe von 10 Millionen Euro bei der Bürgerschaft beantragen.

Beim Antiterrorpaket erhöhte der Bund zur Finanzierung seiner Aufgaben Bundessteuern – die Tabak- und Versicherungssteuer –, von denen die Länder und Kommunen, die ebenfalls die Lasten der Terrorfolgen tragen, nichts erhalten. Der neueste Vorschlag: Der Bund will Mautgebühren für Lkws kassieren, aber den Spediteuren zum Teil Kompensationen bei der Kraftfahrzeugsteuer anbieten, die ausschließlich eine Landessteuer ist.

- B Drittens: Weniger verfügbares Einkommen. Das verfügbare Einkommen der Bürger, des kleinen Mannes, sinkt. Die Entlastung durch die Senkung des Steuertarifs sowie die Erhöhung des Kindergeldes wird durch die Erhöhung der Sozialabgaben und der Ökosteuer überkompensiert. So kann es zu keiner Erhöhung der Binnennachfrage kommen. In Zahlen: Die Gesamtbelastung steigt nach Berechnung der „Wirtschaftswoche“ aus der letzten Woche zum Beispiel in einem Singlehaushalt um circa 60 Euro, beim berufstätigen Ehepaar mit zwei Kindern um 30 Euro und beim Ehepaar mit einem Verdienere und zwei Kindern immer noch um 7 Euro im Monat. Wenn im Ergebnis das verfügbare Einkommen sinkt, kann durch Steuertarifsenkungen kein notwendiger Aufschwung entstehen.

Viertens: Reformstau bei der Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung wird von allen Fachleuten heute als gescheitert angesehen. Auch hier zahlen die Rechnungen die Kommunen: mehr Sozialhilfeausgaben, weniger Steuereinnahmen.

Die Folgen sind der von allen Sachverständigen bestätigte konjunkturelle Einbruch, der Deutschland zum Schlusslicht in der Europäischen Union hat sinken lassen. Die Ursachen sind hausgemacht, die Weltgemeinschaft kann nicht länger als Entschuldigung vorgeschoben werden.

Das Ergebnis ist bedrückend. Die finanzielle Basis der Städte und Gemeinden bricht weg; sie darf nicht weiter ausgehöhlt werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Eine im Grundgesetz umfassende Reform der Finanzverfassung mag mittelfristig ein erstrebenswertes Ziel sein, sie

darf aber nicht als Ausrede dafür genommen werden, die Sicherung der kommunalen Steuereinnahmen auf die lange Bank zu schieben. Für alle betreffenden Steuergesetze hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz, die er offensichtlich vor der Bundestagswahl nicht mehr wahrnehmen will, sodass ein weiteres Jahr für die Kommunen und deren Bürger und Betriebe verloren geht.

Konkret zum Haushalt 2002. Wir haben mit dem Haushalt 2002 neue Prioritäten gesetzt und Wachstumsimpulse gegeben. Angesichts der Ausgangslage und der bisherigen Erkenntnisse über die rückläufigen Steuereinnahmen stehen uns für die Verwirklichung der neuen politischen Schwerpunkte keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Wir finanzieren das politisch Notwendige allein durch Umschichtungen. Uns sind die Innere Sicherheit, die Bildung, die Justiz und die Stärkung des Wissenschaftsstandortes und des Verkehrsflusses wichtig. Hier verstärken wir die Mittel durch zusätzliche Mitarbeiter und Investitionen.

Alle Einzelheiten – auch die entsprechende Deckung – sind in der 80 Seiten umfassenden Drucksache 17/180, die zur Zeit im Haushaltsausschuss umfassend diskutiert wird, ausführlich dargestellt.

(Uwe Grund SPD: Ausführlich?)

Ich wünschte, jeder hätte sie gründlich gelesen.

– Herr Fraktionsvorsitzender, wir laden Sie gerne ein, hinzukommen, dann können Sie diese auch ausführlich studieren.

Daneben haben wir mit einem 50-Millionen-Euro-Programm für den Instandsetzungstau bei Schulen, Universitäten, Straßen und Kaimauern einen Schub gesetzt. Durch eine kleinteilige Vergabe unterstützen wir das örtliche Handwerk und sichern damit Beschäftigung im Ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die zusätzlichen Investitionen werden durch Kredite finanziert. Damit folgen wir der einmütigen Empfehlung aller Wirtschaftsweisen.

Einen weiteren wichtigen Punkt stellen die Flächen für die wachsende Stadt dar. 1960 hat die Bürgerschaft im Gesetz über den Aufbauplan der Freien und Hansestadt Hamburg festgestellt, dass die Stadt Flächen für eine Bevölkerung von 2,2 Millionen Einwohnern ausweisen kann und auch ausweisen muss. Bürgermeister Brauer hatte damals diese Vision für Hamburg. Ich bin dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust dankbar, dass er mit seinen Visionen an Max Brauer anknüpft

(Ingo Egloff SPD: Zurück in die Fünfzigerjahre!)

und damit die Schwächeperiode der Zwischenzeit überwindet.

Wir werden durch ein verbessertes Flächenmanagement mehr Flächen für Wohnungen und Gewerbe zur Verfügung stellen. Das schließt die Nutzung der Flächen von Bahn, Bundeswehr, Telekom und Krankenhäusern mit ein. Wir wollen den Rückgang der Bevölkerung, insbesondere von jungen Familien, stoppen und neuen und auch alten Betrieben in Hamburg eine Basis verschaffen. Beides stabilisiert die Beschäftigung und die Steuerkraft in der Stadt.

Auch die öffentlichen Unternehmen sollen dieser wachsenden Stadt dienen. Deshalb sind sie darauf zu überprüfen, ob sie wirklich der Sicherung des Standortes dienen. Wir werden sie in drei Gruppen einteilen.

(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A Erstens: Unternehmen, die für die Infrastruktur der Stadt zwingend erforderlich sind. Hier kann im Einzelfall der Verkauf von Anteilen sinnvoll sein. Allerdings wird die Bewahrung eines beherrschenden Einflusses durch die Stadt regelmäßig im Interesse Hamburgs geboten sein.

Zweitens: Unternehmen, die insbesondere für die langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg von herausragender Bedeutung sind. Der Senat wird sich für eine Fortentwicklung dieser Unternehmen einsetzen, um Zukunftsbranchen zu stärken und die Leitung dieser Konzerne dauerhaft an Hamburg zu binden. Ein Ausverkauf wie in der Vergangenheit wird es deswegen nicht mehr geben.

Vor diesem Hintergrund wird aber auch zu entscheiden sein,

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

in welchem Umfang der Einfluss der Freien und Hansestadt Hamburg mit Kapitalanteilen weiterhin gesichert werden muss beziehungsweise in welchem Umfang Anteile verkauft werden können.

Bei Unternehmen, die nicht unter die genannten Gruppen fallen, ist eine weitere Beteiligung Hamburgs nicht zwingend erforderlich; sie können vollständig privatisiert werden.

Wir werden den Beteiligungsbestand der Freien und Hansestadt Hamburg entsprechend überprüfen. Dabei werden die Interessen des Standortes, der Hamburger Unternehmen und der Mitarbeiter dieser Betriebe berücksichtigt.

- B Veräußerungserlöse sollen aber nicht dazu dienen, Haushaltslöcher im Betriebshaushalt zu stopfen, sondern vorrangig neue Investitionen zu finanzieren. Wir wollen aus altem Vermögen neues Vermögen schaffen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Im Unterschied zu den Vorjahren stehen uns bei der Einbringung des Haushaltes 2002 auch schon Erkenntnisse aus dem Haushaltsverlauf 2001 zur Verfügung. Sie lassen eine Beurteilung der möglichen Risiken zu. Mehrausgaben von Gesetzesänderungen des Bundes aus Änderungen dieses Jahres sind nicht mehr zu erwarten, da zurzeit keine Gesetzesänderungen im Bundesrat anstehen. Die größte Unbekannte sind die Steuereinnahmen. Sie hängen von der Konjunktur und der Reaktion insbesondere der Kapitalgesellschaften auf die Unternehmenssteuerreform ab. Betroffen sind vor allem die Körperschaft- und Gewerbesteuererinnahmen. Klarheit wird erst die Steuerschätzung im Mai 2002 bringen. Erst danach werden und können wir die mittelfristige Finanzplanung neu vorlegen. Dies entspricht der Praxis im Bund, in den Ländern und auch in der Vergangenheit in Hamburg.

Die jüngsten Aussagen der Bundesregierung zur Konjunkturentwicklung lassen jedoch wenig Hoffnung auf steigende Einnahmen zu. Wir können nur hoffen, dass die Einnahmen nicht noch weiter als im Jahresschnitt 2001 sinken werden. Da ist es ein schwacher Trost, dass mit den sinkenden Steuereinnahmen auch die Abführung an die finanzschwachen Länder in den Länderfinanzausgleich geringer sein werden. Da alle Länder und der Bund weniger Steuern einnehmen, sinkt insgesamt das Niveau des Länderfinanzausgleichs. Sollten die Steuereinnahmen

2002 aber geringer als geplant ausfallen, wollen wir Hamburgs Steuermehreinnahmen nutzen, die wir aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes zur Rechtswidrigkeit der Erhebung einer Förderabgabe auf Erdgas in Niedersachsen zu erwarten haben. Damit haben wir Vorsorge für den Fall sinkender Steuereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung im Mai 2002 getroffen. Aber unser Blick geht natürlich heute schon über 2002 hinaus auf das Jahr 2003 und dieses stellen wir unter die Überschrift „Aufgabenkritik ohne Denkverbote“.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai entscheiden mit über die weitere finanzpolitische Entwicklung, vor allen Dingen bei den Ausgaben. Dabei zeichnet sich die Gefahr mittelfristig weiterer struktureller Mindereinnahmen ab. Darauf haben wir mit der Errichtung von fünf Kommissionen reagiert, die ohne Denkverbote Vorschläge für strukturell wirksame Aufgabenkritik vorlegen werden.

Folgende Bereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

Kommission 1: Die fachliche Aufgabenwahrnehmung insbesondere in den Bereichen Sozialhilfe, Hilfe zur Erziehung sowie offene Kinder- und Jugendarbeit.

Kommission 2: Anpassung der Personalausstattung an veränderte Aufgabenwahrnehmung bei den sieben Hamburger Bezirksämtern.

Kommission 3: Hervorzuheben ist die Überprüfung von Organisationsstrukturen, indem wir uns mit den Planungen und Intendanzeinheiten, mit dezentralen und zentralen Verwaltungseinheiten in dem Bereich Bau, Beteiligung, zentrale Stäbe, Fuhrpark, Behördentransportservice und so weiter beschäftigen werden.

Alles kommt auf den Prüfstand. Die Aufgabenstellungen sind sehr unterschiedlich und können sowohl die Änderung von Vorschriften als auch die Änderung der Rechtsform umfassen und werden von uns nacheinander abgearbeitet werden.

Die vierte Gruppe wird sich mit der erneuten Bewertung der Ergebnisse vorliegender aufgabenkritischer Untersuchungen befassen. In den vergangenen Jahren sind in vielen Behörden Vorschläge zur Aufgabenkritik entwickelt worden, die bisher nicht umgesetzt worden sind. Alle Vorschläge werden wir neu und vorurteilsfrei überprüfen und um neue Ideen für eine schlanke Aufgabenwahrnehmung ergänzen. Die Aufgabenkritik wird sich natürlich auch auf die öffentlichen Unternehmen erstrecken.

Eine letzte Kommission wird sich mit der Frage beschäftigen, welche Synergieeffekte wir von Zusammenarbeit und Kooperationen unter den norddeutschen Nachbarstaaten, unter unseren Nachbargemeinden, aber auch im Bereich öffentlicher und privater Organisationen erwarten können. Auch hier sehen wir Ansatzpunkte, Steuergelder für die Bürger zu sparen und Verwaltungskunden besseren Service zu bieten. Wir streben dabei auch eine Zusammenarbeit in der Metropolregion mit unseren Nachbarn an.

Die Arbeit an diesen Schwerpunkten wird so zügig vorangetrieben, dass erste Ergebnisse mit der Aufstellung des Haushaltes 2003 im Mai 2002 berücksichtigt werden können.

Meine Damen und Herren! Ich zitiere noch einmal den Ersten Bürgermeister aus der Regierungserklärung. Das Ziel heißt:

„Hamburg als pulsierende wachsende Metropole“.

C

D

(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A Mit dem Haushalt 2002 ist ein erster Schritt getan. Mit dem Haushalt 2003 erfolgt dann eine Neuausrichtung des Haushaltes an diesem Ziel insgesamt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Zuckerer hat das Wort.

**Walter Zuckerer SPD:** Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Die Mitglieder der Bürgerschaft haben am 11. Januar vorweg den Ergänzungshaushalt des Senats zur Kenntnis bekommen. Am 15. Januar hat Senator Peiner über eine Presseerklärung der Öffentlichkeit dieser Stadt mitgeteilt, dass der Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2001 weitere 138 Millionen Euro oder 270 Millionen DM Steuerausfälle aufzeigt. Gestern im Haushaltsausschuss haben die Mitglieder des Haushaltsausschusses erfahren, dass sich die Finanzlage der Stadt nicht weiter verschlechtert, sondern etwas verbessert durch jene circa 100 Millionen Euro, die aufgrund eines Rechtsstreites zwischen dem Land Niedersachsen und einem Erdgasproduzenten nun dem Hamburger Haushalt zufließen.

Sieht man dies unvoreingenommen an oder sogar relativ unbedarft, so sieht dies zunächst aus wie eine Form von Chaos oder wie eine finanzpolitische Achterbahnfahrt. In gewisser Weise ist es das auch. Dies ist für Finanzpolitiker relativ unerträglich. Wir sind gewohnt, auf der Basis von Daten und Fakten zu agieren. Wir sind gewohnt, Kalkulationen für die Zukunft anzustellen, und wir können dies alle derzeit nicht. Die Steuereinnahmen dieser Stadt sind nicht kalkulierbar, jedenfalls in großen Teilen nicht und sie sind weiterhin für Überraschungen gut. Ich sage dies ausdrücklich: Das ist dieser Regierung nicht vorzuwerfen und es ist auch den Vorgängerregierungen nicht vorzuwerfen. Darin unterscheide ich mich vielleicht von anderen Beiträgen, die wir bisher gehört haben.

Die Ursache dieser dramatischen Steuerausfälle ist in der Tat die Steuerpolitik der rotgrünen Bundesregierung, die zum ersten Mal im Jahr 2001 und auch in den folgenden Jahren voll greifen wird. Die Unternehmenssteuerreform – darauf weise ich allerdings hin – ist auch mit den Stimmen der von der CDU mitregierten Bundesländer beschlossen worden. Ich erlaube mir außerdem darauf hinzuweisen, dass die Vorschläge des Kanzlerkandidaten der Union und auch der Vorsitzenden der CDU, die zweite Stufe der Steuerreform vorzuziehen, noch weit dramatischere Steuerausfälle bringen würden, als wir bisher haben. Dies gilt im Übrigen auch – auch daran sei erinnert – für die Steuervorschläge, die die Union seinerzeit selbst gemacht hat. Deswegen bitte ich darum, in einer gewissen Sachlichkeit schlicht festzustellen, dass wir diese Steuerausfälle haben. Wir hätten sie auch gehabt, wenn eine konservative Bundesregierung an der Regierung gewesen wäre. Wir müssen damit umgehen und wir müssen alle damit fertig werden. Schuldzuweisungen führen in keinem Fall weiter.

Der Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg hat vielleicht zum ersten Mal seit vielen Jahren ein strukturelles Einnahmeproblem und vielleicht sehr viel weniger ein Ausgabenproblem. Dieses strukturelle Einnahmeproblem ist sowohl durch die Rezession als durch die strukturellen Steuerveränderungen bedingt. Gleichwohl, es ist sehr hoch und es wird uns die gesamte Legislaturperiode

begleiten, nicht nur dieses Jahr und auch nicht nur das nächste Jahr. C

Die Finanzpolitiker aller Parteien waren sich darin einig, dass es sich um ein Strukturproblem handelt, um strukturelle Steuerausfälle. Es ist ziemlich schwierig und kaum möglich, dies der Konjunktur zuzuschreiben. Wenn wir ernsthaft darüber diskutieren, was unser Problem ist, dann müssen wir vielleicht – in Zahlen ausgedrückt – davon ausgehen, dass wir die nächsten Jahre ein Problem bei den Einnahmen haben werden in einer Größenordnung von wenigstens 400 Millionen Euro, eher mehr. Diese 400 Millionen Euro, dieser dramatische Steuerausfall, wird die Politik in dieser Stadt verändern und ich füge hinzu, die Politik aller Parteien. Da wird jede Illusion über mögliche Handlungsmöglichkeiten, die man in der Vergangenheit hatte, zerstört. Ich sage deshalb ausdrücklich: Der Handlungsspielraum unserer Stadt verringert sich. Das ist viel dramatischer, als dass sich lediglich der Handlungsspielraum einer Regierung verringern würde. Wir haben ein Problem und dieses Problem fordert alle Parteien. Gleichwohl ist die entscheidende Frage, wie wir mit diesem Problem umgehen. Wie geht diese Regierung mit diesem Problem um und wo gibt es Wege in die Zukunft. Dazu möchte ich noch einmal kurz einen Blick in die Vergangenheit werfen.

Als die rotgrüne Koalition vor vier Jahren antrat, hatten wir ebenfalls Steuerausfälle in einer Größenordnung von 900 Millionen DM oder 450 Millionen Euro. Das war in etwa dasselbe, was wir jetzt haben, allerdings weniger strukturell bedingt. Die Reaktion der rotgrünen Regierung war damals, ein Konsolidierungsprogramm fortzuschreiben und Einsparungsraten von 300 Millionen DM oder 150 Millionen Euro per Jahr sofort aufzulegen. Bereits im ersten Jahr dieser damaligen Regierung wurde der Versuch unternommen, die Konsolidierung unmittelbar umzusetzen. Das, meine Damen und Herren von der Koalition, tun Sie nicht. Es stellt sich eigentlich die Frage, warum Sie es nicht tun. Warum Sie im Jahr 2002 eigentlich keinen Schritt zur Konsolidierung unternehmen. Ich sage dies ausdrücklich vor dem Hintergrund, dass es schwierig ist, das zu tun, und dass es da keinen Königsweg gibt. Reine Ideen oder Einfälle führen da nicht weiter. Sie tun aber eines: Sie erhöhen die Kreditaufnahme. Die interessante Frage ist, warum Sie das nun gerade tun, nachdem Sie in allen Debatten der vergangenen Jahre und in Ihren Wahlprogrammen die Erhöhung der Kreditaufnahme und der Neuverschuldung zum Tabu erklärt haben. Nun geht es nicht nur um Tabus. Schon gar nicht um solche, die vielleicht bestimmte Parteien haben. Finanzpolitisch wäre es ohne weiteres diskussionswürdig, ob man in einer Rezession über erhöhte Kreditaufnahme versucht, den Haushalt zu stabilisieren. Das aber scheint eigentlich gar nicht der Hintergrund Ihrer Kreditaufnahme zu sein. Irgendwie ist das etwas seltsam.

Bei den Beratungen im Haushaltsausschuss ist zum Beispiel deutlich geworden, dass der neue Senat im Jahr 2001 allein deshalb 80 Millionen DM mehr an Krediten aufnimmt, um mit einem technischen Umweg über die Entnahme von Mitteln aus dem Grundstock für Grunderwerb die Finanzierung des Investitionssonderprogramms von 50 Millionen Euro in 2002 zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Das kann man machen. Das ist haushaltsrechtlich legal. In unseren Beratungen im Haushaltsausschuss ist von Senatsseite geradezu augenzwinkernd erklärt worden, dass man sich mit diesem Vorgehen im Rahmen des Zulässigen bewegt und dass es auch eine



(Walter Zuckerer SPD)

- A Form der Gestaltung sei. Das will ich gar nicht bezweifeln. Das ist nicht verboten. Was verboten ist oder verboten sein sollte, nicht in irgendeinem Gesetz, aber politisch, das ist, seine Wahlversprechen zu brechen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben versprochen, weniger Kredite aufzunehmen und neue Maßnahmen durch Umschichtungen zu finanzieren. Jetzt nehmen Sie Kredite auf. Es ist und bleibt in jedem Fall, auch wenn Sie 50 Millionen Euro zur Steigerung der Investition in dieser Stadt für Ihr Sonderfinanzierungsprogramm einstellen, eine Erhöhung der Verschuldung, auch wenn es politikästhetisch viel besser aussieht, wenn Sie da einen Eigenfinanzierungsbeitrag haben. Auf die Periode bezogen und für die Verschuldung der Stadt ist das völlig gleichgültig, wie schön Sie das bilanztechnisch ausweisen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Uwe Grund SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren! Ich gehe deswegen darauf ein, weil ich nicht begreife, warum Sie es gemacht haben, denn es war absolut nicht notwendig. Gemeinhin stellen Sie gerne dar, wie viel Schulden Sie vom alten Senat übernommen haben. Ich habe noch nie ein Wort aus den Reihen der Koalition gehört, was sie an Rücklagen und Vermögensbeständen übernommen haben, und das war viel. Sie hatten die allgemeine Rücklage, Sie hatten einen prall gefüllten Grundstock, Sie haben die Erlöse aus der Flughafenanlagegesellschaft, die Sie hätten einsetzen können. Noch viel interessanter ist übrigens, welche Mittel Sie bis jetzt überhaupt nicht einsetzen. Den Grundstock haben Sie leer geräumt, die Rücklage auch. Aber es gibt ja noch viel mehr. Aus der zweiten Tranche der HEW-Veräußerung liegen Mittel in Höhe von 375 Millionen DM oder 192 Millionen Euro bereit; die sind da, die müssen gar nicht veräußert werden, die sind bereits vorhanden. Es geht also nicht um Diskussionen, welche strategische Bedeutung die weitere Veräußerung von Anteilen der HEW hat, sondern es geht um vorhandenes Geld.

B

Auch die beiden Optionen zum Flughafen, die der alte Senat ausgehandelt hatte mit einem Erlös von fast 200 Millionen DM oder 100 Millionen Euro, sind da und sie können noch in diesem Jahr, ohne dass der Einfluss auf die Flughafen GmbH verloren geht, in den Haushalt fließen. Sie setzen diese Mittel – mit einer kleinen Ausnahme – bisher nicht ein für den Haushaltsausgleich, sondern erhöhen die Kreditaufnahme für die Jahre 2001 und 2002 um 375 Millionen Euro. Diese Kreditaufnahme könnte um 300 Millionen Euro niedriger sein, also weniger als ein Viertel des angesetzten Volumens betragen, wenn Sie diese Mittel verwendet hätten. Insofern müssen Sie sich schon vorhalten lassen, dass Sie ohne Not, weil Sie vielleicht andere Gründe haben, die Kreditaufnahme dieser Stadt erhöhen und die Verschuldung dieser Stadt steigern, und das ist kritikwürdig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Frage, meine Damen und Herren, ist, warum tun Sie das? Sie haben das Geld. Finanzpolitiker sind eigentlich nicht prädestiniert, Vermutungen oder Spekulationen anzustellen. Das widerspricht dem Naturell eines jeden Finanzpolitikers, sonst sitzt er im falschen Ausschuss oder hat den falschen Schwerpunkt gewählt. Aber ich kann nicht umhin zu vermuten, dass Sie eigentlich eine Reservekasse für das Jahr 2003 bilden, um dann Ihre Wahlversprechen zu finanzieren, und deshalb die Kreditaufnahme dieser Stadt erhöht haben und das – offen gestanden – ist

auch kritikwürdig und vor Ihren eigenen Vorgaben, Ihren eigenen Ansprüchen eigentlich unvertretbar.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich fühle mich gehalten, etwas zur Schuldenlegende zu sagen, zu einer Legende, die seit vier Wochen in dieser Stadt verbreitet wird. Es geht um 12 Milliarden DM, die plötzlich aufgefunden worden sein sollen.

(Elke Thomas CDU: Sind, sind!)

Davon ist inzwischen vielleicht nicht mehr so sehr die Rede, auch wenn der Bürgermeister ursprünglich überrascht war, ähnliche Summen zu finden, wie sie in den Broschüren der CDU ohnehin seit Monaten ausgewiesen waren.

Wenn man aber den neuen Finanzbericht liest, der zweifellos – das sage ich ausdrücklich – ein lesenswertes Werk ist, dann findet man dort eine Tabelle, die faktisch identisch ist mit der Tabelle des alten Finanzberichts. Sie enthält die Schulden des Haushalts und der Wohnungsbaukreditanstalt und im Übrigen eine gesichtswahrende Prosa über die Verschuldung öffentlicher Unternehmen, weil man die Zahl von 12 Milliarden ja irgendwo wiederfinden muss. Schuldig geblieben sind Sie uns aber bisher eine wirklich überzeugende Abgrenzung, welche Art von Kreditaufnahme öffentlicher Unternehmen mit den unmittelbaren Staatsschulden eigentlich vergleichbar ist. Diese Kritik, Herr Senator Peiner, geht dieses Mal ausdrücklich an Sie, obwohl ich viel von dem, was Sie machen und tun, auch schätze und Sie als Finanzsenator einen Gewinn für diese Stadt finde.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie haben ein einziges Kriterium im Haushaltsausschuss genannt, das ich für diskussionswürdig halte, nämlich die Frage, ob der Haushalt der Stadt die Belastung aus der Verschuldung tragen muss. Eine ökonomisch sinnvolle Betrachtung kann doch eigentlich nur solche Kredite mit einbeziehen, bei denen der Haushalt direkt oder indirekt für die Zinslasten aufkommt. Das ist bei vielen von Ihnen genannten Bereichen aber nur teilweise der Fall. Welchen Sinn macht denn beispielsweise, die Verschuldung, unsere Holding zur Finanzierung einer stillen Beteiligung bei der Hamburgischen Landesbank einzubeziehen, wenn diese Beteiligung Jahr für Jahr einen Überschuss an den Haushalt abliefern? – Es macht absolut keinen Sinn. Ich füge hinzu: Wenn Sie hier kritisieren, dass aus dem hamburgischen Staatshaushalt Unternehmen in Form öffentlich-rechtlicher Körperschaften ausgegliedert sind, was Ökonomen gemeinhin als Eigenkapitalherabsetzung bezeichnen, so mögen Sie das kritisieren. Es steht Ihnen völlig frei, sie wieder zurückzuholen.

D

(Anja Hajduk GAL: Ja!)

Ich bin ganz sicher, Sie werden es nicht tun, weil es eine konstruktive Maßnahme war, dies zu tun, weil es unternehmerische Initiative in diesem Bereich bringt und weil im Übrigen die Schulden dieser öffentlich-rechtlichen Körperschaften durch das Anlagevermögen, das sie haben, gedeckt sind. Von daher plädiere ich für Transparenz in jeder Hinsicht. Wir können das alles diskutieren, aber eines ist unbestritten: Ihr Problem, das Problem des Hamburger Haushaltes, ist das derzeit alles nicht, sondern unser einziges und wirkliches Problem sind circa 400 Millionen Euro strukturelle Einnahmeverluste, die diese Stadt weitgehend handlungsunfähig machen. Wenn ich das sage, so füge ich



(Walter Zuckerer SPD)

- A hinzu: Deshalb wird jede Fraktion dieses Hauses Sie unterstützen, wenn Sie versuchen, die Einnahmen dieser Stadt zu sichern, zu verbessern und weitere Verschlechterungen für die Kommunen zu verhindern. Dabei haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist, denke ich, notwendig, auf das, was Sie bisher getan und gezeigt haben, einzugehen, nämlich auf den Haushalt 2002. Der Haushalt 2002 hat hohe Risiken auf der Einnahmeseite. Wie wir mit ihnen umgehen, wird sich vielleicht im Mai dieses Jahres herausstellen.

Meine Damen und Herren, es kann uns passieren – es ist sogar äußerst wahrscheinlich –, dass vier Wochen nachdem dieser Haushalt in der Bürgerschaft beschlossen sein wird, er nur noch auf dem Papier steht, weil wir dramatische Verschlechterungen mit der neuen Steuerschätzung haben werden. Gleichwohl brauchen wir einen Haushalt. Sie haben in diesem Haushalt wider Ihre eigenen Ankündigungen die Betriebsausgaben erhöht. Sie haben auch wider Ihre eigenen Ankündigungen die Personalausgaben erhöht, und zwar ziemlich genau um 30 Millionen Euro. In Ihrem eigenen Finanzbericht findet sich eine Passage, die ausweist, dass im Prinzip Personalverstärkungen über Umschichtungen über das Budget erbracht werden sollen. Sie haben das auch mit Umschichtungen versucht, aber es führt kein Weg daran vorbei, dass der Personalhaushalt und auch die Betriebsausgaben dieser Stadt steigen. Wie auch immer man das sieht – ich rede nicht darüber, dass damit auch ein Politikwechsel vermacht ist, der Ihnen zusteht –, es ist eine strukturelle Verschlechterung des Haushalts dieser Stadt und sie wird in den nächsten Jahren rückgeführt werden müssen. Wir werden nicht umhin kommen, die Betriebsausgaben und auch den Personalhaushalt dieser Stadt zurückzuführen. Es ist riskant – und man könnte auch sagen, ganz schön wagemutig, wenn man weiß, was auf diese Stadt zukommt –, im ersten Jahr einer Regierung den Personalhaushalt zu erhöhen, auch dann, wenn man daraus mehr Lehrer, mehr Polizisten und mehr Richter finanziert, was unbestreitbar positiv ist, aber es ist riskant und Sie haben es nicht aus dem Bestand finanziert. Sie haben Umschichtungen versucht, meine Damen und Herren, in einer Höhe von circa 70 Millionen Euro. Diese Umschichtungen sind längst in der Diskussion in dieser Stadt. Eine Reihe von dem, was Sie an Ansatzabsenkungen in den Einzelplänen 3.1 und 4 umgeschichtet haben, also im Bereich Soziales, ist überhaupt noch nicht konkretisiert. Das macht zusammen etwa 3,4 Millionen Euro aus. Was Sie da konkretisieren werden müssen, wird große Schwierigkeiten in dieser Stadt auslösen. Das ist zunächst einmal eine ganz sachliche Aussage. Was Sie schon konkretisiert haben, hat schon Schwierigkeiten in dieser Stadt ausgelöst, und zwar nicht etwa bei den Oppositionsfraktionen, sondern entgegen Ihrer Ansage, die Menschen in dieser Stadt mitnehmen zu wollen, haben Sie große Teile dieser Stadt jetzt schon gehen lassen.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wo denn?)

Ich sage einfach mal – das ist vielleicht für Sie alle sehr viel konkreter, als würde ich das aus SPD-Sicht kritisieren –, die Filmbranche dieser Stadt kritisiert, dass Sie die Filmförderung zurückführen, und sie kritisiert es mit Recht.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Werner Dobritz SPD: Dr. Willich auch!)

Es gibt auch eine ganze Reihe anderer Punkte, die von Menschen in dieser Stadt und nicht etwa von den Oppositionsfraktionen kritisiert werden. Es ist sogar so, wenn ich die Presse täglich gelesen habe, dass es – ich wende mich an die CDU – auch einige verquälte Stellungnahmen von CDU-Abgeordneten gab, was Drogenpolitik oder Stadtteilkultur oder auch Einsparungen im sozialen Bereich betraf.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

Die kann ich alle sehr gut verstehen, weil auch sie feststellen müssen, dass in Bereichen eingespart wird, für die sie sich – genauso wie wir – jahrelang eingesetzt haben, manchmal sogar gegen uns, weil wir da gespart haben. Insofern gehe ich einmal davon aus und wünsche es sogar, dass wir über das, was Sie da an Umschichtungen vorgenommen haben, noch eine konstruktive Diskussion in dieser Stadt und in diesem Parlament bekommen. Die ist, glaube ich, notwendig. Sie könnte dem Haushalt dieser Stadt, ganz gleich, ob wir da in Opposition oder Regierung aufeinander treffen, eher nützen und ihn verbessern.

Meine Damen und Herren! Ich komme auf einen Punkt, der mir eigentlich der wichtigste bei der Diskussion um diesen Haushalt ist. Ich habe eingangs gesagt, der Haushalt des Jahres 2002 bringt keinen einzigen Konsolidierungsbeitrag. Senator Peiner hat für den Senat angekündigt, dass der Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg im Jahr 2004 konsolidiert sein soll, ohne weitere Defizitbegleichungen durch Unternehmensverkäufe oder Vermögensveräußerungen. Dazu braucht man eine Strategie und diese Strategie ist ziemlich schwierig. Es gibt keinen Königsweg. Insofern lohnt es sich, dass wir darüber streiten, und ich beginne den Streit dann auch heute.

Es gibt Presseverlautbarungen der CDU, in der sie ausführt, dass in den nächsten Jahren ein hartes Konsolidierungsprogramm mit Einsparungen bis zu 3 Prozent per Jahr gefahren werden muss, um den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg bis zum Jahr 2004 zu sanieren. Da ich nicht in Zeiten ausgebildet worden bin, als die PISA-Studie schon relevant war,

(Werner Dobritz SPD: Ein bayerisches Abitur haben Sie!)

kann ich ziemlich gut kopfrechnen. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie es auch können. Das bedeutet, wenn wir ab dem Jahr 2003 dreiprozentige Absenkungen auf den gesamten Betriebshaushalt dieser Stadt machen, der über 8 Milliarden Euro beträgt, dass wir bei einem Minimum von 240 Millionen Euro per Jahr sind, die eingespart werden müssen. Wenn wir die Obergrenze dessen nehmen, was wir von Dr. Freytag über seine Verlautbarungen lesen konnten, sind es 5 Prozent, dann sind es 400 Millionen Euro per Jahr. Wenn ich Ihre politischen Versprechen und Ansagen, die Sie bisher gesagt haben, ernst nehme, nämlich dass Sie im Bereich Justiz, Inneres, Wissenschaft und Schule nicht sparen wollen, dann müssen die anderen Behörden diese Einsparbeiträge erbringen. Das bedeutet, wenn Sie das weiter im Kopf rechnen oder in den Haushaltsplan sehen, dass auf die einzelnen Behörden ab dem Jahr 2003 Einsparquoten von 7 bis 11 Prozent in ihren Betriebsausgaben zukommen. Das hat es noch nie gegeben. Das ist eine Herausforderung, die noch keine Verwaltung in den letzten acht Jahren Konsolidierungsprogramm in dieser Art und Weise bestanden hat. Hinzu kommt, dass wir eine Vorbelastung des Haushalts 2003 durch die nicht abgedeckten Defizite des Jahres 2001 haben werden. Die sind auch noch da und betragen 270 Millionen DM oder

(Walter Zuckerer SPD)

- A 130 Millionen Euro. Wenn Sie also bis zum Jahr 2004 einen konsolidierten Haushalt haben wollen, müssen Sie bis zwischen 2003 und 2004 800 Millionen DM oder 400 Millionen Euro Minimum an Konsolidierungsleistung bringen, in circa 16 Monaten.

Ich frage mich, wie Sie das machen wollen. Es bedeutet auch, dass Sie zu diesem Zeitpunkt die Masse des Vermögens, das Sie im Zweifel veräußern wollen, veräußern müssen. Wir waren uns doch alle einig, dass das nicht fiskalisch geschehen sollte, nicht einfach so, sondern strategisch und so, dass der Preis für die Stadt gut ist und die Preise dadurch nicht verfallen.

Was ich Ihnen damit sagen will, ist: Weil Sie in diesem Jahr überhaupt nichts tun, weil Sie sich in einem Wahljahr ausruhen – und ich füge fairerweise hinzu, weil Sie als neue Regierung vielleicht in diesem Jahr auch Schwierigkeiten haben, etwas zu tun –, laufen wir auf einen finanzpolitischen Bruchtest im Jahr 2003 zu. Das ist deshalb ein Bruchtest, weil es so etwas noch niemals gegeben hat. Es ist fast ein Crash. Zu behaupten, man könne das mit Rationalität steuern, ist äußerst gewagt. Wenn Sie das schaffen würden, Hut ab. Bisher hat es niemand geschafft.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, ich füge hinzu, es geht nicht um Zahlen. Finanzpolitiker sind ja nicht nur Buchhalter, Finanzpolitik dient der Finanzierung von Politik. 800 Millionen DM oder 400 Millionen Euro in knapp zwei Jahren herunterzuholen, ist auch ein gesellschaftspolitisches Crashprogramm. Das bedeutet ungeheuer viel für so eine Stadt und damit hat man die größten Schwierigkeiten; das ist im Augenblick gar nicht vorstellbar. Deshalb fordere ich Sie auf, noch einmal zu durchdenken, was Sie gesagt haben und was Sie vorhaben, denn es ist kaum machbar.

- B Es wird die Politik dieser Stadt nicht nur enorm durcheinander wirbeln, es wird riesige Probleme auslösen. Finanzpolitik ist verpflichtet, einerseits die Finanzierung des Staatshaushaltes sicherzustellen und andererseits die soziale Integration einer Gesellschaft nicht nur zu finanzieren, sondern auch herzustellen.

Insofern ist heute viel gesagt worden, aber dahinter steht eigentlich eine finanzpolitische Problemlage, die so dramatisch ist, wie sie selten in dieser Stadt war. Sie lässt sich auch nicht mit verschiedensten Kommissionen, die Einsparmöglichkeiten finden sollen, schönreden. Es gelingt auch nicht damit, dass wir sagen, wir müssen den Mut dazu haben, es zu tun und trotzdem zu gestalten. Meine Damen und Herren von der Koalition, es geht um Mut, aber der erste Mut, den Sie haben müssen, ist, dieser Stadt offen zu sagen: Ja, wir haben ein strukturelles Einnahmeproblem und das bedeutet, dass die Politik dieser Stadt kaum noch handlungsfähig ist. Wir werden es erstens zugestehen, zugeben müssen, dass unsere Wahlversprechen und vieles von dem, was wir vorher gesagt haben, damit hinfällig sind, und zweitens werden wir versuchen, es sozialverträglich zu lösen. Bisher haben Sie aber nur gesagt, dass die Lage aufgrund der Verschuldung der alten Regierung so dramatisch ist, dass nichts mehr geht, Sie jedoch nicht schuld daran seien. Es geht nicht um Schuld, sondern darum, dass wir dieser Stadt einen Weg zeigen. Das ist das, was wir alle zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, Sie haben die Kreditaufnahme erhöht. Sie haben keine Bestandsfinanzierungen für mehr Personal durchgeführt, was Sie aber versprochen haben.

Seit gestern wissen wir, dass Sie die erste Tranche der Flughafenoption ziehen. Sie benutzen sie nicht zur Kreditabsenkung, sondern um das Defizit für den Haushalt 2002 mitzufinanzieren. Sie haben alles, was Sie früher über Finanzpolitik gesagt haben, über Bord geworfen. Das müssen Sie selbst verantworten. Wenn Sie dabei zu einer pragmatischen Politik finden, werden wir Sie unterstützen. Wenn Sie eine vertretbare stufenweise Konsolidierung des Haushalts, eine wirkliche Strategie vorlegen, werden wir bei Ihnen sein, unabhängig von der Kritik politischer Inhalte im Einzelfall. So aber, muss ich ausdrücklich sagen, braucht der Haushalt dieser Stadt eine Nachbesserung. Dazu haben wir noch bis zum 15. April Zeit und ich fordere Sie auf, diese Zeit mit einer konstruktiven Debatte über die Zukunft und deren Finanzierung in Hamburg gemeinsam zu nutzen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Tants, Sie haben es.

**Henning Tants CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zuckerer, Sie haben starke Worte gebraucht und ich habe in den letzten Tagen auch starke Worte in den Medien oder im Ausschuss von der GAL-Fraktion gehört.

Bemerkenswert ist, Herr Zuckerer, dass Sie ein strukturelles Defizit von 400 Millionen Euro pro Jahr voraussagen, verbunden mit der Aussage, dass das die rotgrüne Regierung in Berlin zu verantworten habe. Recht haben Sie. Das ist aber auch verbunden mit der Aussage, dass nur die Regierung in Berlin das zu verantworten habe und nicht wir hier in Hamburg, nämlich die, die vor uns an der Regierung waren; aber das ist doch falsch.

Ich denke noch einmal eineinhalb Jahre zurück, an den großen Wurf der Steuerreform. Den Medien war zu entnehmen, dass der Kanzler für eine Steuerreform, wie sie nie zuvor gewagt worden ist, gefeiert wurde. Es erhoben sich die mahnenden Finger von einigen Wirtschaftsweisen und unionsregierten Ländern – unter anderem auch der des jetzigen Kanzlerkandidaten –, die gesagt haben: Wenn ihr dieses so macht, wird es zu ganz erheblichen Steuerausfällen in den Kommunen und Ländern kommen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Es sollte mehr gesenkt werden!)

Freudig erregt hat die Hamburger Regierung, die zu dem gleichen Zeitpunkt die damalige Opposition aufgefordert hat, ein Bündnis in der Steuerpolitik für Hamburg mitzutragen und mitzugestalten – was wir auch getan haben –, über diese Steuerreform mitgejubelt. Es ist eine Steuerreform, bei der sich jetzt herausstellt, dass es das Milliardenaster der rotgrünen Steuerreform in Berlin ist; darüber gibt es sogar einen „Spiegel“-Artikel. Das hat man hier auch gesehen oder wollen Sie sagen, dass wir hier in Hamburg keine Steuerfachleute haben?

(Zuruf von Anja Hajduk GAL)

– Gucken Sie doch mal in die Bundesratsprotokolle. Ich habe es zu der Zeit nicht gemacht, Dr. Freytag hat es gemacht; und er hat auch auf diese Dinge hingewiesen.

Meine Damen und Herren, Sie können nicht so tun, als ob Rotgrün in Berlin nicht an der Regierung ist; sie sind doch noch in der Regierung. Wenn ich mir ansehe, dass Länder und Gemeinden durch diese Steuerreform 13,6 Milliarden bis 14 Milliarden Euro verlieren werden – selbst Sie von der

C

D

(Henning Tants CDU)

- A Opposition prognostizieren das strukturelle Defizit –, bitte ich Sie, Ihren Einfluss in Berlin zum Wohle Hamburgs geltend zu machen, damit nicht das eintritt, was Senator Peiner befürchtet, dass man nämlich nichts mehr tut. Machen Sie denen in Berlin Beine zum Wohle Hamburgs.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dann können wir hier in Hamburg auch eine vernünftige Finanzpolitik machen.

Wenn man in diesen Zeiten, die nicht einfach sind, einfach die Lichter reduziert oder das Licht dimmt, sendet man das Signal nach draußen: Da ist nichts mehr los, die resignieren. Jammern hilft nichts. Trotz dieser Lage müssen Leuchttürme – Türme, die leuchten – in dieser Stadt gesetzt werden. Denn wenn Licht da ist, zieht das auch andere an. Das ist das Neue, das Andere.

Herr Zuckerer, was Sie vermissen, will ich Ihnen erklären. Es werden Zeichen gesetzt. Im Gegensatz zu der Steuerreform für die Großunternehmen, die wir in Berlin gehabt haben, wollen wir die, die über die Steuerreform vergessen wurden, nämlich den Mittelstand, mit diesen 50 Millionen Euro fördern. Wir wollen sie nicht alleine lassen, sondern gedanklich ein Zeichen setzen, dass in dieser Stadt etwas passiert, und nicht nur überlegen, wie wir Einkommensempfängern am besten mit Transferhilfe helfen können. Wir wollen sehen, dass es in dieser Stadt weiter geht.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Jetzt sind wir schlauer!)

– Das ist schön, wenn Sie schlauer sind.

- B Wir wollen den Bürgern sagen, dass der Staat sie ernst nimmt. Deshalb werden im Bereich der Sicherheit, der Justiz und der Bildung Zeichen gesetzt, die in die Zukunft weisen. Das ist eine Haushaltspolitik, die in die Zukunft weist.

Man kann sich natürlich fragen, Herr Zuckerer, ob es richtig ist, die Neuverschuldung jetzt zu erhöhen und Vermögenswerte erst nach reiflicher Überlegung zu veräußern. Ich bin der Auffassung, dass es gut ist, wenn man überlegt.

(Uwe Grund SPD: Hoffentlich hilft es!)

Meine Damen und Herren, Diskussionen über Vermögensveräußerungen in der Öffentlichkeit, in einem öffentlichen Haushaltsausschuss, bei allem Respekt, Herr Zuckerer, aber das drückt den Preis. Wenn ich öffentlich auf einem Markt diskutiere, welche Unternehmen ich wie verkaufen will, dann drückt das den Preis.

(Krista Sager GAL: Ganz neue Erkenntnisse!)

Lassen Sie doch diesen neuen Senat überlegen.

Ein Wort noch zur Schuldenlegende. Herr Zuckerer, ein großes Kompliment an Sie für diese Rede, die manche Dinge in Teilbereichen schonungslos aufgedeckt hat. Übrigens auch ein Kompliment an Senator a.D. Dr. Mirow, der vor drei Tagen in einer Rede diese Dinge zu ähnlichen Problemen schonungslos dargestellt hat. Mein Kompliment an Sie und an Dr. Mirow. Nur ist es noch keine 100 Tage her, wo man Gelegenheit gehabt hätte, diese Dinge alle auch so zu sagen. Ich frage mich nun, warum das nicht geschehen ist. Ob die Schuldenlegende wirklich so eine Legende ist, ist hier nicht so deutlich gesagt worden. Gucken Sie in die Medienberichte von vor einem halben Jahr, darin steht, dass die Finanzsenatorin ganz stolz darauf ist, was sie geleistet hat, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt.

Meine Damen und Herren, Sie haben es doch schon gewusst, dass dieser Schuldenberg, dieses strukturelle Problem, auf uns zukommt.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sie doch auch!)

Sie haben den Haushalt 2002 in der ersten Fassung aufgestellt und eingebracht,

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sie haben ihn nicht gelesen!)

im Bewusstsein dessen, dass diese strukturellen Probleme auf Hamburg zukommen, und das halte ich für fahrlässig. Wer so etwas tut, darf nicht sagen: Weil wir in einem Wahljahr sind, tun wir nichts.

Ich will an den gestrigen Haushaltsausschuss erinnern. Dort stellte sich heraus, dass man Haushaltsansätze ganz einfach auf einem niedrigen Niveau eingebracht hat. Nun stellt sich innerhalb weniger Zeit heraus, dass wir für einen bestimmten Bereich eine fast hundertprozentige Erhöhung haben. 9,5 Millionen Euro müssen nachgefordert werden. Die Aussage des Justizsenators von gestern lautet, dass er künftig nicht mehr diese niedrigen Ansätze nehmen wird, sondern realistische.

Das ist aber nur ein Punkt. Wenn wir die Punkte in den Haushaltsberatungen einmal in aller Ruhe durchgehen, werden wir feststellen, dass das keine Legenden sind, sondern Tatsachen. Wenn jetzt seitens des Senats erst einmal in Ruhe und mit Sorgfalt eine Bestandsaufnahme vorgenommen wird, können wir als Fraktion dieses nur begrüßen, um vernünftige Entscheidungen zu treffen.

D Ich will meine Rede nicht so lang werden lassen, aber noch eines an Sie, Frau Hajduk, und auch an Herrn Zuckerer, Sie werden sicherlich noch darauf kommen: Das Haushaltsdefizit, die Schwankungen von 1997/1998, also von vor vier Jahren – ich weiß nicht, ob bei mir richtig gerechnet wurde –, betrug nach unseren Berechnungen 2,8 Prozent, heute sind es 7,5 Prozent. Vielleicht können wir uns mal in einer stillen Stunde über meine Tabelle unterhalten und Ihre Tabelle daneben legen; notfalls nehmen wir uns noch einen Sachverständigen hinzu.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das geht dann in die PISA-Studie ein!)

– Das geht in die PISA-Studie ein; da wir beide aber unsere Bildung vor der PISA-Studie genossen haben, können wir auch noch im Kopf rechnen, das wird prima gehen.

Aber nun ernsthaft, das, was Sie machen, ist eine Legendenbildung. Sie haben 1997/1998 nicht die gleichen, sondern deutlich reduzierte Probleme gehabt. Daher bitte keine Legendenbildung Ihrerseits, wenn Sie sagen, es sollen keine Legenden gebildet werden.

Herr Zuckerer, ich finde es gut, dass Ihre Fraktion hier anbietet, wir wollen gemeinsam in die Zukunft gucken. Lassen Sie es uns auch tun. Lassen Sie uns nicht jammern, sondern gemeinsam einen Ruck durch diese Stadt gehen lassen. Lassen Sie uns gemeinsam Lichter und Zeichen setzen, die Bürger mitnehmen und den Aufbruchwillen zementieren. Je länger dieser Aufbruchwille vorhanden ist, desto mehr wird diese Stadt prosperieren und unsere Haushaltsprobleme minimieren. Kommen Sie bitte mit auf den Weg und lassen Sie die Bürger nicht allein. Sie sind herzlich eingeladen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)



- A **Vizepräsident Peter Paul Müller:** Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Das Wort hat der Abgeordnete Silberbach.

**Manfred Silberbach** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zuckerer, ich wollte eigentlich eine ganz sachliche Rede halten, aber nach dem, was Sie da von sich gegeben haben, möchte ich doch etwas ausholen.

Wenn Sie sagen, dass in der Stadt eine Schuldenlegende umläuft, frage ich Sie, ob wir uns diese 20 Milliarden Euro Schulden einbilden oder ob sie tatsächlich vorhanden sind. Was sollen denn derartige Äußerungen über eine bestehende Schuldenlegende? Sie sagen dann, Sie würden helfen, die Probleme zu lösen. Anschließend drohen Sie aber: Wehe, ihr macht etwas im sozialpolitischen oder in sonstigen Bereichen, dann werden wir euch auf die Finger klopfen. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir so nicht miteinander umgehen können.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir müssen das auslöffeln, was Sie uns finanzpolitisch eingebrockt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Zahlenwerk, das wir nun genug strapaziert haben, geht es jetzt darum, was getan werden muss, um die Stadt finanzpolitisch nicht handlungsunfähig werden zu lassen. Die rund 20 Milliarden Euro Gesamtschulden, die den Hamburger Haushalt jährlich mit 10 Prozent Schuldendienst belasten, und die nachlassende Konjunktur werden weitere Löcher in unseren Haushalt reißen. Wie rasend dieses geht, sieht man daran, dass von der Steuerschätzung im November 2001 bis jetzt schon festgestellt wurde, dass weitere 138 Millionen Euro für das Jahr 2001 fehlen.

Mit Besorgnis muss der zu erwartenden Steuerschätzung im Mai 2002 entgegengesehen werden. Wegen der Kürze der Zeit muss der Haushaltsplan 2002 zu mehr als 98 Prozent von der alten Regierung übernommen werden. Wenn Sie sagen, Herr Zuckerer, dass da keine Sparmaßnahmen drin sind, dann haben Sie zumindest 98 Prozent selbst zu verantworten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wegen der Kürze der Zeit konnten nur einige wichtige Schwerpunkte aus dem Koalitionspapier umgesetzt werden, die sich in den Bereichen Innere Sicherheit, Bildung und Verkehr sowie der Konjunkturmaßnahmen niederschlagen.

Ein Schwerpunkt unserer zukunftsweisenden Finanzpolitik wird es sein, dem Bürger zu vermitteln, dass wir uns bei immer weniger Steuereinnahmen viele Dinge nicht mehr leisten können. Es wird nicht ausreichen zu sagen, wer Schuld an dem Schuldenberg in Hamburg hat und dass Deutschland das Schlusslicht bei der Konjunktur in der Europäischen Union ist. Das weiß der Wähler. Der Bürger ist reif genug, um zu verstehen, dass wir bei dieser Finanzlage einige Abstriche vornehmen müssen. Deshalb muss die Politik dem Bürger gegenüber ehrlich auftreten. Entsprechend der Finanzsituation ist der Senat daher gefordert, alle Ausgaben im Personalbereich wie auch bei den Sachausgaben zu überprüfen. Bei der zu erwartenden starken altersbedingten Fluktuation im öffentlichen Dienst ist jede wieder zu besetzende Stelle dahin gehend zu überprüfen, ob durch ihren Wegfall kurz oder langfristig ein

Schaden für die Hansestadt Hamburg entsteht oder ob durch Zusammenlegung von Aufgaben oder Arbeitsverdichtung die Stelle eingespart werden kann. Damit sind nicht nur die Stellen der Pförtner gemeint. Ausgenommen sind davon die Prioritätsbereiche Innere Sicherheit und Bildung.

Auch im Sachhaushalt ist eine prozentuale Sparquote vorzugeben. Die Sparquote ist nur dann nicht anzuwenden, wenn im Einzelfall ein Schaden für die Hansestadt Hamburg nachgewiesen wird. Entsprechend ist auch bei den Zuwendungsempfängern zu verfahren. Diese Maßnahmen machen immerhin 8 Prozent des gesamten Haushaltes aus. Von diesen Sparmaßnahmen sind selbstverständlich die gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen ausgenommen. Diese Dinge müssen aber bereits im Haushalt 2003 und in der neu zu erstellenden mittelfristigen Finanzplanung festgelegt werden. Sollte man versuchen, diese Maßnahmen erst in späteren Jahren umzusetzen, habe ich die Befürchtung, dass die Senatoren von den Gralshütern des bestehenden Systems in den Behörden eingefangen werden und sich nichts mehr bewegt.

Genauso wichtig, wenn nicht noch dringender, sind Maßnahmen, damit die Steuereinnahmen in Hamburg steigen. Eine wachsende Konjunktur wäre natürlich das beste, aber dieses lässt sich von Hamburg wenig beeinflussen. Die Politik kann keine steuerbringenden Arbeitsplätze schaffen. Das kann nur die Wirtschaft. Diesen Umstand betrachten wir nicht als notwendiges Übel, sondern wir werden der Wirtschaft jede erdenkliche Hilfe zukommen lassen. Das darf nicht nur für Großunternehmen gelten, denn von denen ist bei der internationalen Verflechtung im Bereich der Vermögensteuer sowieso kaum etwas zu erwarten. Darum sind die positiven Voraussetzungen für den Mittelstand besonders zu fördern; angefangen beim Verkehr und beim Genehmigungsverfahren. Hier ist der Senat gefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ein Zeitrahmen entsprechend den Projekten vorgegeben und überwacht wird.

Ein besonders wichtiges steuerliches Thema ist die Zerlegung der Lohnsteuer. Hamburg muss für jeden Arbeitnehmer, der in Hamburg arbeitet und im Umland wohnt, die Lohnsteuer an das entsprechende Bundesland abführen. Waren es 1970 noch 20 Prozent der gesamten Lohnsteuereinnahmen Hamburgs, sind es im Jahr 2001 bereits 35 Prozent. In einer Summe ausgedrückt sind das 2,7 Milliarden Euro pro Jahr. Wären entsprechende Baugebiete in Hamburg ausgewiesen worden, stünde dem Hamburger Haushalt wenigstens die Hälfte dieser Summe zur Verfügung.

Darum muss in Hamburg unbedingt Wohnraum für Besserverdienende geschaffen werden, damit diese Hamburg nicht weiterhin verlassen. Das bedeutet aber auch, dass nicht nur Bauvorhaben ausgewiesen, sondern auch gleichzeitig entsprechende Wohnvoraussetzungseinrichtungen geschaffen werden. Gerade Eltern mit schulpflichtigen Kindern legen besonderen Wert auf das Wohnumfeld, wobei die Kindergärten und Schulen die wichtigsten Entscheidungsmerkmale dafür sind. Sie sind nicht bereit, ihre Kinder in Schulen zu schicken, in denen 25 Prozent der Schüler keinen Abschluss bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor dem Senat stehen riesige Aufgaben, die von den Vorgängern vernachlässigt wurden. Aber auch das Parlament als Ganzes steht vor dieser Verantwortung. Darum geht auch der Appell zur Zusammenarbeit an die Opposition, hier be-

C

D



(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A anders an die SPD, wobei ich nicht sagen will, dass Sie an allem schuld sind. Aber unschuldig an der jetzigen Finanzsituation sind Sie nun wirklich nicht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Darum fordere ich Sie auf, sich an der Konsolidierung des Haushaltes zu beteiligen und nicht nur darauf zu warten, dass der Senat Maßnahmen ergreift, um diese zu kritisieren. Wir hoffen auf Ihre konstruktive Mitarbeit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

**Anja Hajduk** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator, ich möchte vorab mein Befremden darüber ausdrücken, dass der Bürgermeister zu Beginn dieser Haushaltsdebatte zur Vorstellung der neuen Kultursenatorin eine Pressekonferenz ansetzt. Ich finde, dass es nicht angemessen ist, solch einen Termin zu wählen, wenn der Haushalt in unser Parlament eingebracht wird. Das kann man auch anders terminieren.

(Zurufe von der CDU: Mein Gott!)

Es ist erfreulich und gut, die Kultursenatorin der Öffentlichkeit vorzustellen. Es aber parallel zur Einbringung des Haushalts zu tun, empfinde ich als ein Beispiel von noch nicht so ganz erfahren im Regierungsgeschäft. Dass Sie sich aber von dieser Seite des Hauses darüber aufregen, dass ich das sage, lässt tief in Ihr Selbstbewusstsein als Parlamentarier blicken.

B

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Nein, ich sagte doch, dass es gut ist, dass eine Kultursenatorin gefunden wurde; jetzt akzeptieren Sie doch mal, dass das ein ungünstiger Zeitpunkt ist, Sie müssen es ja nicht so laut sagen wie ich.

Ich möchte jetzt zur Sache kommen und auf die Diskussion, die wir hatten, zurückführen.

Herr Tants, Sie haben in Ihrem Beitrag deutlich gemacht, dass Sie den Hinweis von Herrn Zuckerer, dass die Steuereinnahmen wegbrechen, auf die rotgrüne Bundesregierung zurückführen. Das ist nicht hinreichend kommentiert und diskutiert.

Sie haben sich von der Steuerreformpolitik der rotgrünen Regierung argumentativ abgesetzt; das billige ich Ihnen zu. Aber Sie sind Mitglied einer Partei, die sich auf Bundesebene zur Steuerpolitik äußert und verhält. Dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie das mit ins Gewicht bringen. Festzustellen, dass die Korrekturvorschläge der CDU – im Übrigen auch die der FDP – zur Steuerreform der rotgrünen Bundesregierung weitaus mehr Steuerausfälle für die Länder bedeutet hätten, gehört zu einer Argumentation in diesem Haus dazu.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von Henning Tants CDU)

Die CDU hat zwar die große Entlastung der Großunternehmen angegriffen, aber ich habe keinen Bundesratsinitiativantrag von CDU-regierten Ländern gesehen, in dem

C sie gesagt hätten: Herr Zitzelsberger, Sie haben sich geirrt, wir werden diese Veräußerungsgewinne wieder höher besteuern. Darauf warte ich noch. Das könnte man ja aus Länderperspektive machen.

(Henning Tants CDU: Wir waren doch auch mal in der Opposition!)

– Herr Tants, nehmen Sie für sich doch das in Anspruch, was die CDU in Berlin macht, und lassen Sie dies in Ihrer Hamburger Argumentation nicht ständig weg. Das rühmt Sie auch nicht als Finanzpolitiker.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Was mir aber eigentlich dabei viel wichtiger ist, ist – das hat Herr Zuckerer sehr deutlich herausgearbeitet und Herr Peiner in seinem Finanzbericht und in seiner Rede ernsthaft zum Ausdruck gebracht –, dass das Land Hamburg ein strukturelles Einnahmeproblem hat.

(Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

Das betrifft auch andere Länder, aber vor allem die Kommunen und ist eine ganz wichtige Diskussionsgrundlage für zukünftige Haushaltsdebatten. Ich weiß auch – hier will ich die rotgrüne Bundesregierung nicht ausnehmen –, dass die Parteien im Moment immer über Steuersenkungsprogramme reden. Wir müssen in unseren Haushaltsdebatten ernst nehmen, dass diese Diskussion zu strukturellen Mindereinnahmen führt, die unsere Handlungsspielräume sehr stark einschränken. Ich sage das auch insbesondere in Richtung der Kollegen von der FDP, die noch viel weitgehender – gerade auch vor der Hamburger Wahl – davon gesprochen haben, dass es ihr Wahlziel sei, die Steuereinnahmen in Hamburg abzusenken.

(Ekkehard Rumpf FDP: Die Steuern, nicht die Einnahmen!)

D Ich hoffe, dass wir mit dieser Mär ein wenig aufhören; das verträgt sich nicht. Ich will nicht sagen, dass man keine Aufgabenkritik machen sollte, aber dies als eine grundsätzliche finanzpolitische Marschrichtung auszugeben, halte ich auf unserer Länderebene für verfehlt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich komme zur Bewertung der vom Senat vorgelegten Finanzpolitik. Ich möchte dabei die fünf früheren Eckpunkte der CDU voranstellen.

Erster Eckpunkt: Sie haben gesagt – nicht vor mehreren Jahren, sondern Anfang September, als schon die Mai-Steuerschätzung vorlag und die Konjunkturentwicklung abgesehen werden konnte –: Wir müssen endlich die Verschuldungsspirale stoppen. Sie schrauben aber jetzt im Haushalt 2001 und auch im Haushalt 2002 – über den wir heute reden – die Verschuldungsspirale auf das Maximale. In der Rede von Herrn Zuckerer ist auch schon angekündigt, dass es dazu durchaus Alternativen gibt.

Ich will nicht behaupten, dass die Steuerschätzungen nicht auch zu einer höheren Neuverschuldung einer rotgrünen Regierung geführt hätte, aber ich wage zu behaupten, dass dies nicht in diesem Ausmaß geschehen wäre. Diesen ersten Eckpunkt halten Sie bei weitem somit nicht ein.

Zweiter Eckpunkt: Sie haben gesagt, es dürfe keine weitere Kreditfinanzierung geben. Das heißt, auch der Vermögenshaushalt muss ausgeglichen werden. Sie weiten aber die Kredite in einem viel höheren Ausmaß aus. Das korrespondiert mit dem ersten Punkt.

(Anja Hajduk GAL)

- A Dritter Eckpunkt: Sie haben angekündigt, es gebe eine Verschlinkung von Regierung und Behörden. Sie haben, wenn man einmal die Senatsriege anschaut, einen Senator eingespart und einen Staatsrat draufgelegt. Zur Zeit sind noch einige Staatsräte mehr im Amt, aber das lasse ich der Übergangssituation geschuldet sein; das ist in Ordnung.

Aber die Verkleinerung des Senats – das war für Sie immer ein netter Punkt – haben Sie also nicht angepackt und die Behörden haben Sie auch nicht verschlankt. Wir haben gerade gehört, dass Sie den Personalhaushalt selbstbewusst ausweiten. Sie erfüllen Ihr eigenes Versprechen wieder nicht.

Vierter Punkt: Sie haben immer davon gesprochen, dass Sie Vermögensumschichtungen durch Teilprivatisierungen vornehmen wollen und dass man natürlich mit diesen Veräußerungserlösen keine Haushaltslöcher im Betriebshaushalt stopfen dürfe, was Sie uns immer vorgeworfen haben.

Sie werden das jetzt selbst in Anspruch nehmen. Wir werden sehen, wofür Sie – um ein Beispiel zu nennen – die Flughafenanteile in Höhe von 33 Millionen Euro im Haushalt 2002 gebrauchen. Sie werden sie auch gebrauchen, um den Betriebshaushalt zu stopfen.

Das zur Entzauberung Ihrer Argumente, weil Sie uns immer vorgeworfen haben, dass es etwas Schlechtes sei, wenn man ein Betriebshaushaltsloch stopfen muss. Vielleicht ist es das prinzipiell, aber Sie müssen sich auch über die Alternativen Gedanken machen. Damit fangen Sie hoffentlich jetzt einmal an.

- B Fünfter Punkt: Sie wollten den Haushalt mit den Erlösen entlasten, die Sie mit dem Verkauf von Vermögen erzielen. Hier hat bei Ihnen auch ein großes Umdenken stattgefunden.

Insofern ist festzustellen, dass Sie die fünf Eckpunkte, die uns Herr Dr. Freytag im September mit Vehemenz vorgebracht hat, bei weitem nicht erfüllen. Sie haben sich grundsätzlich von diesen haushaltspolitischen Versprechungen verabschiedet.

Nun kann man auch sagen – die November-Steuerschätzung habe ich schon angesprochen –, dass es auch einen Grund dafür gab, dies zu tun.

Wir hatten vor vier Jahren unter Rotgrün auch eine schwierige November-Steuerschätzung zu verkraften. Damit will ich sagen, dass wir auch mit großen Ausfällen rechnen mussten, hatten aber ein wenig Glück mit den tatsächlichen Steuereinnahmen später. Es bleibt abzuwarten, wie dies in 2002 für Hamburg laufen wird.

Ich will zu einem weiteren Punkt mein Unverständnis zum Ausdruck bringen. Wenn jetzt gesagt wird – das wurde in der Presse so zitiert –, Ole von Beust hätte nach dem durchgeführten Kassensturz erkannt, dass das Geld doch nicht mit vollen Händen ausgegeben werden könne, dann ist das eine Erkenntnis, die für Ihre Seite neu ist. Für Rotgrün möchte ich in Anspruch nehmen, dass wir vor der Wahl nie davon gesprochen haben, man könne das Geld wieder mit vollen Händen ausgeben. Im Gegenteil: Wir haben vor allzu großen Wahlversprechungen gewarnt.

Insofern frage ich mich auch – darauf hat auch Herr Zuckerer hingewiesen –, welche Bedeutung es hat, dass wir über diese Schuldenlegende reden müssen. Hier besteht ein ganz anderer Zusammenhang.

Mich beschleicht der Eindruck, dass die Diskussion über die Schulden und den Kassensturz von 12 Milliarden zusätzlicher Euro von Ihnen so aufgeblasen wird, weil Sie ein Ablenkungsmanöver brauchen, um deutlich zu machen, dass Sie Ihre Wahlversprechen nicht halten können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wahr ist, dass keine neuen Zahlen vorliegen und keine Korrekturen vorgenommen werden, sondern dass sich der neue Finanzsenator entschieden hat, in seiner politischen Bewertung des Schuldenstandes diese Kredite in den so genannten Schattenhaushalten ins Bewusstsein zu rücken. Aber wahr ist auch, dass Sie bei dem Schuldenstand weit weniger Konsequenzen ziehen, als wir getan haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von Henning Tants SPD)

Ich möchte noch auf Ihre Aussage eingehen, dass Sie ein schweres Erbe angetreten hätten.

Um deutlich zu sagen: Auch Rotgrün hätte aufgrund der November-Steuerschätzung den Haushaltsplan ändern müssen. Das gebe ich gerne zu. Ich möchte aber darauf verweisen – um meinen Vorwurf etwas zu verdeutlichen –, dass wir Ihnen auch eine ganze Menge hinterlassen haben. Das empfand ich angesichts der Steuerreform der Bundesregierung als Pflicht, die Steuermindereinnahmen zum Teil sowieso erwarten ließen.

Wir haben Ihnen einen – wie gesagt – prall gefüllten Grundstock, eine allgemeine Rücklage für Steuermindereinnahmen, hinterlassen, die sich in einem Bereich von knapp 800 Millionen Euro bewegt. Man kann von weiteren Handlungsmöglichkeiten sprechen, die Sie aufgrund von Optionen für Vermögensmobilisierungen haben.

Das bedeutet, dass Sie die von Ihnen beabsichtigte Neuverschuldung des Haushalts 2001 keineswegs an die Höchstgrenze hätten treiben müssen. Sie rechnen im Grunde den Haushalt 2001 künstlich schlecht, weil Sie die Bilanz zum 31. Dezember gern als Abschluss von Rotgrün sähen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, weil die Entscheidung, die Sie Anfang dieses Jahres treffen, nämlich die Neuverschuldung für 2001 hochzuschrauben, in Ihre Verantwortung fällt.

Des Weiteren ist wichtig zu sagen – das hat auch Herr Zuckerer ausgeführt –, was wir in den Haushaltsberatungen herausgefragt haben. Herr Dr. Freytag hatte hier noch im Dezember behauptet, es sei eine Meisterleistung, dass das von Ihnen aufgelegte Sonderinvestitionsprogramm ohne Neuverschuldung finanziert würde. Sie können das so hinstellen, aber ich möchte, dass Ihre Fraktion weiß, was Sie wirklich tun. Nämlich:

Sie nehmen die 50 Millionen Euro in 2001 als zusätzliche Neuverschuldung, obwohl man diese eigentlich zum frühestmöglichen Zeitpunkt herabsetzen sollte. Sie sparen sich die 50 Millionen Euro, um sie offiziell in der Statistik 2002 als nicht verschuldungsfinanziertes Sonderinvestitionsprogramm auszuweisen. Das ist nur ein Trick und finanzpolitisch nicht gut. Aber noch schlimmer ist: Sie legen sich die finanzpolitische Latte extra niedrig. Das lässt nichts Gutes erwarten. Die finanzpolitische Latte in dieser Stadt sollte man angesichts der drastischen Minderung der Steuereinnahmen lieber etwas höher legen. Deswegen empfinde ich es als Problem, dass Sie dieses Sonderinvestitionsprogramm für sich künstlich günstig finanzieren.

C

D

(Anja Hajduk GAL)

- A Als weiteren Punkt nenne ich die Optionen für die Vermögensmobilisierung. Hier möchte ich Herrn Zuckerer deutlich in Schutz nehmen.

Herr Tants, Sie offenbaren uns hier eine Lernleistung der CDU, dass man – wenn man die Mehrheit hat – über zukünftige Vermögensmobilisierungen nicht öffentlich zu viel reden und dies schon gar nicht ankündigen sollte. Das ist ein Lernschritt, den wir Ihnen als Opposition nicht vorwerfen, sondern den wir außerordentlich begrüßen.

(Beifall bei der GAL und bei *Walter Zuckerer SPD* – *Dr. Michael Freytag CDU*: Das haben wir vorher auch nie gemacht!)

Sie haben gerade Herrn Zuckerer angegriffen, nur weil er Ihnen vorgerechnet hat, dass Sie Optionen haben, die ausverhandelt sind. Sie könnten ja behaupten, dass Sie das Geld nicht brauchen, weil Sie im Geld schwimmen. Aber bei diesen von ihm angeführten Beispielen geht es eben nicht mehr um Verhandlungspositionen, sondern um Ihren finanziellen Spielraum. Den nutzen Sie jedoch im Moment in Richtung Hochtreiben der Neuverschuldung aus. Das muss zum Argument von Herrn Zuckerer ehrlichkeitshalber gesagt werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Werner Dobritz SPD*: Das ist unsolid! – Glocke)

**Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Hajduk?

**Anja Hajduk:** Ja.

- B **Zwischenfrage von Henning Tants** CDU: Frau Hajduk, stimmen Sie mir zu, dass der Finanzsenator in den letzten beiden Sitzungen des Haushaltsausschusses genau zu diesen Fragen Ausführungen gemacht hat? Er hat nämlich gesagt, dass man zwar sofort manche Dinge ziehen könne, aber der Auffassung ist, dass die Verträge, obwohl sie nicht so gut ausgehandelt wurden, vielleicht durch weitere Gespräche und Verhandlungen noch zu optimieren sind. Stimmen Sie mir zu, dass der Finanzsenator dieses im Haushaltsausschuss gesagt hat?

(*Krista Sager GAL*: So ein Schwachsinn! – *Werner Dobritz SPD*: Sie reden so kompliziert wie Herr Stoiber!)

**Anja Hajduk** (fortfahrend): Es ist gut, dass Sie das fragen, Herr Tants. Er hat es bei den Beispielen, die Herr Zuckerer genannt hat, ausdrücklich nicht getan. Sie wissen noch nicht, dass die HEW in mehreren Teilen verkauft wurden.

Herr Zuckerer hat sich ausdrücklich auf die Teile der HEW bezogen, die jenseits der 25,1 Prozent liegen. Herr Peiner hat sich im Haushaltsausschuss zu den 25,1 Prozent geäußert, weil ich danach gefragt habe. Denken Sie noch einmal darüber nach, was Herr Peiner im Haushaltsausschuss gesagt hat, aber akzeptieren Sie das Argument von Herrn Zuckerer, dass Ihnen die ausgehandelten Optionen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Da ich schon zu den Themen Neuverschuldung und Sonderinvestitionsprogramm gesprochen habe, komme ich zu einem gravierenden Punkt, der die Richtungsentscheidung des Senats zum Haushalt 2002 deutlich macht.

C Es ist mir geradezu unverständlich, Herr Peiner, dass Sie vor diesem Hause sagen, Sie würden die Ausgaben des Haushalts nicht steigern. Das ist nicht in Ordnung.

Die bereinigten Gesamtausgaben Ihres Haushaltsplan-Entwurfs steigen gegenüber dem rotgrünen Entwurf um über 60 Millionen Euro. Der größte Teil entfällt auf Investitionen mit circa 55 Millionen Euro; knapp 10 Millionen Euro betreffen aber die bereinigten Betriebsausgaben. Das ist eine Richtungsentscheidung, die ich angesichts der zu erwartenden Steuermindereinnahmen für völlig verfehlt halte.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist jenseits der neuen Politik, die Sie machen, denn Sie wollen ja 37 Millionen Euro komplett umschichten.

Wenn Sie im Betriebshaushalt zum Beispiel Spielraum haben wollten, dann wäre dieses durch das bei den Zinsausgaben abgesenkte Zinsniveau möglich gewesen. Das ergibt sich auch aus unserem Haushaltsplan-Entwurf. Hier handelt es sich aktuell um 14 Millionen Euro.

Wenn Sie Akzente setzen wollen und vielleicht 20 Millionen Euro bräuchten, hätten Sie diese auch unterhalb ihrer Ausweitungsschwelle gefunden. Deswegen kann ich es noch weniger verstehen, dass Sie das so machen.

Es ist schon gesagt und auch im Grunde von Ihnen selbst angedeutet worden, dass die Zukunft nicht besser wird. Deswegen ist es falsch, dass Sie die Voraussetzungen für den Haushalt 2003 strukturell verschlechtert haben. Das ist – wie gesagt – finanzpolitisch die falsche Richtung.

Was uns fehlt – aber da hat Ihre Rede heute ein wenig Aufschluss gegeben –, sind die konkreten Zielvorgaben und eine Konsolidierungsstrategie. Herr Senator, ich habe deutlich vernommen, dass Ihre heute gewählten Worte ein wenig mehr Klarheit aufkommen lassen. Sie sagen nicht mehr, der Betriebshaushalt sei möglicherweise ab 2004 auszugleichen, sondern er solle bis dahin ausgeglichen werden.

Sie haben ab 2003 eine schrittweise Rückführung der Neuverschuldung ankündigt. Das liest sich in dem Finanzbericht noch ganz anders. Dort wird das Ziel der Rückführung der Neuverschuldung stärker relativiert und auf die Zukunft bezogen hintangestellt.

Sie haben davon gesprochen, dass Sie in 2002 Ihr Zukunftsinvestitionsprogramm anderweitig als durch Neuverschuldung finanzieren. Insofern haben Sie Ihre gesetzten Ziele konkretisiert. Es steht jedoch ein Konzept aus, wie Sie das erreichen wollen.

Es war angemessen – das hat der Vorsitzende des Haushaltsausschusses in der geführten Diskussion deutlich gemacht –, dass diese Ziellinie von uns nicht als zu schwach beanstandet wird, was nicht ehrgeizig genug sei, sondern dass wir – wenn die Mai-Steuerschätzung vorliegt – sehen müssen, wie strukturell die Mindereinnahmen sind und ob diese Ziellinie angemessen erscheint.

D Ich glaube sogar, dieses Haus kann ein bestimmtes Niveau in der Konsolidierungspolitik erreichen. Wir sollten jedoch nicht versuchen, dieses waghalsig zu toppen, sondern die zu meisternden Herausforderungen kritisch und fachpolitisch strittig diskutieren. Zur Erreichung dieser Ziele, die Einnahmen- und Ausgabenschere des Hamburger Haushalts insgesamt zu lösen, sollten wir zusammenstehen, denn das muss auch gegenüber den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern vertreten werden.



(Anja Hajduk GAL)

A (Beifall bei *Rose-Felicitas Pauly FDP*)

Sie können sich darauf verlassen: Wir werden es uns nicht leicht machen und dagegen polemisieren, wenn es um Einsparungen prinzipiell geht. Ich habe es in der letzten Legislaturperiode als nicht hilfreich empfunden, wenn einem einerseits zum Vorwurf gemacht wurde, dass man zu viel Ausgaben produziere, auf der anderen Seite aber für ein Konsolidierungsprogramm gescholten wurde. Das nützt der Politik und der politischen Debatte in dieser Stadt nichts. Hier werden wir wahrscheinlich auch eine gemeinsame Herausforderung haben.

Aber wir werden Sie daran messen, ob Sie sich auch wirklich Ziele setzen und ob Sie Ihre Vorwürfe halten können, dass Vermögensveräußerungen nicht dazu genutzt werden dürfen, Betriebshaushalte zu stopfen. Auf diese Aussage werden wir früher zurückkommen, als Ihnen lieb ist. Dann muss man sich darüber – nicht weil es etwas Schönes ist, sondern weil es den Tatsachen entspricht – vielleicht verständigen, warum das manchmal so ist.

Ich möchte noch einen anderen Punkt erwähnen. Herr Peiner, Sie haben – wenn ich es richtig verstanden habe – die Politik der Schattenhaushalte sehr stark kritisiert. Sie wollen mehr Transparenz schaffen und zeigen, was dies für die Verschuldung der öffentlichen Hand bedeuten kann. Ich sage bewusst „kann“, denn es gibt auch öffentliche Unternehmen – ich denke an pflegen & wohnen, dem es nicht so gut geht –, wo ich Ihren Hinweis verstehe. Aber wenn Sie dies insgesamt als falsche Politik bezeichnen, dann verstehe ich es nicht so ganz, weil auch Sie Ihre eigene Kommission damit beauftragt haben, Änderungen von Rechtsformen als Möglichkeit einer Verwaltungsmodernisierung ins Auge zu fassen. Ich möchte Sie deswegen bitten, Ihre Kritik an der Politik der Schattenhaushalte insofern zu relativieren oder zu konkretisieren,

B

(*Uwe Grund SPD*: Tja, ein Jahr!)

wo Sie formale Privatisierungen am liebsten zurücknehmen wollen oder wo Sie sie in der Sache in der Vergangenheit für falsch gehalten haben. Das würde diese Diskussion vielleicht qualifizieren.

Ich möchte noch kurz auf das Thema Umschichtungen eingehen – das wurde uns, wie gesagt, als Meisterleistung angekündigt –, die zusätzlichen Ausgaben ausschließlich per Umschichtung zu finanzieren. Vorhin habe ich schon gesagt, dass diese schon in der Summe nicht stimmen, aber ich glaube, dass wir auch in einigen Teilbereich noch feststellen werden, dass es so nicht aufgeht, wie Sie es vorschlagen.

Klar ist, dass die Haupttrichtung Ihrer finanziellen Ausbaupolitik im Personalbereich liegt. Wenn ich mir ansehe, wo Sie die Einsparungen vornehmen, dann ist doch einiges sehr fraglich. Ich verweise auf die jetzt schon geführte Diskussion über das Bezahlen von Unterrichts- oder Lernmitteln. Dass sie die mit einer Größenordnung von über 1 Million Euro im Haushalt schon als Deckung einstellen, obwohl Sie noch nicht die gesetzlichen Grundlagen geschaffen haben und es unklar ist, ob Sie diese überhaupt zeitig erreichen, das ist deutlich in Frage zu stellen. Einmal ganz abgesehen davon, wie diese Art der Kommunikation gegenüber der betroffenen Öffentlichkeit zu werten ist.

Kritisch sehe ich des Weiteren zum Beispiel auch noch Ihre Einsparungen bei der Baubehörde. Dort wird jetzt im Betriebshaushalt eingespart. Wir werden sehr genau hinschauen, ob diese Einsparungen plötzlich im Sonderinvestitionsprogramm für Notbedarfe auftauchen werden. Wenn

dieses geschieht, werden wir Ihnen das nicht durchgehen lassen, weil man sie nicht ernsthaft als Einsparungen im Betriebshaushalt ausgeben darf. Vielleicht gibt es auch noch einige Punkte, die die Kaimauern im Hafen betreffen.

C

Ich will damit schließen, dass ich glaube, dass Sie mit Ihrem vorgeschlagenen Haushalt 2002 nicht die richtige Richtung einschlagen und trotz der schweren finanzpolitischen Zukunft die Ausgangslage für den Haushalt 2003 erschweren. Sie müssen noch weitere Sprachregelungen finden – gerade die Regierungsseite –, um deutlich zu machen, welche Wahlversprechen wirklich zu vollmundig waren, die Sie auch vor dem Eingeständnis der Situation des Hamburger Haushalts und nicht nur aufgrund des schweren Erbes, sondern aufgrund der strukturellen Veränderungen unserer Einnahmen zu vertreten haben. Hier werden Sie sich endgültig von Wahlversprechen trennen müssen. Machen Sie es überzeugend, weil es dann vielleicht auch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger geschieht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Farid Müller:** Frau Pauly hat das Wort.

**Rose-Felicitas Pauly FDP:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei der Opposition für die in weiten Teilen doch sehr fairen und konstruktiven Beiträge bedanken, die sie heute abgeliefert hat.

(*Uwe Grund SPD*: Wir haben an Sie gedacht! – *Werner Dobritz SPD*: Sie waren in den letzten 20 Jahren so oft dabei!)

Ich möchte vor allem Frau Hajduk beim Wort nehmen. Sie haben gesagt – das ist die Quintessenz, die ich ziehe –, dass das Parlament angesichts der veränderten Finanzlage, die durch die Steuereinnahmeausfälle des vergangenen Jahres entstanden ist, zusammenstehen muss, um diese Situation vor der Bevölkerung zu vertreten. Ich werde sehr gespannt hinhören, wie das geschieht.

D

(*Anja Hajduk GAL*: Das machen wir, wenn wir über die Gewerbesteuer im Bundestagswahlkampf sprechen!)

Dass wir uns keine Ziele setzen, können Sie fairerweise nicht behaupten. Die Ziele sind vorhanden und wir werden sie auch in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation nicht aus dem Auge verlieren.

Ich will heute auch keine – so möchte ich sie nennen – Lattendiskussion beginnen: Wo soll die Latte liegen? Sollen wir sie niedriger hängen oder nicht? Ich möchte Sie alle daran erinnern, dass dieser Haushalt 2002 in weiten Teilen ein Haushalt der alten Regierung ist und dass in dieser kurzen Zeit die Handschrift der neuen Regierung, des neuen Senats nur in Teilen erkennbar werden kann. Der eigentlich neue Haushalt der Koalition wird der für 2003 sein.

Dieser Senat ist keine 100 Tage im Amt und hat – soweit sie bis jetzt zu erbringen waren – seine haushaltspolitischen Hausaufgaben abgeliefert. Er hat den wieder eingebrachten Haushaltsplan 2002 mit deutlichen Richtungsänderungen in den für uns wichtigen Politikfeldern versehen und einen komplett neu abgefassten allgemeinen Finanzbericht dazugegeben. Das geschah alles unter dramatisch verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen. Mit dieser Meisterleistung sollte das Parlament



(Rose-Felicitas Pauly FDP)

- A zufrieden sein; die FDP als Regierungsfraktion ist es auf alle Fälle.

(Beifall bei der FDP und bei *Henning Tants CDU*)

Dieser Senat hat sehr schnell den angestrebten Politikwechsel eingeleitet, und zwar insbesondere auf den Feldern Innere Sicherheit, Bildung und Verkehr. Er hat mit dem neuen Finanzbericht – das hat ja auch Herr Zuckerer schon gelobt – Qualitätsmaßstäbe gesetzt. Diesen Bericht kann man jedem Bürger dieser Stadt wirklich getrost in die Hand geben. Er wird ihn verstehen und mit Spannung lesen. Mir ist es jedenfalls so gegangen.

Eines wird dem Leser dabei sofort klar werden. Unser Senat hat in der Tat, Frau Hajduk, ein schweres Erbe angetreten, denn er traf auf ein marodes Bildungswesen, ein Verkehrssystem, dessen Hauptziel es immer war, Verkehre zu ver- und behindern,

(*Krista Sager GAL*: Das werden Sie ja hinkriegen!)

und statt Innerer Sicherheit haben wir öffentliche Unsicherheit sowie eine katastrophale Finanzlage vorgefunden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wenn Sie nun meinen, dass Sie uns mit dem Grundstock und den von Ihnen gebildeten Rücklagen riesige Vermögenswerte hinterlassen haben, dann muss man saldieren und genau betrachten, was Sie uns eigentlich hinterlassen haben. Was sehen wir da? – Vierzig Jahre Sozialdemokratie im Hamburger Senat sind gleichzusetzen mit einem Schuldenberg von 40 Milliarden D-Mark. So ist es nämlich!

- B (*Krista Sager GAL*: Irgendwie waren Sie doch auch dabei!)

Jeder Hamburger, ob groß oder klein, jung oder alt, müsste ein Jahr lang jeden Monat 2000 D-Mark oder nunmehr 1000 Euro auf den Tisch legen, um diese Schulden, diese Verbindlichkeiten abzustottern. Das ist ein Riesenberg.

(*Werner Dobritz SPD*: Was haben Sie im Bund 1998 eigentlich abgeliefert?)

Im letzten Sommer hat der alte Senat noch – das war wirklich leichtsinnig – das Ende der Konsolidierungspolitik verkündet, obwohl es mit der Mai-Steuerschätzung schon die ersten Warnsignale gab, dass sich das so nicht realisieren lassen würde.

(*Krista Sager GAL*: Sie haben doch viel mehr Versprechen im Wahlkampf gemacht!)

Direkt nach dem Regierungswechsel kamen dann für uns die dicken Hiobsbotschaften von der Steuerfront. Dafür ist der letzte rotgrüne Hamburger Senat nicht direkt verantwortlich, aber insofern schon, als er die missratene Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik von Bundeskanzler Schröder in Berlin im Bundesrat unterstützt hat.

(*Werner Dobritz SPD*: Das ist das Erbe von '98! 1,5 Billionen D-Mark!)

– Nein, das ist nicht das Erbe von '98. Sie haben in Berlin eine neue Erblast gegründet. Diese Erblast trägt mit dazu bei, dass wir die miserable Situation haben. Mit der Konjunktur geht es immer weiter abwärts, ein Ende können wir nicht erkennen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

C Das ist allein das Erbe von Rotgrün in Berlin mit einer Arbeitsmarktpolitik, die eine Arbeitsverhinderungspolitik ist, und einer Steuerpolitik, die ausschließlich – das können Sie in den Zeitungen nachlesen – die Großunternehmen begünstigt und bei der der Mittelstand leer ausgeht. So sieht es aus.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir haben allein aus dem vergangenen Jahr insgesamt Steuerausfälle von etwas über 900 Millionen DM zu verkraften. Auf die November-Schätzung sind dann noch einmal 270 Millionen DM draufgekommen, also 900 Millionen DM insgesamt. Diese Steuerausfälle haben zwei Ursachen, eine strukturelle, aber auch eine konjunkturelle. Bei Ihren Diskussionen sind Sie nur auf die strukturelle Ursache eingegangen und haben diskret die konjunkturelle verschwiegen, weil Sie genau wissen, dass diese ein Ergebnis der Berliner Politik ist.

Das strukturelle Defizit können wir aus ordnungspolitischen Gründen eigentlich begrüßen, denn es zwingt den Staat, Ausgaben und Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen und vieles zu streichen. Solange der Staat nicht, wie Finanzminister Eichel, mit der anderen Hand nimmt, was er mit der einen gibt, also an anderer Stelle die Abgaben erhöht oder neue erfindet, ist das aus der Steuerreform resultierende strukturelle Defizit immer auch ein Anstoß zur Senkung der Staatsquote und wir wissen alle, das ist in Deutschland dringend geboten. Senat und Koalitionsfraktionen stellen sich dieser Aufgabe, in Hamburg die Staatsquote, die Ausgaben zu senken.

Die andere Seite der Medaille – und jetzt komme ich auf die konjunkturelle Steuereinnahmendelle – wird sich mit einer verbesserten Wirtschaftslage mit Sicherheit ausgleichen. D Die Frage ist, wann das sein wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dazu auch eine andere Regierung in Berlin brauchen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vom Hamburger Senat wünsche ich mir eine seriöse Einschätzung des Größenverhältnisses von konjunktureller Delle auf der einen und strukturellem Defizit auf der anderen Seite. Ich hoffe, dass das nach der Mai-Steuerschätzung auch leistbar sein wird, denn von diesem Ergebnis werden das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Reformen zur Umsetzung unserer Koalitionsvereinbarungen abhängen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gern noch auf den Betriebshaushalt eingehen. Die Steuermindereinnahmen haben dafür gesorgt, dass sich im Jahr 2001, also dem gerade abgelaufenen Jahr, das Defizit im Betriebshaushalt, das durch Beschluss der Bürgerschaft im Jahr 2000 noch 460 Millionen DM betrug, innerhalb von zwölf Monaten verdreifacht hat, nämlich auf 1,3 Milliarden DM. Meine Damen und Herren, selbst wenn man alle Spartöpfe, die Sie uns hinterlassen haben, nämlich den Grundstock und die Rücklagen, völlig leert und alle Haushaltsreste, die sich noch ergeben mögen, zusammenkehrt, wird das nicht ausreichen, das Defizit zu decken. Wir werden also unser erstes Regierungsjahr mit einem Verlustvortrag, hohen Schulden und ohne jedes Finanzpolster beginnen müssen. Da ist es auch völlig klar, dass die Kredite nicht so abgesenkt werden können, wie wir es uns eigentlich schon sehr viel schneller als Ziel gesetzt hatten, sondern weiter steigen müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass seit 1995

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

- A große Teile des Vermögens veräußert wurden. Insgesamt rund 6 Milliarden DM und die Erlöse nicht zur Schuldentilgung genutzt, sondern im Betriebshaushalt verfrüht wurden. Wir wollen solch eine Politik definitiv nicht. Der Senat hat sich wie ein schlechter Familienvater verhalten, der Haus und Hof verscherbelt, um sich Dinge zu gönnen, die er sich in Wahrheit gar nicht leisten kann.

Die bürgerliche Koalition, meine Damen und Herren, ist angetreten, die Finanzen der Stadt wieder in Ordnung zu bringen mit Aufgabenkritik, mit der Finanzierung unserer politischen Schwerpunkte aus dem Bestand,

(Anja Hajduk GAL: Machen Sie aber nicht, Frau Pauly!)

mit Vermögensmobilisierung ausschließlich zum Zweck der Neuinvestitionen und mit allen Maßnahmen, die dazu dienen, Hamburg wieder zu einer wachsenden Stadt zu machen. Bei dieser Aufgabenkritik ohne Denkverbot, wie der Finanzsenator sagt, ist schon einiges geschehen. Zur Effizienzsteigerung und der Aufgabenerfüllung hat die Koalition den Zuschnitt der Behörden verändert und Aufgaben nach fachlichen Gesichtspunkten neu zugeordnet. Die Arbeitsmarktpolitik zur Wirtschaftsbehörde, die Stadtentwicklung zur Baubehörde, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit zur Justizbehörde, um nur das Wichtigste zu nennen. Diese Maßnahmen sind bereits umgesetzt.

Jetzt beginnt der zweite Teil der Rationalisierung mit einer systematischen, flächendeckenden Aufgabenkritik, mit Bezirks-Benchmarking zur fachlichen Aufgabenwahrnehmung und zur Anpassung der Personalausstattung an veränderte Aufgabenstellungen in den Bezirken und mit der Überprüfung der Organisationsstrukturen in allen Behörden.

- B Meine Damen und Herren! Die Richtungsänderungen in den Schwerpunktbereichen, soweit sie jetzt für den Haushalt 2002 wirksam werden, werden komplett aus dem Bestand finanziert. Das sind zum Beispiel bei der Polizei 250 Angestellte plus 280 Nachwuchskräfte, bei der Justiz die Streichung der nicht erbrachten Sparverpflichtungen aus der Vorgängerregierung und 15 neue Staatsanwälte plus Mitarbeiter, bei der Bildung 180 neue Lehrer und 50 zusätzliche Plätze im Studienseminar, die Medienakademie und die Bewerbung Olympia. Wir werden all diese Maßnahmen aus Einsparungen an anderer Stelle finanzieren. Lediglich das Investitionsprogramm zum Abbau des Instandhaltungsschubs in öffentlichen Gebäuden und an den Straßen wird kreditär finanziert werden.

Auch wir werden natürlich Vermögen veräußern müssen, aber nicht, um Löcher im Betriebshaushalt zu stopfen, sondern um neue Investitionen zu finanzieren.

(Uwe Grund SPD: Warten Sie mal ab!)

– Ja, das werden wir abwarten. Darüber werden wir nächstes Jahr diskutieren. Ich bin schon sehr gespannt, was für Gesichter Sie dann machen.

Was also stattfindet, ist ein Vermögenstausch, Vermögen alt gegen Vermögen neu. Gerade bei der Veräußerung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen müssen wir uns immer des Zielkonflikts, der da ist, bewusst werden. Sie haben in den letzten Jahren in der Regel nur ein Ziel verfolgt,

(Anja Hajduk GAL: Das hatten wir auch!)

nämlich Einnahmen zu erzielen. Wir haben noch andere Ziele im Sinn, zum Beispiel das Ziel der Standortpolitik mit

öffentlichen Unternehmen, was bei der HEW kaum noch geht, und das Ziel der Ordnungspolitik. Letzteres ist ein urliberales Anliegen und wird dann zum entscheidenden Punkt, wenn öffentliche Unternehmen in Wettbewerb zur Privatwirtschaft treten. Da gibt es mit der Krankenhauswäscherei geradezu ein Paradebeispiel, wo ein öffentliches Unternehmen mit Steuermitteln super ausgestattet worden ist mit einem Maschinenpark, den sich ein Privatmann in diesem Wirtschaftsbereich kaum leisten kann. Dieser Privatmann zahlt aber genau die Steuern, mit denen der Wettbewerber vom Staat fit gemacht worden ist und der jetzt auf den Markt geht und ihm die Aufträge abjagt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Solche Dinge werden wir in Zukunft nicht mehr dulden.

Der entscheidende Punkt wird natürlich sein: Hamburg soll wieder wachsen. Dazu müssen die Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass die Menschen auch gerne zu uns kommen, und zwar dauerhaft. Das gilt besonders für ihr Sicherheitsgefühl, für den Bildungsanspruch,

(Anja Hajduk GAL: Was ist denn mit Kultur?)

für ihre Kinder und das Mobilitätsbedürfnis. Ein aktives Flächenmanagement wird dafür sorgen, zusätzliche Flächen für Gewerbe und Wohnen zu erschließen, baureife Grundstücke an Gewerbetreibende und Wohnungssuchende zu verkaufen und damit den Fortzug ins Umland zu stoppen und vielleicht in Teilen auch wieder umzukehren.

Platz gibt es in Hamburg wahrlich genug: In der HafenCity, am Elbrand, auf den Konversionsflächen von Bundeswehr, Bahn und Post, ja sogar auf stadteigenen Grundstücken, zum Beispiel beim Landesbetrieb Krankenhäuser. Nicht zuletzt wird die Olympia-Bewerbung dazu beitragen, die Infrastruktur der Stadt wesentlich zu verbessern, und sie wird darüber hinaus auch eine großartige Hamburg-Werbung sein.

Meine Damen und Herren! Die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, sind wahrlich nicht einfach, aber sie sind zu schaffen, auch unter den schwierigen Finanzbedingungen, die sich jetzt auftun. Wir von der FDP sind guten Mutes und wir werden den Senat in seinen Bemühungen unterstützen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Herr Senator Dr. Peiner hat das Wort.

**Senator Dr. Wolfgang Peiner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal für die sachliche und auch konstruktive Diskussion bedanken. Ich denke, sie schließt nahtlos an die Diskussion im Haushaltsausschuss an, die ebenfalls durch hohe Sachlichkeit und gegenseitiges Verständnis für die Probleme geprägt war. Ich denke, bei der Beurteilung der Finanzen ist das mehr als angemessen. Ich will die Diskussion hier im Plenum nicht unnötig verlängern. Ich möchte aber vier, fünf Punkte klarstellen, weil ich glaube, dass hier sowohl bei Herrn Zuckerer als auch bei Frau Hajduk Missverständnisse durch nicht gründliches Lesen der Unterlagen eingetreten sind.

Erster Punkt: das Thema der Mehrausgaben. Frau Hajduk, Sie hatten schon im Haushaltsausschuss gesagt, wir würden den Haushalt nicht nur durch Umschichtungen finanzieren. Es sei tatsächlich ein 5 Millionen Euro höherer

C

D

(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A Betrag. Dieses ist im Finanzbericht 2002 – neu – auf der Seite 58 ausführlichst dargestellt. Wir haben einen bestimmten Block zwangsläufiger Mehr- und Mindereinnahmen, die aufgrund von gesetzlichen Vorschriften auf uns zugekommen sind, die im Saldo zu einer zusätzlichen Erhöhung des Haushaltes von 5 Millionen Euro führen.

Was wir gesagt haben, ist, dass wir das, was wir an politischen neuen Schwerpunkten geschaffen haben, durch Umschichtung finanziert haben, und diese Aussage trifft von den Zahlen her zu.

(Uwe Grund SPD: Das bestreiten wir auch gar nicht!)

Der andere Bereich ist ein Sonderthema, ausführlich dargestellt auf Seite 58 in dem mehrfach – auch zu Recht – gelobten Finanzbericht.

Zweiter Punkt: Herr Zuckerer sprach von der Schuldenlegende. Ich denke, wir haben sowohl im Zusammenhang mit den Kleinen Anfragen als auch im Haushaltsausschuss ausführlich über die Frage diskutiert. Ich sage noch einmal meine Definition: Schulden, die sonst von der Freien und Hansestadt Hamburg aufzunehmende Kredite ersetzen, zähle ich zu dem Schattenhaushalt und diese sind in der Vergangenheit nicht dazugezählt worden. Ich meine, wenn die Stadt – und das ist ja erfolgt – zur Deckung von Defiziten im Betriebshaushalt städtisches Vermögen an ein städtisches Unternehmen verkauft hat und dieses das mit Krediten finanziert, ist das für mich Schattenhaushalt. Es ist nämlich im Ergebnis nicht mehr Vermögen geschaffen worden, sondern es sind nur mehr Schulden geschaffen worden. Ich denke, dass diese Definition eigentlich sehr klar ist. Ich weiß gar nicht, warum diese nicht akzeptiert wird.

- B Drittens, und da möchte ich auch einer Legendenbildung vorbeugen, betrifft dies die nach Ihren Worten unglaublichen Reserven, die uns im Grundstock hinterlassen worden sind. Diese, Frau Hajduk, reichen noch nicht einmal aus, um die zusätzlichen Mindereinnahmen im Bereich der Steuern auch nur für 2001 und 2002 zu decken. Das heißt, das, was an Reserven hinterlassen wurde, deckt noch nicht einmal das, was wir an bereits im November erkannten Steuermindereinnahmen zu finanzieren haben, von den noch im Dezember hinzukommenden Steuermindereinnahmen ganz zu schweigen. Dieses nur zu dem entsprechenden Polster.

Ich finde es sehr gut, dass wir noch einmal die Frage strukturell oder konjunkturell bei den Steuereinnahmen diskutiert haben, weil das in der Tat, Frau Pauly, die zentrale Frage ist. Wir können davon ausgehen, dass wir ein bestimmtes Element haben werden aufgrund von Steuertarifänderungen und Steuerabsenkungen. Das ist politisch gewollt. Was nicht gewollt ist – und Frau Pauly hat mit Recht darauf hingewiesen –, sind Mindereinnahmen als Folge der Konjunktur.

Nun sagten Sie, Frau Hajduk, wir hätten im Bundesrat zum Beispiel etwas zu dem Thema der Besteuerung von Kapitalerträgen sagen können.

(Anja Hajduk GAL: Ich meinte vor Ihrer Zeit!)

– Nein, ich darf Ihnen sagen, dass das sogar sehr aktuell ist, denn es gab noch vor einem Monat im Bundesrat im Vermittlungsausschuss die Diskussion über die Frage, ob in Zukunft diese steuerfreien Kapitalerträge auch für die Gewerbesteuer gelten. Die Steuerfreiheit der Kapitalerträge bei Veräußerungen war ja das Geschenk der SPD an die deutsche Wirtschaft. Kann man das in die Bemessungs-

grundlage für die Gewerbesteuer einbeziehen? Das hat für Hamburg eine ganz zentrale Einnahmebedeutung. Hamburg hat im Vermittlungsausschuss einen Antrag gestellt, die für uns wichtige Gewerbesteuer zu sichern. Dieser Antrag, dem alle Unionsländer zugestimmt haben, ist am erbitterten Widerstand der SPD gescheitert, weil hier der Eindruck entstanden wäre, dass ein wesentlicher Eckstein der Steuerreform der Bundesregierung, nämlich die Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne, in Frage gestellt worden wäre. Das heißt, hier ist klar gegen kommunale Interessen verstoßen worden und der Hamburger Antrag ist im Vermittlungsausschuss, obwohl wir lange gekämpft haben und die Union hinter uns hatten, von den SPD-regierten Ländern abgelehnt worden. Dies hat das strukturelle Defizit im Hamburger Haushalt signifikant erhöht, und das wäre nicht nötig gewesen.

Ich denke, Herr Zuckerer, dass die Dimension von möglicherweise 400 Millionen Euro Defizit, die Sie vorhin angeführt haben, nur dann eintreten kann, wenn sich die strukturellen und konjunkturellen Effekte deutlich negativer entwickeln als heute geplant. Ich kann mir aus heutiger Sicht nicht vorstellen, dass eine solche Situation auf der konjunkturellen Seite dauerhaft eintritt. Das überlebt keine Bundesregierung. Das bedeutet nämlich, dass die Konjunktur in Deutschland dauerhaft wegbricht. Ich denke, keine Bundesregierung wird dieses überleben, sondern wird rechtzeitig durch eine andere Wirtschaftspolitik entsprechende Maßnahmen einleiten müssen. Dies wird auch eine ganz zentrale Frage dieses Bundestagswahlkampfes sein. Mit Recht schreiben die Zeitungen – völlig unabhängig vom Wahlausgang –, dass jetzt schon etwas passiert ist, weil nämlich die jetzige Bundesregierung einfach handeln muss und durch den Kandidaten der Union unter zusätzlichen Druck kommt. Das heißt, in jedem Fall werden wir auf der konjunkturellen Seite einen Schub erwarten können. Ich kann nur sagen, Steuermindereinnahmen von 400 Millionen Euro, die im wesentlichen konjunkturell bedingt sind, schaffen ein Bild in Deutschland, das von einer tiefen Rezession geprägt ist. Dies würden wir aus meiner Einschätzung politisch nicht durchhalten. Es würde dann wirklich nur bestätigen, dass die heutige Bundesregierung kein Mandat mehr hat zu regieren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir sprachen vom Ansatz der Konsolidierung. Sie wissen, dass der Senat in den vergangenen Jahren bei seinem Konsolidierungsprogramm den Ansatz gewählt hat, den Behörden Quoten vorzugeben. Dieses war möglicherweise ein brauchbarer Ansatz, um erste Schritte einzuleiten. Wir stehen jetzt vor der Frage, ob man diesen Ansatz, der im Prinzip vielleicht praktikabel, aber im Grunde ein Rasenmäheransatz ist, konsequent weiterführen kann. Wir halten diesen Rasenmäheransatz in der Vergangenheit zumindest nicht für politisch klug. Wir hören eigentlich von allen Behörden, dass es jetzt sicher an der Zeit wäre, von diesem Rasenmäheransatz auf einen differenzierten Ansatz überzuleiten, der an die Verantwortung der Behörden für ihre Aufgabenbewältigung appelliert. Deswegen sind wir dabei, dieses auch dementsprechend vorzubereiten. Eine Quote vorzugeben, ist einfach. Intelligent Aufgabenkritik zu machen, erfordert mehr Vorbereitung. Deswegen werden wir uns diese Zeit der Vorbereitung noch nehmen.

(Beifall bei Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

Ein letzter Punkt zum Thema Kreditaufnahme. Ich möchte Sie herzlich bitten zu unterscheiden zwischen einer Kredit-



(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A ermächtigung – nichts anderes ist der Haushalt – und einer Kreditaufnahme. Eine Kreditermächtigung brauchen wir, um klar zu signalisieren, dass wir finanziell handlungsfähig sind. Abgerechnet über die Kreditaufnahme wird am Jahresende. Ich habe vorhin gesagt, zum Beispiel Hamburg-Fonds, dass wir die Bürger der Stadt auch an dem Vermögen der Stadt beteiligen wollen. Das bedeutet umgekehrt, wenn so etwas kommt, dass es natürlich zu einer Absenkung der Kreditaufnahme führen kann als eine Option. Sie sehen, wir haben verschiedene Möglichkeiten, die Kreditaufnahme tatsächlich in diesem Jahr zu senken. Es ist unser Ziel, die Nettokreditaufnahme abzusenken. Aber ein Senator, der sich nicht vorsorglich eine Kreditermächtigung geben lässt, wäre ein schlechter Senator. Ich glaube, dass dies auch der Tradition der alten Senate, soweit ich zurückblicken konnte, jedenfalls in den letzten 20, 30 Jahren, entsprochen hat, sich immer eine Kreditermächtigung für die vollen Investitionen geben zu lassen. Aber eine Ermächtigung bedeutet bekanntlich nicht, sie auszuüben.

Und da bin ich bei dem letzten Punkt, den Optionen. Die Optionen, die man uns hinterlassen hat, sind zum Teile sehr problematische Optionen. Wir haben das im Haushaltsausschuss ausführlich beraten. Es sind zum Teil Verträge, von denen ich sage, wir würden möglicherweise der Stadt in ihrer wirtschaftlichen Kraft auf Dauer schaden, wenn wir sie in der jetzigen Form nutzen würden.

Ich will das nicht im Einzelnen diskutieren. Wir haben das im Haushaltsausschuss und auch sonst schon diskutiert. Optionen, die uns in eine Situation stellen, dass wir mit dem Rücken zur Wand stehen, nur ja sagen können und keine Gestaltung mehr über die Zukunft der Arbeitsplätze der damit verbundenen Unternehmen haben, halte ich persönlich für fragwürdig. Im Grunde genommen sind das gar keine Optionen, sondern es sind ausschließlich Vorverkäufe des alten Senats aus Steuergründen gewesen. Daran sieht man wieder, welche negativen Folgen – und das ist das Thema der Steuerfreiheit – die Steuergesetze, die wir heute vorgefunden haben, haben können. Wir werden sehr sorgfältig überlegen, ob die Ausübung der Optionen wirklich im Interesse der Hansestadt liegt und auch ob unsere Partner sie heute überhaupt annehmen können und wir sie nicht möglicherweise in eine schwierige Situation bringen.

- B Ich denke, dass wir dieses alles abwägen müssen. Bevor wir nicht mit den Partnern dort gesprochen haben, bevor wir nicht mit den betroffenen Unternehmen gesprochen haben, ob wir nicht noch mehr an Substanz und Beschäftigung für Hamburg sichern können, werden wir die Option nicht ausüben. Ich fürchte, dass wir bei einigen die Option ausüben müssen, weil unser Handlungsspielraum als Gesellschafter schon heute auf null reduziert wurde. Ich hoffe, dass wir für die Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze dieser Stadt noch einiges zusätzlich aushandeln können. Sicher bin ich nicht. Wir brauchen noch eine gewisse Zeit, um dieses abzuwägen. Deswegen ist es gut, dass wir die Optionen nicht am 1. Januar ausüben müssen, sondern noch einige Monate Zeit haben und uns darauf einstellen können. Wir werden diese Optionen im besten Interesse dieser Stadt nutzen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Da die Drucksachen bereits im Vorwege an die Ausschüsse überwiesen wurden, ist eine Abstimmung nicht erforderlich.

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Wahl liegt mir jetzt vor. Bei der Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds für die Kreditkommission sind 98 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren zwei Stimmzettel ungültig, also 96 Stimmzettel gültig. Herr Dobritz erhielt 79 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen. Damit ist Herr Dobritz gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Dobritz ist bisher stellvertretendes Mitglied der Kreditkommission gewesen. Wenn er die Wahl von heute annimmt, wird eine Ersatzwahl erforderlich. Sie wird für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zum Punkt 13: Antrag der GAL-Fraktion zur Wehrmachtsausstellung in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der GAL:  
Wehrmachtsausstellung in Hamburg  
– Drucksache 17/204 –]**

Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 17/253 der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP vor.

**[Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei  
Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:  
Wehrmachtsausstellung in Hamburg  
– Drucksache 17/253 –]**

Wer möchte das Wort? – Herr Dr. Maier, Sie haben das Wort.

**Dr. Willfried Maier GAL:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor einer Woche hat in Berlin die erste Vorstellung der neuen Wehrmachtsausstellung geschlossen. Am 27. dieses Monats beginnt die nächste Ausstellung in Bielefeld. In Berlin ist die Ausstellung außerordentlich gut besucht worden. 50 000 Menschen sind gekommen. Die Aussteller berichten davon, dass im Unterschied zur ersten Ausstellung dieses Mal die Menschen ziemlich lange darin geblieben sind, weil man nicht nur Fotos anschauen konnte, sondern sich mit Texten, ausführlichen Darstellungen beschäftigen konnte und auch musste, wenn man hineinging. Das Presseecho war – soweit ich es habe verfolgen können und im Internet abgefragt habe – durchweg ein positives.

Wenn wir diese Ausstellung auch in Hamburg haben wollen, müssen wir sie einladen. Es sieht so aus, dass die Ausstellung von verschiedenen Städten gefragt ist. Die Aussteller haben erklärt, dass sie zwar noch keine festen Verträge mit weiteren Städten haben, wohl aber in vielfachen Verhandlungen stehen und man relativ schnell sein muss, wenn man noch in den nächsten zwei Jahren überhaupt dazu kommen will, sie sehen zu können. Ich halte es für ein Ereignis, das eine ziemlich zentrale Bedeutung gewonnen hat, auch über die Geschichte seit 1995 hinweg. Wenn 50 000 Menschen diese Ausstellung in Berlin sehen wollten, kann man davon ausgehen, dass in Hamburg und aus der Umgebung auch eine Menge kommen würden.

(Zuruf von der CDU: Zum HSV?)

– Die 50 000 Menschen, die zum HSV gehen, sind wahrscheinlich nicht identisch. Sie haben möglicherweise auch ein anderes Interesse. Aber wenn Sie das so messen, dann

C

D



(Dr. Willfried Maier GAL)

- A sollten wir vielleicht auch die Oper schließen, weil sich das dann ein bisschen analog mit den Zahlen verhält.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Die erste Ausstellung, die wir im Jahre 1999 gemeinsam eingeladen und begrüßt hatten, ist auf eine doppelte Form von Kritik gestoßen. Zum einen haben Historiker wie der Pole Bogdan Musial darauf verwiesen, dass es Inkorrektheiten in der Darstellung gab, dass einzelne Bilder nicht richtig beschriftet waren, dass die Quellenlage nicht immer ganz eindeutig erklärt gewesen sei. Diese Korrekturen sind vorgenommen worden und die Aussteller sagen, es sei heute eine ganz neue, auch im Typus ganz andere Ausstellung als die, die wir vor zwei Jahren hier haben sehen können.

Sie sagen allerdings weiterhin, dass diejenigen, die sich erhofft hätten, es gäbe durch den Rückzug der alten Ausstellung so etwas wie eine Ehrenrettung der Wehrmacht, sich getäuscht hätten. Die neue Ausstellung sei unter diesem Gesichtspunkt eher noch schmerzlicher, weil sie ziemlich unabweisbar von den Planungen des Oberkommandos der Wehrmacht im Jahr 1941 bis hin zu den Truppeneinsätzen darstellen, dass dort im Osten ab 1941 eine ganz andere Form von Krieg geführt worden ist als ab 1939 im Westen, dass ein gezielter Vernichtungskrieg geführt worden ist, und zwar gezielt gegen die jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion, aber Vernichtungskrieg auch im Sinne der Dezimierung der übrigen sowjetischen nicht jüdischen Bevölkerung und dass das umgesetzt worden ist unter Beteiligung der Wehrmacht.

Wenn die neue Ausstellung hier wiederum gezeigt werden soll, dann, glaube ich, findet das heute in einer Situation statt, in der die Erregung, die im Jahre 1995 zunächst über diese Ausstellung ausbrach, nicht mehr zu erwarten ist. Heute leben nur noch wenige Menschen, die als Wehrmachtsangehörige unmittelbar am Krieg beteiligt waren. Die, die am Krieg beteiligt waren, sind heute durchweg über 75 Jahre alt und da werden die Jahrgänge kleiner. Es ist aber trotzdem auch heute für unser Bewusstsein als historische Nation ziemlich ausschlaggebend, sich mit diesem Vernichtungskrieg und der Rolle der Wehrmacht auseinander zu setzen, denn die Empfindlichkeiten gegenüber der alten Ausstellung lagen nicht nur daran, dass so gut wie jeder erwachsene Mann der Kriegsgeneration aktiv am Krieg in der Wehrmacht beteiligt war und sich darum natürlich von der Anklage, die von der Ausstellung ausging, betroffen fühlte. Vielmehr hat das deutsche Heer, die deutsche Armee in der deutschen Geschichte eine ganz andere Rolle gespielt als Armeen, Heere in der Geschichte anderer Länder.

Wir haben keine politische Institution gehabt,

(Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly übernimmt den Vorsitz.)

über die wir uns identifizierten, wie in England das Parlament oder in Frankreich zumindest den Vorgang der Revolution, sondern bei uns war seit der Reichsgründung 1871 die allgemeine Wehrpflicht und die Zugehörigkeit zum Heer und zur Armee ein ganz zentrales Element für die Identität junger Männer und ihr Selbstverständnis als Deutsche. Das gilt für die Zeit bis 1945 ganz elementar. Ein Schriftsteller wie Elias Canetti, Jude aus Österreich, hat einmal beschrieben, dass der Massenmythos der Deutschen das Heer gewesen sei. Die tiefste Kränkung trat dann ein, wenn man entweder nicht dazugehörte, ausgeschlossen wurde oder wenn etwas gegen diesen Massen-

mythos deutsches Heer oder deutsche Armee gesagt wurde. Das ist nicht mehr unsere Wahrnehmung, auch heute nicht mehr der Bundeswehr gegenüber.

Dennoch ist es aber für uns eine zentrale Angelegenheit, gerade wenn man sich die eigene Nationalgeschichte vergegenwärtigt, was es bedeutet, dass eine solche Identifikation vorgelegen hat und dass ausgerechnet diese zentrale politische Institution der Deutschen, das Heer, die Armee, in ein Verbrechen menschheitsgeschichtlichen Ausmaßes verstrickt war. Damit war indirekt oder direkt fast jeder Mann in Deutschland beteiligt. Sich dieses in einer Weise historisch gegenwärtig zu machen, wie es jetzt über die Ausstellung in zwei Schritten versucht wird, sollten wir als Bürgerschaft, wie ich finde, unterstützen.

Ich habe gelesen, dass die Regierungsfractionen keine Empfehlung aussprechen möchten, der Senat möge einladen, sondern dass sie es – etwas versteckt in einem Konjunktiv – begrüßen würden, wenn die Ausstellung käme. Sie werden verstehen, dass ich meinen ursprünglichen Antrag besser finde, dennoch finde ich diesen Antrag hinnehmbar, wenn er denn auch meint, dass die Präsidentin der Bürgerschaft im Sinne eines aktiven Einladeverhaltens tätig werden darf; denn das ist erforderlich,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

da der Antrag sonst weiße Salbe ist.

Es muss tatsächlich so gemeint sein, dass die Einladung von der Bürgerschaft auch ausgesprochen werden kann: Bitte kommen Sie, veranstalten Sie und reden Sie mit uns, wie diese Ausstellung sinnvollerweise organisiert werden muss. Wenn das so gemeint ist, ist der Antrag in Ordnung, sonst nicht. Es ist schwer, das jetzt zu entscheiden, aber ich denke, dass man sich noch dazu äußern kann, ob es so gemeint ist, da sicher der eine oder die andere von Ihnen dazu noch sprechen wird. Dann können wir dem Reemtsma-Institut, aber auch der Öffentlichkeit sagen, dass die Bürgerschaft auch in ihrer neuen Zusammensetzung an dem Willen, den sie 1999 geäußert hat, in diesem Punkt festhält. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Christier.

**Dr. Holger Christier SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist bereits das dritte Mal, dass sich die Bürgerschaft heute mit dem Thema Wehrmachtsausstellung in Hamburg beschäftigt. Ich glaube, diejenigen, die die Debatte im Mai 1999 erlebt haben, werden sie als eine der wichtigen und bewegendsten Debatten der letzten Legislaturperioden in Erinnerung behalten.

Die Erinnerung an die „Verbrechen der Wehrmacht in Russland 1941 bis 1944“ in Gestalt der damaligen Ausstellung war ganz gewiss ein umstrittener, für viele ein die Gemüter zu Recht bewegender – Herr Dr. Maier hat es schon erwähnt – und sehr schmerzhafter Vorgang. Bis in einzelne Familien, in Einzelschicksale hat dies Wunden aufgerissen und zu Diskussionen geführt, die nicht einfach waren. Viele wurden mit Dingen konfrontiert, die verdrängt und tabuisiert waren, die sie so erlebt oder auch nicht so erlebt hatten. Deshalb gibt es diese Diskussion.

Ich glaube, die Debatte im Mai 1999 in der Bürgerschaft hat dies sehr differenziert herausgearbeitet. Damals war es auch gelungen, zwischen den drei Fraktionen eine Ent-

(Dr. Holger Christier SPD)

- A schließung zu verabschieden, die ich noch einmal in Erinnerung bringen darf.

„Die Bürgerschaft betrachtet die Ausstellung als einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung darüber, dass die Wehrmacht ein Instrument der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik war und in ihrer Spitze sowie mit Truppenteilen in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt war.“

Die Bürgerschaft hat dann die Hoffnung ausgedrückt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Jugendliche, in der Ausstellung und auf Begleitveranstaltungen darüber informieren, dass für eine umfassende Bewertung des Verhaltens deutscher Soldaten im Vernichtungskrieg die Einbettung in die damalige politische und zeitgeschichtliche Situation unverzichtbar ist.

Ich glaube, von dieser damaligen Einschätzung ist nichts zurückzunehmen. Sie gilt auch heute. Alle Versuche, die Grundthese, den historischen richtigen Kern der damaligen Ausstellung zu erschüttern, sind jedenfalls erfolglos geblieben.

Die Aktuelle Stunde im November 1999 stand bereits im Zeichen der Glaubwürdigkeitskrise der Ausstellung. Damals ist von allen Fraktionen die Erwartung geäußert worden, dass es irgendwann möglich sein würde, dass die Ausstellung in unangreifbarer, historisch einwandfreier Form wieder gezeigt werden könnte. In diesem Sinne hatte es übrigens damals auch ein Gespräch der Präsidentin mit den drei Fraktionsvorsitzenden und Herrn Professor Reemtsma gegeben, um sich über den Fortgang der Dinge zu informieren.

- B Insgesamt habe ich auch den Eindruck, den Herr Dr. Maier formuliert hat, dass es im Interesse der Sache gut ist, dass sich das Thema etwas versachlicht hat. Die neue Art der Ausstellung, die ich aber selbst noch nicht gesehen habe – das räume ich ein –, scheint nach allem, was man hört, dazu beizutragen.

Entschädigung der Zwangsarbeiter, Jüdisches Museum in Berlin, Holocaust-Denkmal, Umgestaltung von Bullenhuser Damm und Neuengamme, eine unendliche Fülle zum Teil sehr reißerischer Literatur zum Dritten Reich: Man hat den Eindruck, je weiter wir von dieser Zeit wegkommen, desto mehr holt uns die Geschichte ein, desto intensiver ist es aber auch möglich und notwendig und das Interesse vorhanden, sich dieser Vergangenheit zu stellen.

In diesem Rahmen hat die Wehrmachtsausstellung ihre Aufgabe und ihren Stellenwert. Sie auch heute mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auseinander zu setzen, zweifelsfrei einem der ungeheuerlichsten Vorgänge der gesamten Weltgeschichte, ist unverzichtbar, gerade für junge Menschen.

Die Bürgerschaft hat 1999 mit ihrer Entschließung ein Stück Mitverantwortung dafür übernommen, dass viele, insbesondere auch junge Menschen, sich die Ausstellung angesehen haben. Ich glaube, sie sollten jetzt die Gelegenheit erhalten, sich der Neufassung der Ausstellung stellen zu können, und sei es nur für manche, die Erkenntnis zu vertiefen, wie vorsichtig man im Umgang mit Bildern, ihren Wirkungen und Aussagen sein muss. Das ist ganz gewiss auch ein aktuelles Thema, gerade in Zeiten, in denen wir eine sehr aggressive und personalisierte Vermarktung der Geschichte des Dritten Reiches erleben.

Als gebrannte Kinder hatten wir ursprünglich eine Überweisung an den Kulturausschuss beabsichtigt, weil wir

auch nicht wussten, wie Sie sich verhalten würden. Nun haben wir aber heute Ihren Zusatzantrag gesehen, mit dem wir gut leben können. Wir gehen davon aus, dass das quasi als Einladung verstanden wird, die Ausstellung zu zeigen; anders kann man es, glaube ich, nicht interpretieren. Deshalb würden wir dem Zusatzantrag zustimmen, wenn er allerdings auch grammatikalisch ein Beleg für die Richtigkeit der PISA-Studie ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die neue Ausstellung kann ganz gewiss ein wichtiger Beitrag bei dem Projekt „Zukunft der Erinnerung“ sein. Wir sollten den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern dieses Angebot machen. Wir sollten ihnen die Gelegenheit geben, sich ein eigenes Urteil zu bilden und, wenn sie wollen, die Auseinandersetzung mit diesem schwierigen Thema zu suchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly:** Das Wort hat der Abgeordnete Müller-Sönksen.

**Burkhardt Müller-Sönksen FDP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche hier für die drei Koalitionsfraktionen.

Die Bürgerschaft ist mit Recht stolz darauf, die vergangenen Ausstellungen jeweils einstimmig begrüßt zu haben. Das soll auch dieses Mal nicht anders sein. Aber, meine Damen und Herren, die Bürgerschaft ist die erste Gewalt in dieser Stadt und durchaus selbstständig. Dieses neue Selbstbewusstsein zeigt auch der Politikwechsel in Hamburg und deshalb dieser Antrag der Bürgerkoalition, den Senat nicht aufzufordern.

Die werten Kollegen der GAL hätten diesen Antrag auch als interfraktionellen Antrag einbringen können. Aber zu den Motiven, dass sie es nicht getan haben, komme ich gleich noch.

Zunächst will ich meine Anerkennung gegenüber dem Institut für Sozialforschung und Herrn Professor Reemtsma äußern. Es gab in der jüngeren Geschichte keinen anderen Gegenstand, an dem sich der Diskurs über unsere gemeinsame Vergangenheit ähnlich festgemacht hat.

Anders als das in Berlin entstandene Mahnmal für die ermordeten Juden Europas kommt die Ausstellung zu den Bürgern in die Städte und Gemeinden und vor Ort findet dann die intellektuelle Auseinandersetzung statt. Dabei ist erfreulich, dass die Neukonzeption den Schwerpunkt der Darstellung verlagert hat. Es werden weniger Bilder gezeigt – das ist auch schon gesagt worden – und stattdessen mehr Texte und Originale ausgestellt. Es ist gut, dass sich die Ausstellung nicht mehr den Vorwurf einer missverständlichen und populistischen Darstellungsweise gefallen lassen muss. Die inhaltlichen Fehler der alten Ausstellung – die eben schon genannt worden sind – wurden behoben.

Allerdings wurde in der früheren Auseinandersetzung von vielen Seiten auch manch unsinniges Wort gesprochen. Einige sahen sich als Deutsche allgemein verunglimpft, andere sahen darin den Beweis für Unbelehrbarkeit und finstere Gesinnung. Wo Differenzierung notwendig war, wurde leider polemisiert.

Ich wünsche mir, dass die öffentliche Diskussion dem neuen Konzept dieser Ausstellung folgt und somit sachlicher wird. Ein Instrumentalisieren verbietet sich. Die

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A Kriegsführung der deutschen Wehrmacht bedeutete oft – besonders im Osten – die Verletzung von Kriegs- und Völkerrecht. Da ist tatsächlich unvorstellbares Unrecht geschehen. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, muss gestellt werden. Pauschale Verurteilungen aller Wehrmachtssoldaten sind dabei allerdings unzulässig. Spätestens seit der Rede von Richard von Weizsäcker zum 8. Mai weiß es jeder: Schuld ist niemals kollektiv, sondern immer nur individuell. Was uns Nachfolgern aber zukommt, ist eine gesteigerte Verantwortung für die Wahrnehmung und Achtung völkerrechtlicher Grundsätze. Einer davon ist, dass auch Täter eine Würde haben. Für Hamburger Strafgefangene gilt dies genauso wie für die gefangenen Taliban-Kämpfer und Alkaida-Mitglieder in Guantanamo-Bay auf Cuba.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte aber noch einmal auf das Instrumentalisieren der Geschichte zurückkommen. Die GAL-Fraktion muss sich meines Erachtens diesen Vorwurf gefallen lassen, denn es hätte auch ein interfraktioneller Antrag daraus werden können; wir sind nicht angerufen oder gefragt worden.

(Anja Hajduk GAL: Sie können uns auch fragen!)

Übrigens haben wir dem Institut für Sozialforschung erst einmal Ihren Antrag zugefaxt. Dort war man über den Antrag überrascht, das heißt, man kannte ihn noch nicht. Das sage ich nur für den Fall, dass Sie später sagen, die GAL hätte die Ausstellung nach Hamburg geholt.

Was wollen Sie mit diesem Antrag? Eigentlich wollen Sie uns doch wohl in eine Ecke drängen – damit meine ich uns als Regierungskoalition –, in die wir wirklich nicht gehören. Sie hätten gern ein Feindbild, ein ekeliges rechtes Ungeheuer, das wir schon aus dem Wahlkampf kennen; damit können wir Ihnen aber leider nicht dienen.

(Anja Hajduk GAL: Das ist jetzt Projektion! – Krista Sager GAL: Nehmen Sie sich mal nicht so wichtig, so wichtig sind Sie gar nicht!)

Ich glaube, dass wir für Sie und die Motivation, die aus diesem Alleingang spricht, nicht herhalten können.

Sie haben ein altes Links-Rechts-Schema gedacht und das ist auch mit ein Grund, warum Sie abgewählt worden sind. Denken wir für die Zukunft daran, ohne dabei im ideologischen Schmollwinkel zu stehen: Hamburg kann das nur gut tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly:** Das Wort hat Herr Dr. Maier.

**Dr. Willfried Maier GAL:** Herr Müller-Sönksen, ich möchte nur eine kurze Bemerkung gegen Paranoia machen. C

Wir haben einen Antrag geschrieben, der sehr zurückhaltend formuliert ist und in dem überhaupt keine Gegensätze aufgerissen werden, wenn ich es richtig verstehe. Er beruft sich auf die Bürgerschaftsbeschlussfassung von vor zwei Jahren. Der Antrag ist seit Wochen im Verkehr und ebenso lange sind wir auf diesen Antrag ansprechbar. Wir stimmen Ihrem Antrag jetzt zu, den ich allerdings erst heute Nachmittag, unmittelbar vor der Sitzung bekommen habe. Wenn Ihnen so an einem gemeinsamen Antrag gelegen wäre, warum sind Sie dann nicht zu uns gekommen, bevor Sie diesen Antrag jetzt in die Bürgerschaft eingebracht haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Umgekehrt muss es sein!)

– Nein, nicht umgekehrt muss es sein. Ich bringe eine Initiative ein, der jeder gern zustimmen kann, darum bringe ich sie ein. Wenn Sie sagen, dass Sie mit der Fassung aber ein Problem haben und würden gern eine andere haben, dann sprechen Sie mich doch an. Das haben Sie aber nicht getan. Stattdessen halten Sie hier eine Rede, die ein bisschen von Paranoia geprägt ist. Ich möchte die einstimmige Beschlussfassung dieses Hauses.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly:** Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/204 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden. D

Wer stimmt dem Zusatzantrag aus der Drucksache 17/253 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und auf Wiedersehen bis morgen.

**Schluss: 19.17 Uhr**

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.